

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf
Reichsfinanzminister
Aufzeichnungen und Korrespondenzen

Bd. ⁹~~10~~

F. Varia

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4952/73	Best. ZS/A20
Rep. 10	Kat.

ZS/A-20 / 89 - 2

Am 28. I. 19 fand eine Besprechung zwischen zwei Vertretern von ADI, O.M.G.M.S.,
Lepel Seidman, und mir statt. Einer der Herren war ein Rechtsanwalt David J. Miller, der andere,
dessen Name mir entfallen ist, ein Volkswirtschaftler. Die Unterhaltung führte ausschließlich Miller.
In meinen Informationen waren mir die Beschlüsse des Hauptausschusses, Erste Lesung, unter
die Artikel 122-126 des Verfassungsentwurfs und eine Zusammenfassung Bundesstaatlicher
Verfassungen einige Tage vorher übergeben worden.

Die Herren betonten einleitend, dass es sich um eine ganz informelle Aussprache han-
delt, bei der sie meine sachverständige Auffassung zu den in den Art. 122-126 behandelten
Problemen zu erfahren wünschten. Ich erklärte, dass ich mich nur unter Vorbehalt aussprechen
könnte. Finanzpolitik sei nichts Absolutes, sondern richte sich nach den jeweiligen Verhält-
nissen. Diese seien mir aber nicht hinreichend bekannt. Um ein Urteil abgeben zu können, müsse
man das gesamte Zahlenmaterial kennen. Ich sei daher nur in beschränktem Umfang sach-
verständig.

Ich wurde zunächst um eine kurze geschichtliche Darstellung des deutschen Finanz-
ausgleichsproblems gebeten. Ich stellte die Lage im Bismarckreich dar (Reich, Kostgeenger
da Sacuden), die Schwierigkeiten, die sich daraus im 1. Weltkrieg ergaben, und den Wandel in
der Aufgabenverteilung zwischen Reich und Sacuden, der die Folge des Krieges war, die Belastung
des Reichs mit den Kriegslasten (Reparationen nach aussen, Entschädigungen nach innen) und
mit dem Schuldendienst. Dazu traten erhöhte soziale Lasten, neben den bereits früher vorbe-
stehenden, nur bescheiden gebliebenen Zuschüssen zur Alters- und Invalidenversicherung die Zu-
schüsse zur Arbeitslosenunterstützung. Dieser Aufgabenverschiebung, die das Schwergewicht
der Ausgaben auf das Reich verlagerte, musste eine entsprechende Neuverteilung der Einnah-
mequellen folgen. Die Erzberger'sche Finanzreform war der notwendige gesetzgeberische Aus-
druck der eingetretenen Schwergewichtsverlagerung. In dem parlamentarischen Haupf, der
sich von 1920-1925 im Reichsrat und Reichstag um den Finanzausgleich abspielte und bei
dem die Einkommensteuer im Mittelpunkt stand, waren es die demokratischen Parteien, die fuer
die Stärkung der Finanzlage des Reichs, die Rechtsparteien, die fuer die Interessen der Sacu-
den eintraten. Es war der amerikanische Rep. Agent, Parker Gilbert, der eine oberbiren Be-
stätigung des Reichs an der Einkommensteuer verlangte.

Bei der Besprechung des Art. 122 wies ich darauf hin, dass wie in der Vergangenheit
die Ausgaben des Bundes besonders krisenbedingt seien. Nachwend im allgemeinen
die Ausgaben konstant bleiben, wachsen in Krisenzeiten die Ausgaben für Arbeitslosen-
unterstützung und fuer Wirtschaftssubsidien. Diese belasteten, wie auch das Reich, jetzt
die Bund. Um den Steuern seien erfahrungsgemäss in krisenbedingtesten die Umsatz- und
(nach 1 Jahr) die Einkommensteuer, nach einer gewissen Zeit, dann aber nachhaltig, die Ver-
brauchssteuern; am krisenfeindlichsten seien Vermögen- und Realsteuern. Es habe sich

in der Vergangenheit für das Reich als schwachereud ausgewirkt, dass es wesentlich auf tri-
senbedingte Steuern angewiesen war und dadurch in Krisenzeiten in die doppelte Lage von Aus-
gabenerhöhungen und Einnahmearspalten gekommen wurde. Daran müsse man bei der Einnah-
meverteilung denken.

Bei der Erörterung von Art. 123 a behaupte ich, dass aus wirtschaftlichen Gründen
eine einheitliche Steuererhebung, vor allem hinsichtlich der Einkommensteuer, unläss-
lich sei. Bei niedrigen Steuersätzen, wie wir sie von dem 1. Weltkrieg gehabt hätten, seien
Verschiedenheiten erträglich, bei hohen Sätzen, wie wir sie jetzt hätten und noch lange
haben werden, nicht. Diese wirtschaftliche Frage sei entscheidend, auch bei Steuern, deren
Aufkommen den Ländern zufliessen sollte. Ich persönlich könne mir denken, dass, wenn
man die Realsteuern und das Aufkommen aus Bier-, Rennwett-, Kraftfahrzeug-,
Vermögens- und Erbschaftsteuer den Ländern gebe, man ihnen sicher die gesetzliche
Regelung der Rennwett-, vielleicht auch der Biersteuer überlassen könne. Erbschafts-
und Vermögenssteuer müssten einheitlich geregelt bleiben, bei der Kraftfahrzeug-
steuer könne man Flexibilität sein, mir erscheine auch hier die bundesrechtliche Rege-
lung notwendig. Meine Auffassung werde im folgenden Satz zu Art. 123 a zum
Ausdruck kommen:

„(2) Der Bund soll von der Vorranggesetzgebung nur Gebrauch machen bei Steuern,
deren ganzes oder teilweise Aufkommen er nach Art. 123 benötigt oder deren einheitliche
Regelung aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohls geboten ist.“

„(3) Macht der Bund von der Vorranggesetzgebung Gebrauch, dürfen die Länder
auf diesem Steuergebiet keine eigenen Steuern erheben, welche die Einnahmen des Bun-
des zu schädigen geeignet sind.“

„(4) Im Falle von Meinungsverschiedenheiten entscheidet auf Antrag des Bun-
desfinanzministers oder der Landesregierung der Bundesrat.“

Bei Art. 123 b wurde mir die neue Fassung mitgeteilt. Mir schien sie zweckmäs-
siger zu sein als die Aufhebung der Übergangssteuern in der Verfassung. Ich
sagte, dass an dieser Stelle unter Umständen eine Bestimmung über etwa folgender
Art zweckmässig sein werde:

„Beim Finanzausgleich ist durch geeignete Massnahmen auf die erhöhten
Ausgaben Rücksicht zu nehmen, die in Krisenzeiten, insbesondere auf Grund der Ar-
beitslosenversorgung, im Laufe des Bundes gehen.“

Zu Art. 123 fachte ich aus, dass in dem Falle, in dem die gesetzliche Re-
gelung dem Bund überlassen und damit die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung
anerkannt wurde, die Verwaltung durch Bundesfinanzbehörden die notwendige Kompe-
tenz sei. Denn eine Verschiedenartigkeit steuerlicher Behandlung entstehe nicht nur
durch verschiedenartige Gesetze, sondern auch durch eine verschiedenartig gehandhabte

2
Verwaltungspraxis, die Behandlung von Trübsalfällen, von ~~Interessanz~~ ^{Interessanz} und ^{des} ~~Coloss~~ ^{Coloss}. Die
einheitliche Regelung durch Verungabe grundsätzlicher Weisungen aus Uebervachung funklio-
näre erfahrungsmässig weniger wirkungsvoll als eine bundeseigene Verwaltung. Ansonsten
sind getrennte Steuerverwaltungen bei den grossen Steuern wenig rational; der Uebertungs-
austausch fehlerhaft, die bei niedriger Steuermoral doppelt notwendige Betriebsprüfung sei
nur effektiv bei einem grossen einheitlichen Apparat, der es gestatte, fuer jeden Ver-
schaffungsgegenstand besondere Sachverständige auszubilden.

In Art. 124 warnte ich vor einer Mussvorschrift fuer den ^{Edels} ~~Finanz~~ausgleich. In
Krisenzeiten sei ein Edelsausgleich einfach nicht herzustellen. Regierung und Parla-
ment kommen dann in die unverschuldete und unvermeidliche dringende Lage, verfassungs-
widrig zu handeln. Diese Bestimmung müsse in eine Sollvorschrift umgewandelt
werden.

In Art. 124 a regte ich an zu erwägen, ob man nicht eine alte staatsrecht-
liche Streitfrage durch Aufnahme einer dem Art. 109 der früheren Preuss. Verfassung
entsprechende Vorschrift klären sollte:

„Bestehende Steuern werden fortgehoben, bis sie durch Gesetz geändert werden.“

Auf die Frage im Amerikaner, ob man nicht mit der Aufnahme von Bestim-
mungen wie Art. 124 b und 124 c in die Verfassung zu weit gehe, erwiderte ich, dass
auch ich an sich die Aufnahme solcher Bestimmungen in eine Bundeshaushalts-Ordnung
fuer ausreichend hielte, dass ich es aber durchaus verstand, dass auf Grund der seit
dem 1. Weltkrieg gemachten Erfahrungen die Bundesgesetzgeber Wert darauf
legten, Garantie fuer eine gesunde Finanzverwaltung verfassungsmässig zu
schaffen, und dass man das durchaus verbessern müsse.

In Art. 126 wies ich darauf hin, dass es bezweifelhaft sei, dass fortan nicht
nur Sicherheitsleistungen, sondern auch Kreditgarantierungen nur auf Grund eines Bundes-
gesetzes erfolgen dürfen. In bedenken sei aber, ob sich hierdurch nicht Schwierigkeiten
ergeben könnten fuer die wohl auch in der Zukunft nicht vermeidbare Praxis, be-
stimmte Umlagsdispositionen zur Gewährung kleiner Kirchschuldenkredite zu benutzen,
— ich gebrauchte hierzu das aus der Vergangenheit bekannte Beispiel der Hungerkre-
dite — und ob hierfür das Umlagengesetz künftighin ausreichen werde.

Bei der Besprechung sprachte Miller aus, dass in U. S. A. die Staaten neben
dem Bundes ein völlig uningeschränktes Besteuerungsrecht haellen. So sei Rechtsan-
walt in Colorado; dort erhebe das Land auch ein Einkommensteuer. Er müsse also
Einkommensteuer an das Land und an den Bundes zahlen. Wenn er in New York wohne,
so werde er nur an den Bundes zu zahlen brauchen. Warum sei das in Deutschland

↑ Volksparli war fuer die Regierungsvorlage

nicht auch möglich? Ich erwiderte, man dürfe eben nicht die Verhältnisse in U.S.A. und in Deutschland mit einander vergleichen. Was in U.S.A. wirtschaftlich tragbar sei, sei in Deutschland nicht tragbar. Ich wies bei dieser Gelegenheit daraufhin, dass im Jahre 1925 die Reichsregierung dem Reichstag eine Vorlage machte, nach der das Reich die Einkommensteuer in Höhe von 25% erheben und die Länder das Recht haben sollten, darauf Zuschläge ohne Beschränkung zu erheben. Diese Vorlage wurde vom Reichstag abgelehnt, von der Linken, weil das Steuersystem dem Streben nach Vereinfachung und Vereinfachung widerspreche, von der Rechten, weil es eine zu große Gefahr fuer die Wirtschaft sei. Nur die Bayerische

Die Frage, ob die Bestimmungen des Verfassungsentwurfs nach meiner Uebersetzung den Ländern eine ausreichende finanzielle Grundlage fuer ein Leben geben habe ich einmüthig bejaht. Auf die Ausfuehrungen von Miller, dass nach seiner Auffassung der Verfassungsentwurf bei der Verteilung der finanziellen Verantwortlichkeiten der Bund zu stark begünstigt - Vorrangsgesetzgebung bei der Steuern, Regelung des Finanzausgleichs durch den Bund, Bundesfinanzverwaltung - , erwiderte ich, dass doch das Gegenteil richtig sei. Durch den Bundesrat, die Vertretung der Länder, seien diese ^{sofort} der Steuer- und Ausgleichsgesetzgebung des Bundes wie an der Feststellung des Bundesbeitrags beteiligt; dagegen habe der Bund keine Einwirkungs-möglichkeit auf die Steuergesetze oder die Erbs der Länder. Wenn z. B. der Bund in Krisenzeiten mit Forderungen beauftragt, könne er nicht verhindern, dass ein Land eine Erhöhung seiner Ausgaben beschliesse. Min sei in Reparationskonferenzen oft genug die auftragende Finanzgebarung deutscher Gemeinden vorgehalten worden; wenn ich darauf erwiderte, dass das Reich keine Einwirkungs-möglichkeit auf Gemeindefinanzen habe, sei mir stets entgegen worden, dass man sich diese Möglichkeit eben verschaffen. Die Kriegskunst sei offenbar veränderlich. Miller wandte dagegen ein, dass meine Beweisführung dem Bundesrat in Frage habe, während er an die Stellung des einzelnen Landes im Vergleich zum Bund gedacht habe. Er sagte zum Schluss, die Schwierigkeiten laegen einfach darin, dass die Amerikaner an die deutschen Probleme den Vergleichsmaßstab der amerikanischen Verhältnisse und Einrichtungen anlegten, wir dagegen von uns aus unserer geschichtlichen Entwicklung und unserer Hinsichtung der deutschen Verhältnisse gewohnten Maßstab. Ich konnte dem nur beipflichten. Die Unterredung dauerte rd. 2 Stunden.

Institut

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Eidesstattliche Erklaerung.

Ich, der unterzeichnete fruhere Finanzminister, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, bin mir der Bedeutung der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Erklaerung bewusst. Ich erkläre an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht. Die im angehefteten Fragebogen enthaltenen Fragen A - EZ beantworte ich wie folgt:

Zu A: Zarden, der nach dem 30. Januar 1933 zunachst im Amt blieb, waere an sich g ern weiter Staatssekretaer geblieben. Aber er sah bald ein, dass er infolge seiner juedischen Abstammung in der von der Oeffentlichkeit stark beachteten Stellung eines Staatssekretaers personliche Schwierigkeiten haben und der sachlichen Arbeit des Ministeriums Schwierigkeiten bereiten werde, und bat deshalb um seine Pensionierung. Die von mir als seine Nachfolger in Aussicht genommenen Personenlichkeiten stiessen bei Hitler auf Widerstand. Er setzte sich fuer Reinhardt ein. Ich konnte gegen Reinhardt sachliche Einwendungen nicht erheben, da er durch seine berufliche Taetigkeit graendliche Kenntnisse auf dem Gebiet des Bilanz- und Steuerrechts hatte und in den letzten Jahren vor 1933 Fuehrer der nat. Soz. Fraktion im Haushalts- und Steuerausschuss des Reichstages und stellvertretender Vorsitzender, zuletzt sogar Vorsitzender des Haushaltsausschusses gewesen war.

Zu B: Vielleicht haette ich damals bei starkem Insistieren die Ernennung eines meiner Kandidaten bei Hitler durchsetzen koennen. Es war aber klar, dass dieser dann von der Partei dauernd angegriffen und schliesslich abgesagt werden wuerde. Bei Reinhardt konnte ich hoffen, dass er sich bis zu einem gewissen Grade

fuer eine im Interesse der Verwaltung liegende Personalpolitik gegenueber der von der Partei gewuenschten reinen Parteipolitik mit staerkerer Wirkung einsetzen wuerde, als ein nicht der Partei angehoerender Staatssekretaer. Aus diesen Erwaegungen habe ich mich mit der Berufung Reinhardt's einverstanden erkluert.

Zu C: Ich habe nach meiner Erinnerung ueber diese Gruende mit Reinhardt nicht gesprochen. Sie waren aber fuer jeden, der die Verhaeltnisse kannte, offensichtlich.

Zu D: Da im Ministerium 1933 so gut wie kein Wechsel, in den leitenden Stellen ueberhaupt nicht, eintrat, bestand fuer Reinhardt keine Gelegenheit, andere P.G. in das Ministerium nach sich zu ziehen. Die Besetzung der wenigen, damals in der Aussenverwaltung frei werdenden Stellen erfolgte nach rein fachlichen Gesichtspunkten. Unter welchen Gesichtspunkten Reinhardt die in sein St.Buero einberufenen Beamten aussuchte, weiss ich nicht. Es kam nicht rein der Gesichtspunkt der Parteizugehoerigkeit gewesen sein, da, soweit ich weiss, z.B. Breyhan bei seiner Einberufung nicht P.G. war.

Zu E: Eine naechere Beziehung zwischen Reinhardt und der Fachschaft hat meines Wissens nicht bestanden. Er war im Gegenteil ein Gegner der Fachschaften. Das wurde darin sichtbar, dass er bei der Parteikanzlei die Abberufung des Leiters der Fachschaft Zoll, Mehling, der von den alten Berufsbeamten als besonders gehaessig angesehen und abgelehnt wurde, und eine Beschraenkung der fachschaftlichen Arbeit durchsetzte.

Zu F: Im allgemeinen hat Reinhardt die Personalpolitik nach dem Leistungsprinzip gefuehrt. Als Fanatiker der Arbeit schaeetzte er die unter ihm arbeitenden Menschen nach ihrer sachlichen Leistung ein. So lehnte er es z.B. ab, die von der Partei wiederholt ge-

wuenschte Befoerderung der "alten Kaeampfer"; der Finanzpraesidenten Krappe und Zangemeister und des Ministerialrats Konopath zu Oberfinanzpraesidenten bei mir zu befuerven. Umgekehrt haette ich ohne Reinhardt's Eintreten bei der Parteikanzlei schwerlich durchsetzen koennen, dass noch 1944 unter 5 zu Ministerialdirigenten befoerderten Ministerialraeten 4 Nicht-P.G. waren. Ebenso hat er sich entgegen Parteiwuenschen dafuer eingesetzt, dass eine Reihe von Nicht-P.G. in leitenden Stellungen in der Aussenverwaltung blieben und in solche Stellen befoerdert wurden.

Reinhardt bevorzugte bei Befoerderungen die Leiter und Lehrer der Finanzschulen. Aber auch hier war fuer ihn das Leistungsprinzip massgebend, da er die Beamten, die durch diese Taetigkeit hindurchgegangen waren, fuer besonders wertvoll und geeignet hielt. Auch unter ihnen fanden sich eine Reihe von Nicht-P.G. Es mag sein, dass in Einzelfaellen bei sachlich gleicher Qualifikation Reinhardt einem P.G. den Vorzug gegeben hat. Mir gegenueber hat er stets nur die sachliche Qualifikation geltend gemacht.

Ein Druck auf die Beamtenschaft, der Partei oder einer ihrer Gliederungen beizutreten, ist in der Finanzverwaltung nicht ausgeuebt worden. Das ergibt sich schon aus der grossen Zahl der auch nach 1933 befoerderten Nicht-P.G.. Soweit etwa an irgend einer Stelle der Aussenverwaltung ein Druck ausgeuebt worden sein sollte, hat Reinhardt daran nach meiner Ueberzeugung nicht mitgewirkt.

Zu G: Einen selbstaendigen Einfluss haben Reinhardt's engste Mitarbeiter im R.F.M. nicht gehabt. Sie waren lediglich die Ausfuhrungsorgane der Anordnungen des Staatssekretaers. Dabei haben nach meinen Bedachtungen Guendel und Hoell einen bei den uebrigen Beamten des R.F.M. nicht immer angenehm empfundenen

Ton angeschlagen. Inwieweit sie durch Beratung Reinhardt's die Personalpolitik beeinflusst haben, ist mir nicht bekannt.

Zu H: Die Sonderabgabe aus dem juedischen Vermoegen ist, nachdem sie von Goering angeordnet und dem R.F.M. zur technischen Ausarbeitung uebertragen worden war, im Vermoegensteuer-Referat der Abt. III (Min. Direktor Hedding) bearbeitet worden. Die dort ausgearbeiteten Durchfuehrungsverordnungen sind auf dem Dienstweg vorgelegt worden, also ueber den Staatssekretaer, wenn er anwesend war. Darueber hinaus hat sich Reinhardt nicht beteiligt.

Zu I: An der Einziehung beschlagnahmter Vermoegen war das R.F.M. ueberhaupt nicht beteiligt. Die Einziehung wurde von anderen Stellen ausgesprochen. Erst wenn die Einziehung erfolgt war, wurde das Vermoegen der Finanzverwaltung zur Verwaltung und Verwertung uebergeben. Hieran ist Reinhardt nur insofern beteiligt, als er eben Staatssekretaer war und die Bearbeitung in einer ihm unterstehenden Abteilung erfolgte.

Zu K: Fuer die ^{Einigen} Ausfuehrungsverordnungen zum Reichsstaerkegesetz war nach diesem Gesetz das Reichsinnenministerium zustaendig und verantwortlich. Ein anderes Ministerium wurde nur hinsichtlich der sein Fachgebiet betreffenden Vorschriften beteiligt. So wurde das R.F.M. bei einigen Ausfuehrungsverordnungen beteiligt, weil in ihnen Haertezuwendungen an die von der Verordnung betroffenen Personen vorgesehen waren oder die Einziehung des Vermoegens zu Gunsten des Reichs angeordnet wurde. Diese Verordnungen sind von Reinhardt mitgezeichnet oder, falls er anwesend war, bei ihm durchgegangen, wenn sie dem Minister zur Mitscheinung vorgelegt wurden.

Zu L: In die Devisenbewirtschaftung war Reinhardt nicht eingeschaltet. Die Devisenstellen erhielten ihre sachlichen Weisungen ausschliesslich und unmittelbar vom Reichswirtschaftsministerium.

Zu M: Die Besetzung der Aufsichtsratsposten bei den reichseigenen Gesellschaften erfolgte durch das Ministerium. Praktisch ging sie in der Weise vor sich, dass der Vorstand der Gesellschaft die Besetzungen mit dem zuständigen Referenten durchsprach. Fuer diese Vorschlaege holte der Referent die Genehmigung seines Abteilungsleiters ein. Nur in besonders wichtigen Faellen oder in Streitfaellen wurde die Entscheidung des Staatssekretaers oder des Ministers herbeigefuehrt. Mir ist kein Fall erinnerlich, in dem Reinhardt Einfluss auf diese Besetzung genommen hat.

Zu N: Finanzpolitik als positive Konjunkturpolitik war nichts Neues. Sie war das Gegenstueck der unter Bruenung durchgefuehrten Deflationspolitik. Schon unter ihm war man sich im R.F.M. darueber klar, dass, sobald der Boden der Krise erreicht sei, die Deflationspolitik durch eine Kreditausweitungspolitik ersetzt werden muesse. Der erste Vorstoss in dieser Richtung erfolgte bereits im Herbst 1932. Weitere Massnahmen, vor allem in Richtung einer Arbeitsbeschaffung durch oeffentliche Auftraege waren fuer 1933 vorgesehen. Im Januar 1933 wurde hierueber im Haushaltsausschuss des Reichstags eingehend verhandelt. Die aktivistische Finanzpolitik der Jahre 1933 - 1939 laesst sich daher nicht auf die grundsuetzlichen Planungen einer bestimmten Persoenlichkeit zurueckfuehren. Die Ausgestaltung im einzelnen dagegen ist weitgehend das Werk von Reinhardt, der fuer diese Konjunkturpolitik durch steuerliche Massnahmen und staatliche Auftraege ein festes Programm mitbrachte und das Gesetzgebungswerk vor allem in Zusammenarbeit mit dem Praesidenten der Reichsanstalt fuer Arbeitslosenfuersorge, Syrup, ausarbeitete.

Zu O: Der Staatssekretär ist fuer die gesamten Einnahmen verantwortlich. Aber schon als Zarden Staatssekretär war, ergab sich von selbst zwischen uns eine praktische Arbeitsteilung in der Weise, dass Zarden als langjähriger Leiter der Steuerabteilung das Schwergewicht seiner Arbeit auf das Gebiet der Steuer- und Zollabteilung und ich als langjähriger Leiter der Etats- und zuletzt auch der Reparationsabteilung auf das Gebiet der uebrigen Abteilungen des Ministeriums legte. Aus Reinhardt's Spezialkenntnissen auf steuerlichem Gebiet ergab sich von selbst, dass diese Arbeitsteilung fortgesetzt wurde. Das bedeutete natuerlich weder, dass Reinhardt in allen Fragen mit Ausnahmen der Steuern und Zolle und ich wiederum bei diesen ausgeschaltet war, noch dass sich die formelle Verantwortung verschob. Wohl aber konzentrierte sich praktisch Weisungs- und Ueberwachungsbefugnis in Steuerfragen staerker bei Reinhardt, in den uebrigen Fragen staerker bei mir.

Zu P: Die Durchfuehrung der Finanzpolitik nach 1933 war ohne Mitwirkung der Reichsbank nicht moeglich. Die Ueberwindung der Krise durch eine aktive Konjunkturpolitik war nur moeglich im Wege der Kreditausweitung. Dazu war die Mitwirkung der Reichsbank notwendig. Die Reichsbank wiederum musste daran interessiert sein, dass durch eine gesunde Einnahme- und Ausgabenpolitik des Reichs das Gleichgewicht hergestellt und die in der Kreditausweitung liegende Gefahrenmoeglichkeit fuer die Waehrung beseitigt wurde. So waren sowohl zahlreiche Besprechungen grundsatzlicher Art wie auch solche mehr technischer Art, z.B. ueber Unterbringung von Schatzanweisungen, Auflegung einer Reichsanleihe, Ueberbrueckung von Ultimo-Terminen, zwischen Reichsbank und R.F.M. notwendig. Eine Abstimmung zwischen R.F.M. und Reichsbank war auch insofern noetig, als die Reichsbank durch das System der Hofo- Wechsel sich aktiv an bestimmten Ausgaben des Reichs beteiligte.

Selbstverstaendlich war Reinhardt als Staatssekretaer an den das Verhaeltnis des R.F.M. zur Reichsbank betreffenden Vorgaengen beteiligt. Aber da sie nicht sein Spezialgebiet beruehrten, hat er dabei keine fuehrende Rolle gespielt. Die Besprechungen technische Art wurden von den Kreditreferenten oder dem Statsdirektor, die Besprechungen grundsatzlicher Art von dem Statsdirektor oder mir gefuehrt. Anders lag es in den Jahren, in denen der Reichsbankpraesident gleichzeitig Wirtschaftsminister war, Schacht von 34 - 37, Funk von Januar 1939 an, und nun in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Wirtschaftsminister oder G.B.W. sich stark auch fuer Einzelheiten der Steuerpolitik interessierte. An Besprechungen hierueber hat Reinhardt wiederholt teilgenommen; sie fanden teils im Wirtschaftsministerium, teils in der Reichsbank statt.

Zu Q.: Es ist nicht moeglich, diese Frage zu beantworten. Jeder, der in einer leitenden Stellung in einem Ministerium ist, nimmt an Gesetzgebungsaktionen seines Ministeriums vorschlagend, beratend, gestaltend, durchfuehrend teil. Der Anteil dieser Funktionen laesst sich nicht abgrenzen. Man kann nur die Faelle hervorheben, in denen jemand ein Werk initiativ und in der Anagestaltung so stark beeinflusst, dass es als sein Werk bezeichnet werden kann. Als 1925 das R.F.M. die Entwuerfe zur Stabilisierung der deutschen Finanzen einbrachte und vertrat, waren die Steuergesetze das Werk des Staatssekretaers Popitz, die Aufwertung das Werk des Ministers von Schlieben, die Entschaedigungsgesetze des Min. Dir. Lothholz. Ich beschraenke mich deshalb darauf, die Massnahmen zu bezeichnen, an denen Reinhardt in diesem Sinne fuehrend beteiligt war.

Bei Gruppe 1 war das nicht der Fall.

Bei Gruppe II war es der Fall bei Ziff. 6 und 7 (Steuerergutscheine I und II).

Bei Gruppe III trifft es besonders bei Ziff. 8, der Steuerreform vom 16.10.1934, zu. Fuer Ziff. 9, Realsteuerreform, gilt es bereits in wesentlich abgeschwaechterer Form. Reinhardt's Interesse lag vor allem bei den Reichssteuern, besonders bei den Einkommensteuern. An dem noch aus der Zeit von Popitz stammenden Plan der reichtsrechtlichen Regelung der Realsteuern, die Laendersteuern waren, war er nicht in dem gleichen Masse interessiert. Hinsichtlich Ziff. 10, Aufbringungsumlage, kann ich kein Urteil abgeben.

Bei Gruppe IV war es nicht der Fall.

Auf Gruppe V trifft es wiederum zu.

Bei Gruppe VI war es nicht der Fall. Die in der Kriegswirtschaftsverordnung veroeffentlichten Kriegszuschlaege waren ueberhaupt nicht vom R.F.M. bearbeitet, sondern vom G.B.W.. Sie waren dem R.F.M. vor ihrer Veroeffentlichung nicht einmal bekannt.

Bei Gruppe VII trifft es besonders bei Ziff. 15 und 16 zu, in etwas abgeschwaechter Form bei Ziff. 14 und 17. Das Eiserne Sparen und die Betriebsanlage-Guthaben waren in der Konzeption wie in der Ausgestaltung Reinhardt's ureigenes Werk.

Zu R: Natuerlich hatte Reinhardt als Staatssekretaer Anteil an der finanzpolitischen Entwicklung. Aber eine fuehrende Rolle spielte er dabei nicht, um so weniger, als die finanziellen Schwierigkeiten des Jahres 1938 durch die Notwendigkeit hervorgerufen wurden, in diesem Jahre die laengst durchgefuehrten aber noch nicht bezahlten Ruestungsleistungen der hauptsaechlich mit den Schacht'schen Mefowechseln finanzierten Vorjahre zu bezahlen. Nicht die finanzpolitische Entwicklung der Vorjahre fuehrte zu den Schwierigkeiten von 1938, sondern die Art, in der in den Jahren 1935 - 1937 das Reichswehrministerium Auftraege herausgegeben und Rechnungen behandelt

hatte. Auf dieses Verfahren, das spätere Jahre mit den Zahlungen fuer Leistungen fruherer Jahre belastete, hatte das R.F.M., also auch Reinhardt, keinen Einfluss.

Zu S: Eine ueber sein Amt hinausgehende Verantwortung fuer Denkschriften der Reichsbank hatte Reinhardt nicht. Erwaegungen, wie sie die Denkschrift anstellte, hatten bereits vorher zur Erhoehung der Koerperschaftssteuer gefuehrt. Daran war Reinhardt wesentlich beteiligt.

Zu T: Ueber den Umfang der Aufruestung war das R.F.M., da die Wehrmacht auf Grund eines vom R.F.M. erfolglos bekampften Kabinettsbeschlusses keinen Etat vorzulegen brauchte, sondern nur jaehrlich eine Globalsumme anforderte, im einzelnen nicht unterrichtet. Es kannte nur die Summe und konnte daraus Schluess auf den Umfang der Aufruestung im Ganzen ziehen. Hierueber und ueber die volkswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Konsequenz der Aufruestung war natuerlich auch Reinhardt unterrichtet. Wenn allerdings unter dieser "Konsequenz" die Auffassung verstanden wird, dass die Aufruestung Krieg oder Staatsbankrott zur Folge haben muesse, so weiss ich, dass Reinhardt diese Auffassung nicht teilte. Er rechnete mit einer Beendigung der Aufruestung in absehbarer Zeit, zumal auf Grund der ihm gegenueber von Hitler persoendlich im Winter 1938/1939 abgegebenen Erklaerung, dass binnen Jahresfrist die Aufruestung das Ziel, Deutschland in Verteidigungszustand zu setzen, erreichen und dass dann das R.F.M. wieder die volle etatsmaessige Kontrolle ueber die Wehrmacht erhalten wurde.

Ueber die Aufruestung haben seit 1935 staendig Beratungen stattgefunden, an denen der Leiter der Statsabteilung, der General-etatsreferent, der Wehrmachtetatsreferent und der Kreditreferent teilnahmen. Da Reinhardt an Haushaltsbesprechungen meist nicht teilnahm, wird er auch an diesen Besprechungen nicht regemaessig

teilgenommen haben.

Zu U: Fuer den Umfang der Aufruestungsplanung gilt das von mir in Beantwortung der Frage T Gesagte. Als Ziel dieser Planung ist dem R.F.M. stets angegeben worden, Deutschland verteidigungsfahig gegen jeden Angriff von aussen zu machen. Ueber dieses Ziel war auch Reinhardt unterrichtet.

Zu V: Aufgabe und Zweck der Finanzschulen war die rein fachliche Ausbildung. Neben der fachlichen Schulung fand auch eine weltanschauliche Schulung statt, die aber in Zeit und Umfang weit hinter der fachlichen Schulung zuruecktrat.

Zu W: An den Anforderungen der Partei an den Reichshaushalt war Reinhardt insofern staerker als an sonstigen Statsanmeldungen beteiligt, als die Partei diese Anforderungen ihm persoendlich zu uebermitteln pflegte. Er hat auch wiederholt mit dem Beauftragten des Reichsschatzmeisters der Partei ueber diese Anforderungen verhandelt.

Zu X: Auch in den Jahren vor 1933 haben Angehoerige des R.F.M., auch Beamte in leitender Stellung, Artikel in der Steuerzeitung veroeffentlicht und dadurch die Finanzpolitik des Reiches propagiert. Allein die Veroeffentlichung von Artikeln Reinhardt's wuerde mir daher noch nicht als ausreichend erscheinen, um auf eine Aenderung des Charakters der Steuerzeitung zu schliessen. Aber dadurch dass er die Herausgeberschaft uebernommen hatte, ist sicher allgemein in den Artikeln der Steuerzeitung der ausschliesslich informierende und kommentierende - und oft auch kritische - Charakter mehr in den Hintergrund getreten.

Zu Y: Im Haushalt selbst ist eine Aufgliederung der der NSDAP zur Verfuegung gestellten Haushaltsmittel nicht erfolgt. ^{Der} Reichsschatz-

meister lehnte grundsätzlich eine Begründung der Bedarfsanmeldung im einzelnen ab; er berief sich dabei auf eine Anordnung Hitlers, dass der Finanzminister ihm die von ihm benötigten Beträge zur Verfügung zu stellen habe. In der Praxis gelang es im Verhandlungsweg, bei seinen Beauftragten wenigstens eine Aufteilung nach grösseren Sachgebieten zu erreichen. Aus dieser Aufteilung oder der dazu gegebenen Begründung war nicht ersichtlich, dass Mittel fuer die SS und fuer Aufbau und Ausgestaltung der K.Z. angefordert wurden.

Neben den Mitteln fuer die Partei, die vom Reichsschatzmeister angefordert wurden, wurden im Haushalt des Innenministeriums Haushaltsmittel fuer die Waffen-SS (nicht fuer die allgemeine SS) und fuer die Konzentrationslager angefordert. Aus diesen Anforderungen war die Staerke der Waffen-SS, die Zahl der K.Z. und der Haeftlinge ersichtlich. Inwieweit Reinhardt von diesem Statsmaterial Kenntnis genommen hat und ob ihm aus sonstigen Mitteilungen naechere Unterrichtungen zugeflossen sind, weiss ich nicht. Nach Ausbruch des Krieges war aus den Statsanforderungen die Zahl der K.Z. und der Haeftlinge nicht mehr zu ersehen.

Zu Z: Mit Ausnahme von Russland, Polen und dem Protektorat hatte das R.F.M. weder mit der Festsetzung noch mit der Eintreibung von Kontributionen etwas zu tun. Es sind daher auch im R.F.M. keine steuerlichen oder steuerrechtlichen Vorschriften fuer die besetzten Gebiete ausgearbeitet worden. Bei Polen und dem Protektorat war das R.F.M. insofern beteiligt, als der Etat des Generalgouvernements und des Reichsprotectors der Zustimmung des R.F.M. bedurfte. Aber auf die steuerlichen Vorschriften auch in diesen Laendern hatte das R.F. M. keinen Einfluss; sie wurden in Polen durch den Generalgouverneur, im Protektorat durch die tschechische Regierung unter Aufsicht des Reichsprotectors geregelt.

Anders war die Regelung in den besetzten russischen Gebieten. In diesen Gebieten wurden keine Kontributionen erhoben. Es sollte aber nach einer Anweisung Goerings dem Reich die Gewinnspanne zufließen, die sich aus dem Ankauf von Waren in den besetzten Gebieten zu den dortigen (niedrigen) Preisen und dem Verkauf in Deutschland zu den hiesigen (höheren) Preisen ergab. Auch die Stats der Reichskommissariate bedurften mehr des Ostministerium der Zustimmung des R.F.M.. Reichten die in den Reichskommissariaten erhobenen Steuern fuer die Ausgaben der Verwaltung nicht aus, wurden beim Ostministerium Zuschüsse angefordert. Infolgedessen war hier das R.F.M. an der steuerlichen Regelung wesentlich interessiert. Zudem war dem R.F.M. die Bestimmung ueber die Verwendung der Preisgewinnspanne uebertragen. An diesen Fragen hat Reinhardt fuehrend mitgearbeitet, und zwar sowohl an den die Spanne betreffenden Problemen, ueber die er selbst mit anderen Stellen verhandelt hat, wie in den Steuerfragen, die er unter seiner Leitung bearbeiten liess. Das Ziel, das wohl auch Reinhardt gehabt hat, dem Reich Gewinne aus den Preisdifferenzen zuzufuehren, wurde nicht erreicht. Der gresste Teil dieser sogenannten " Schleusengewinne " wurde dazu verwandt, die aus dem Reich in die Ostgebiete eingefuehrten Waren, Konsumartikel, Landmaschinen etc., zu verbilligen, um ihren Absatz zu ermoeeglichen. Sie wurden durch diese " Schleusenverluste " so gut wie aufgezehrt. Ein geringfuegiger verbleibender Rest war nur ein ^{Nominal} Normalgewinn, der dadurch entstand, dass die Wehrmacht fuer die Ankaeufe von Lebensmitteln bei der Zentralhandelsgesellschaft Ost, die den Im- und Export zwischen Reich und den Ostgebieten zentral durchfuehrte, zu den deutschen (hohen) Inlandspreisen zu zahlen hatte. Tatsaechlich war also das Geschaefit ein Verlustgeschaefit fuer das Reich.

✓

Zu AZ: Ich habe mit Reinhardt nie ueber das Parteiprogramm gesprochen. Ich kann daher nicht sagen, ob und inwieweit er ein Vertreter des Parteiprogramms war. Ich erinnere mich nur, dass er mir einmal Feder als voelligen Narren bezeichnet hat. Danach schien er an die Brechung der Zinsnechtschaft nicht zu glauben.

Zu BZ: Seine Bindung an das Parteiprogramm trat im Einzelnen wie folgt in Erscheinung:

- a.) er trat fuer einen Ausschluss der Juden von allen Familienverguenstigungen ein;
- b.) er setzte sich stark fuer Ehe - und Kinderbeihilfen ein; ihm schwebte als Abschluss ein Familien-Lastenausgleich vor, der Unverheiratete und Familien, je nach der Kinderzahl durch das System von Steuerverguenstigungen und Kinderszuschuessen wirtschaftlich moeglichst gleichstellen sollte;
- c.) er trat fuer eine Beguenstigung des Einzelkaufmanns gegenueber der anonymen Gesellschaft ein;
- d.) zur Verhinderung von Kriegsgewinnen setzte er sich im Kriege fuer eine - nicht erreichte - Verschaerfung der Einkommensteuer ein;
- e.) er befuerwortete sowohl bei Steuergesetzen wie in der sozialen Gesetzgebung alle Massnahmen, die er vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit als im Interesse der wirtschaftlich Schwachen liegend ansah.

Zu GZ: Da ich mit ihm keine Gespraechе ueber die N.S. Ideologie gefuehrt habe, kann ich die Frage nicht beantworten.

Zu DZ: EF war durch seine Tuetigkeit als Staatssekretaer so in Anspruch genommen, dass ihm fuer reine Parteituetigkeit wenig Zeit verblieb. Er hat gelegentlich fuer die Partei Reden gehalten. Er war auch weiter Hauptamtsleiter fuer die Fragen der oeffentlichen Finan-

zen im Stabe des Stellvertreters des Fuehrens. Hier beschraenkte sich seine Taetigkeit wohl im Wesentlichen darauf, dass er von Zeit zu Zeit vor einem Kreis von Parteifuehrern Sachvortraege hielt.

Zu EZ: Ich habe nicht den Eindruck gehabt, dass die im Haushaltsausschuss - im Rechnungs - und Steuerausschuss habe ich ihn nicht erlebt - von ihm gestellten Antraege reine Tendenz - und Propaganda-Antraege gewesen seien. Ich erinnere mich, ihm die Undurchfuhrbarkeit eines von ihm gestellten Antrages auseinandergesetzt zu haben. Aus der Art der sich daran anschliessenden Debatte gewann ich den Eindruck, dass er sich im Haushaltsausschuss um sachliche Mitarbeit muhte.

Nuernberg, den 18. Maerz 1949.

.....

Die Echtheit der vorstehenden Unterschrift des mir persoendlich bekannten fruheren Reichsfinanzministers Lutz Graf Schwerin von Krosigk wird hiermit von mir, Dr. Paul Ratz, Assistent Defense Counsel beim amerikanischen Militaergerichtshof Nuernberg, beglaubigt und bestaetigt.

Nuernberg, den 18. Maerz 1949.

Dr. Paul Ratz
.....
(Dr. Paul Ratz)

~~Wichtigste Zeugnisse~~
~~Zeugnis über die Erblöschung~~
In dem auf Aufmerksamkeit gemacht werden, dass ich mich strenger
mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, dass die
hochbetreffenden Aussagen auf den beigefügten Fragebogen, die Wahrheit entsprechen:
~~ist die Bestätigung eines ...~~

Winn
Anlage
(Vofa)
+ zufällig:
die im
aufgefassten
den
Frage-
bogen
zufällig-
weise
Frage
A-EZ
beant-
worte in
meiner
Hoffg.

In A. Harden, der nach dem 30. Januar 1933 zunächst im Amt blieb, vere an sich
gern beider Staatssekretäre geblieben. Aber es sah bald ein, dass er infolge seines jüdischen
Abkunft in der von der Öffentlichkeit stark beachteten Stellung eines Staatssekre-
täre persönliche Schwierigkeiten haben und der sachlichen Arbeit des Ministeriums
Schwierigkeiten bereiten werde, und hat deshalb um seine Pensionierung. Die von mir
als seine Nachfolger in Aussicht genommenen Persönlichkeiten stießen bei Hitler
auf Widerstand. Er setzte sich für Reinhardt ein. Ich konnte gegen Reinhardt sach-
liche Einwendungen nicht erheben, da er durch seine berufliche Tätigkeit zumeist
tliche Kenntnisse auf dem Gebiet der Bildung- und Steuerrechts hatte und in den
letzten Jahren von 1933 Sachverwalter der nat. soz. Fraktion im Haushalts- und Steuer-
ausschuss des Reichstags und stellvertretender Vorsitzender, zuletzt sogar Vorsitzender
der des Haushaltsausschusses gewesen war.

In B. Vielleicht hatte ich damals bei überbeim Insistieren die Ernennung eines
meiner Kandidaten bei Hitler durchsetzen können. Es war aber klar, dass dies dann
von der Partei dann noch angegriffen und schließlich abgelehnt werden würde. Bei
Reinhardt konnte ich hoffen, dass er sich bei in einem gewissen Grade für eine
in die Interesse der Verwaltung liegende Personalpolitik gegenüber der von der
Partei gewünschten reinen Parteipolitik mit stärkerer Wirkung einsetzen wür-
de, als ein nicht der Partei angehörender Staatssekretär. Aus diesen Erwägungen
habe ich mich mit der Berufung Reinhardt's einverstanden erklärt.

In C. Ich habe nach meiner Erinnerung über diese Freude mit Reinhardt
nicht gesprochen. Sie waren aber für jeden, der die Verhältnisse kannte, offen-
sichtlich.

In D. Da im Ministerium so 1933 so gut wie kein Wechsel, in den leitenden
Stellen überhaupt nicht, eintrat, bestand für Reinhardt keine Gelegenheit,
andere P.g. in das Ministerium nach sich zu ziehen. Die Besetzung der wenigen,
damals in der Außenverwaltung frei werdenden Stellen erfolgte nach rein sach-
lichen Gesichtspunkten. Unter welchen Gesichtspunkten Reinhardt die in

sein St. Büro einberufenen Beamten aussuchte, weiss ich nicht. Es kann nicht rein der Gesichtspunkt der Parteipagebörigkeit gewesen sein, da, soweit ich weiss, ^{F.B.} Brayhan der bei seiner Einkerbung nicht P.G. war.

Zu E. Eine nähere Beziehung zwischen Reinhardt und der Fachschaft hat meines Wissens nicht bestanden. Er war im Gegenteil ein Gegner der Fachschaften. Das wurde darin sichtbar, dass er bei der Parteikanzlei die Abberufung des Leiters der Fachschaft, Toll, Mehlitz, der von den alten Berufsbeamten als besonders gehässig angesehen und abgelehnt wurde, und eine Blokkade der fachschaftlichen Arbeit durchsetzte.

Zu F. Im allgemeinen hat Reinhardt die Personalpolitik nach dem Leistungsprinzip gesucht. Als Fanatiker der Arbeit schätzte er die unter ihm Arbeitenden Menschen nach ihrer sachlichen Leistung ein. So lehnte er es z. B. ab, die von der Parteikanzlei wiederholt gewünschte Beförderung der „alten Kaeppfer“, des Finanzpräsidenten Kruppe und ^{von} Kaigemeister und des Ministerialrats ^{monath} Honopath zu Oberfinanzpräsidenten bei mir zu befürworten. Umgekehrt hatte ich ohne Reinhardt's Eintreten bei der Parteikanzlei schwerlich durchsetzen können, dass noch 1944 unter 5 zu Ministerialdirigenten beförderbaren Ministerialräten 4 Nicht-P.G. waren. Ebenso hat er sich entgegen Parteiwunschen dafür eingesetzt, dass ^{die Nicht-P.G.} Nicht-P.G. in leitenden Stellungen in der Aussenverwaltung bleiben und in solche Stellen befördert werden.

Reinhardt bevorzugte bei Beförderungen die Leiter und Lehrer der Finanzschulen. Aber auch hier war für ihn das Leistungsprinzip massgebend, da er die Beamten, die durch diese Tätigkeit hindurchgegangen waren, zwar besonders wertvoll und geeignet hielt. Auch unter ihnen fanden sich ^{nicht} viele von P.G. Es mag sein, dass in Einzelfällen bei sachlich gleicher Qualifikation Reinhardt einem P.G. den Vorzug gegeben hat. Mir gegenüber hat er stets nur die sachliche Qualifikation geltend gemacht.

Ein Druck auf die Beamtenschaft, der Partei nur einer ihrer Gliederungen beizutreten, ist in der Finanzverwaltung nicht ausgeübt worden. Das ergibt sich schon aus der grossen Zahl der auch nach 1933 beförderten Nicht-P.G. Soweit etwa an irgend einer Stelle der Aussenverwaltung ein Druck ausgeübt worden sein sollte, hat Reinhardt daran nach meiner Ueberszeugung nicht mitgewirkt.

Zu G. Einen selbständigen Einfluss haben Reinhardt's lugole Mitgl.

leider im R.F.M. nicht gehabt. Sie waren lediglich die Ausführungsvorgänge der Beord-
nungen des Staatssekretärs. Dabei haben nach meinen Beobachtungen ^{Gündel und}
Noel einen bei den übrigen Beamten des R.F.M. nicht immer angenehmen Einfluss
hatten von ausgeschlagen. Inwieweit sie durch Beratung Reinhardt's die Personalpo-
litik beeinflusst haben, ist mir nicht bekannt.

Hrell

Zu H. Die Sonderabgabe aus dem jüdischen Vermögen ist, nachdem sie von
Goering angeordnet und dem R.F.M. zur technischen Ausarbeitung übertragen wor-
den war, im Vermögenssteuer-Referat des Abt. III (Min. Direktor Hedding) bear-
beitet worden. Die dort ausgearbeiteten Durchführungsverordnungen sind auf
dem Dienstweg vorgelegt worden, also über den Staatssekretär, wenn es ausreicht
war. Darüber hinaus hat sich Reinhardt nicht beteiligt.

Hedding

Zu I. An der Einziehung beschlagnahmter Vermögen war das R.F.M.
überhaupt nicht beteiligt. Diese Einziehung wurde von anderen Stellen ausge-
sprochen. Erst wenn die Einziehung erfolgt war, wurde das Vermögen der Finanz-
verwaltung zur Verwaltung und Verwertung übergeben. Hieran ist Reinhardt
nur insofern beteiligt, als er eben Staatssekretär war und die Bearbeitung
in einer ihm unterstehenden Abteilung erfolgte.

Zu K. Für die Ausführungsverordnungen zum Reichsteuergesetz war
nach diesem Gesetz das Reichinnenministerium zuständig und verantwortlich.
Wenn ein anderes Ministerium beteiligt wurde, ^{nur hinsichtlich der} ~~war es nur für die~~ sein Fachgebiet
betreffenden Vorschriften beteiligt. ^{so wurde} Das R.F.M. wurde bei einigen Ausfüh-
rungsverordnungen beteiligt, weil in ihnen Verfügungen an die von
den Verordnungen betroffenen Personen vorgesehen ^{waren} oder die Einziehung des
Vermögens zu Gunsten des Reichs angeordnet wurde. Diese Verordnungen
sind von Reinhardt mitgezeichnet oder, falls es ausreicht war, bei ihm durch-
gegangen, stern sie dem Minister zur Mitzeichnung vorgelegt wurden.

Zu L. In die Devisenlenkungsplanung war Reinhardt nicht eingeschal-
tet. Die Devisenstellen erhielten ihre sachlichen ~~und~~ Hinweise ausschließlich
und unmittelbar vom Reichswirtschaftsministerium.

Zu M. Die Blockierung der Aufsichtsratsproben bei den reichseigenen
Gesellschaften erfolgte durch das Ministerium. Praktisch ging sie in der
Weise vor sich, dass der Vorstand der Gesellschaft die Beschlüsse mit

dem zuständigen Referenten durchsprach. Für diese Vorschläge sollte der Referent die Genehmigung seines Abteilungsleiters ein. Nur in besonders wichtigen Fällen oder in Streitfällen wurde die Entscheidung des Staatssekretärs oder des Ministers herbeigeführt. Mir ist kein Fall einfallend, in dem Reinhardt ~~einfluss~~ Einfluss auf diese Beschlüsse ~~zu nehmen~~ ^{genommen} hat.

Vu N. Finanzpolitik als Konjunkturpolitik hat nichts Neues. Sie war das Gegenstück der unter Brüning durchgeführten ~~Harz~~ Deflationspolitik. Schon vor ihm war man sich im R. F. M. darüber klar, dass, sobald der Boden der Krise erreicht sei, die Deflationspolitik durch eine Kreditausweitungspolitik ersetzt werden müsse. Der erste Vorstoß in dieser Richtung erfolgte bereits im Herbst 1932. Weitere Maßnahmen, vor allem in Richtung einer Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge, waren für 1933 vorgesehen. Im Januar 1933 wurde hierüber im Reichshaushaltsausschuss des Reichstags eingehend verhandelt. Die aktivistische Finanzpolitik des Jahres 1933-1939 lässt sich daher nicht auf die grundsätzlichen Planungen einer bestimmten Persönlichkeit zurückzuführen. Die Ausgestaltung in einzelnen Dingen ist weitgehend das Werk von Reinhardt, der für diese Konjunkturpolitik durch steuerliche Maßnahmen und staatliche Aufträge ein festes Programm wirkte und das Gesetzgebungsverfahren vor allem in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Reichsanleihe für Arbeitslosenversicherung, Symp., ausarbeitete.

Vu O. Der Staatssekretär ist für die gesamten Einnahmen verantwortlich. Aber schon als Leiter des Staatssekretärs war, ergab sich von selbst zwischen mir eine praktische Arbeitsteilung in der Weise, dass ich als langjähriger Leiter der Steuerabteilung das Schwergewicht meiner Arbeit auf das Gebiet der Steuern und Zölle abgab und ich als langjähriger Leiter der Staats- und zuletzt auch der Reparationsabteilung auf das Gebiet der übrigen Abteilungen des Ministeriums legte. Aus Reinhardt's Spezialkenntnissen auf steuerlichem Gebiet ergab sich von selbst, dass diese Arbeitsteilung fortgesetzt wurde. Das bedeutete natürlich weiter, dass Reinhardt in allen Fragen mit Ausnahme der Steuern und Zölle und ich wiederum bei diesen ausgeschlossen war, doch dass sich die formelle Verantwortung noch. Wohl aber ^{maßgeblich} konsultierte ich die Verwaltungs- und Überwachungsbeamtenschaft in Steuerfragen ebenfalls bei Reinhardt, in den übrigen Fragen stärker bei mir.

Vu P. Die Durchführung der Finanzpolitik nach 1933 war ohne Zweifel

zung der Reichsbank nicht möglich. Die Heberwindung des Wirtsch durch eine aktive
Kontenpolitik war nur möglich in Folge der Kreditausweitung. Daraus die Wirtsch
bung der Reichsbank hervorgeht. Die Reichsbank wiederum wurde davon interessiert sein,
dass auch eine gesunde Einnahme- und Ausgabe politik des Reichs der Gleichzeitigkeit begünstigt
und die in der Kreditausweitung liegende Gefahrenmöglichkeit für die Wertsicherung besei-
tigt wurde. So waren starke zahlreiche Besprechungen grundsätzlicher Art wie auch
solche mehr technischer Art, z. B. über Ausbreitung von Schatzanweisungen, Ausfle-
gung über Reichsauleihe, Heberwindung von Kalkulo-Terminen, Wirtsch Reichsbank
und P.F.H. (Koblenz).

Z Als.

Ime Abstimmung zwischen P.F.H. und Reichsbank war auch insofern wichtig, als die
Reichsbank durch das System des Wirtsch sich abzurufen an bestimmten Ausgängen
des Reichs beteiligte. Wirtsch selbst vornehmlich über Reinhardt als Staatsbankier an den das Ver-
hältnis der P.F.H. im Reichsbank betreffenden Angelegenheiten beteiligt. Aber da sie nicht
in seinem Spezialgebiet betrautet, hat es daher keine führende Rolle gespielt.

Anderes lag es in den Jahren, in denen der Reichsbankpräsident gleichzeitige
Wirtschaftsminister, Wirtsch von 34-37. Funkt von Januar 1939 an, und nun in seiner
gleichzeitigen Eigenschaft als Wirtschaftsminister über G. B. W. sich stark und für
Einzelheiten der Steuerpolitik interessierte. An Besprechungen hierüber hat Rein-
hardt wiederholt teilgenommen; sie fanden teils im Wirtschaftsministerium, teils
in der Reichsbank statt.

Zu A. Es ist nicht möglich, diese Frage zu beantworten. Jeder, der in einer
leitenden Stellung in einem Ministerium ist, nimmt an Gesetzgebungsaktionen
seines Ministeriums vorzuschlagend, beratend, gestaltend, durchführend teil. In An-
sehung dieser Funktionen lässt sich nicht abgrenzen. Man kann nur die Fälle hervor-
heben, in denen jemand ein Werk initiativ und in der Ausgestaltung so stark be-
einflusst, dass es als sein Werk bezeichnet werden kann. Als 1925 das P.F.H. die
Entwürfe zur Stabilisierung der deutschen Finanzen eintrachte und vorbrachte, wa-
ren die Steuergesetze das Werk des Staatsbankiers Popitz, die Aufhebung
des Werk des Ministers von Schlichter, die Entschärfungsgesetze des Min. Dir.
Lottholz. Ich beschränke mich deshalb darauf, die Maßnahmen zu bezeichnen, an
denen Reinhardt in diesem Sinne führend beteiligt war.

Bei Gruppe I war das nicht der Fall.

Die Besprechungen technischer Art wurden von dem Wirtschminister oder dem Reichsbankpräsidenten, die Besprechungen grundsätzlicher Art von dem Reichsbankpräsidenten oder von mir geführt. Anders

Bei Gruppe II war es der Fall bei Ziff. 6 und 2 (Kleuergrundsätze I und II).

Bei Gruppe III trifft es besonders bei Ziff. 8, der Steuerreform vom 16.10.1934 zu. Für Ziff. 9, Realsteuerreform, gilt das es bereits in wesentlich abgeschwächterer Form. Reinhardt's Interesse lag vor allem ~~besonders~~ bei den Reichssteuern, besonders bei der Einkommensteuer. Da dem noch aus der Zeit von Popitz stammenden Plan der rechtsrechtlichen Regelung der Realsteuer, war es nicht in dem gleichen Masse interessiert. Hinsichtlich Ziff. 10, Aufbringungsanlage, kann ich kein Urteil abgeben.

Bei Gruppe IV war es nicht der Fall.

Auf Gruppe V trifft es wiederum zu.

Bei Gruppe VI war es nicht der Fall. Die in der Kriegswirtschaftsverordnung betreffend ~~kleinen~~ Steuern waren überhaupt nicht vom R.F.H. bearbeitet, sondern vom G.B.H.. Sie waren dem R.F.H. vor ihrer Veröffentlichung nicht einmal bekannt.

Bei Gruppe VII trifft es besonders bei Ziff. 15 und 16 zu, in etwas abgeschwächterer Form bei Ziff. 14 und 15. Das Eisenne Sparen und die Betriebsanlage. Galtakow waren in der Konzeption wie in der Ausgestaltung Reinhardt's weiseres Werk.

In 8. Namentlich hatte Reinhardt als Staatssekretär Anteil an der finanzpolitischen Entwicklung. Aber eine führende Rolle spielte er dabei nicht, um so weniger, als die finanziellen Schwierigkeiten des Jahres 1933 durch die Notwendigkeit hervorgerufen wurden, in diesem Jahre ^{die Haupt} durchzuführen, aber noch nicht bezahlten Forderungen Leistungen der hauptsächlich mit den Schacht'schen Maßnahmen finanzierten Vorjahre zu bezahlen. Nicht die finanzpolitische Entwicklung des Vorjahrs führte zu den Schwierigkeiten 1

In 9. Eine über seine Amt hinausgehende Verantwortung für den Verlauf der Reichsbank hatte Reinhardt nicht. Erwartungen, wie sie die Denkschrift anstelle, hatten bereits vorher zur Erhöhung der Körperschaftssteuer geführt. In dem war Reinhardt wesentlich beteiligt.

In 10. Über den Umfang der Aufwertung war das R.F.H., da die Mehrheit auf Grund eines vom R.F.H. erfolglos beschlossenen Ministerbeschlusses keinen Einfluß legen konnte, sondern nur sachlich eine Globalsumme aufordnete, im Einzelnen nicht unterrichtet. Es kannte nur die Summe und konnte daraus Schlüsse auf den Umfang der Aufwertung im Ganzen ziehen. Hiervon und über die volkswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Konsequenz der Aufwertung war natürlich auch Reinhardt unterrichtet. Wenn allerdings unter dieser „Konsequenz“ die Auffassung verstanden wird, dass die Aufwertung Krieg oder Staatsbankrott zur Folge haben müsse, so weiß ich, dass Reinhardt diese Auffassung nicht teilte. Er rechnete mit einer Beendigung der Aufwertung in absehbarer Zeit, kam auf Grund der ihm gegenüber von Hitler persönlich im Winter 1938/1939 abgegebenen Er-

?, die Saender, Steuern waren,

1 Kriegswirtschafts

Wichtig war
Im 1938, sondern die Art, in die in den Jahren 1935-1937 der Hauptministerium Aufträge übertragen wurden, was die Rechnungen betraf. Auf diese Aufträge, die später Jahre mit den Rechnungen für die Aufwertung der Reichsbank, hatte das R.F.H., aber auch Reinhardt, keinen Einfluß.

Erklärung, dass binnen Jahresfrist die Aufrüstung des Reich, Deutschland in Verteidigungswaffen zu setzen, erreichen und dass dann das R.F.H. wieder die volle etatsmassige Kontrolle über die Wehrmacht erhalten werde.

Über die Aufrüstung haben seit 1935 ständige Beratungen stattgefunden, an denen regelmässig der Leiter der Etatsabteilung, der Generalleitsreferent, der Wehrmachtleitsreferent und der Kreditreferent teilnahmen. Dr. Reinhardt an Haushaltsbesprechungen meist nicht teilnahm, wird er auch an diesen Besprechungen nicht regelmässig teilgenommen haben.

Zu II. Für den Verlauf der Aufrüstungsplanung gibt es nur in Beantwortung der Frage T Angabe. Als Ziel dieser Planung ist dem R.F.H. stets angegeben worden, Deutschland verteidigungsfähig gegen jeden Angriff von aussen zu machen. Über dieses Ziel hat auch Reinhardt unterrichtet.

Zu III. Aufgabe und Zweck der Finanzschulen war die rein fachliche Ausbildung. Neben der fachlichen Schulung fand auch eine viltenschauliche Schulung statt, die aber in Zeit und Umfang weit hinter der fachlichen Schulung zurückblieb.

Zu IV. An den Anforderungen der Partei an den Reichshaushalt hat Reinhardt insofern stärker als an sonstigen Etatsanmeldungen beteiligt, als die Partei diese Anforderungen ihm persönlich zu übermitteln pflegte. Es hat auch wiederholt mit dem Beauftragten des Reichsschatzministers der Partei über diese Anforderungen verhandelt.

Zu V. Auch in den Jahren vor 1933 haben Angehörige des R.F.H., auch Beamte in leitender Stellung, Artikel in der Steuerzeitung veröffentlicht und dadurch die Finanzpolitik des Reiches propagiert. Allein die Veröffentlichung von Artikeln Reinhardts wurde mir dabei noch nicht als ausreichend erscheinen, um auf eine Änderung des Charakters der Steuerzeitung zu schliessen. Aber dadurch dass er die Herausgeberschaft übernommen hat, ist sicher allgemein in den Artikeln der Steuerzeitung der ausschliesslich informierende und kommentierende - und oft auch kritische - Charakter mehr in den Hintergrund getreten.

Zu VI. Der Haushalt selbst ist eine Aufgliederung der NSDAP zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel nicht erfolgt. Der Reichsschatzminister lebte grundsätzlich eine Pyramide aus den Bedarfsanmeldungen der einzelnen ab, es knüpfte sich dabei auf eine Anordnung Hitlers, dass der Finanzminister den für ihn benötigten Beträge zur Verfügung zu stellen habe. In der Praxis gelang es im Verhandlungswege, ^{bei sich} den Beauftragten wenigstens eine Aufteilung nach Sachgebieten zu erreichen.

Aus der Begründung über diese Aufteilung oder der dazu gegebenen Begründung war nicht ersichtlich, dass Mittel für die SS und für Aufstellungen und Ausgestaltung der H. Z. angefordert wurden. Neben den Mitteln für

abs. //

Die Reichsgerichte also die Frei differenz zu präzisieren, wurde nicht erreicht. Der gesamte Teil dieser sogenannten "Schleusenengänge" wurde dann veräußert, die aus dem Reich in die Ostgebiete ein-
geführten Waren, Konsumartikel, Landmaschinen etc., zu veräußern, um ihnen Absatz zu ermöglichen. Die wurden durch diese Schleusenengänge im geringfügigen Maße über den Rest des
Reichs einbezogen, da dadurch entstand, dass die Wirtschaft für die Rückgabe von Warenmitteln. Bei der Rückgabe wurde das Gesellschafts- und Exportgesetz, die die im In- und Export für die Rückgabe
des Reichs durchzuführen, von der Reichsregierung in Betracht gezogen für die Rückgabe.

Die Partei, die vom Reichskanzlermeister angefordert wurden, wurden im Haushalt des Innenmi-
nisteriums Haushaltsmittel für die Waffen SS (nicht für die allgemeine SS) und für die
Konzentrationslager angefordert ~~wurden~~. Aus diesen Anforderungen war die Stärke der Waf-
fen SS, die Zahl der M. A. und der Knechtlinge ersichtlich. Inwiefern Reinhardt von diesen
Udatsmaterial Kenntnis genommen hat und ob ihm aus sonstigen Mitteilungen nachher
Anderen Mitteilungen angefließen sind, weiß ich nicht. Nach Ausbruch des Krieges war alles
die Udatsanforderungen die Zahl der M. A. und der Knechtlinge nicht mehr zu ersehen.

Zu I. Mit Ausnahme von ^{Pommern} Polen und dem Protektorat hatte das D.F.H. weder
mit der Festsetzung noch mit der Eintreibung von Kontributionen etwas zu tun. Es
sind daher auch im D.F.H. keine steuerlichen oder steuerähnlichen Vorschriften für
die besetzten Gebiete ausgearbeitet worden. Bei Polen und dem Protektorat war das D.F.H.
insoweit beteiligt, als der Etat des Generalgouvernements und des Reichsprotektors der
Einstimmung des D.F.H. bedurfte. Aber auf die steuerlichen Vorschriften auch in die-
sem Landem hatte das D.F.H. keinen Einfluss; sie wurden in Polen durch den General-
gouverneur, im Protektorat durch die tschechische Regierung unter Aufsicht des Reichs-
protektors geregelt.

Anderes war die Regelung in den besetzten russischen Gebieten. In diesen
Gebieten wurden keine Kontributionen ~~im~~ wie in ~~Westen~~ erhoben. Es sollte aber nach
einer Anweisung Goerings dem Reich die Gewinnspanne fließen, die sich aus dem
Ankauf von Waren in den besetzten Gebieten zu den dortigen (niedrigen) Preisen und dem
Verkauf in Deutschland zu den höheren (höheren) Preisen ergab. Auch die Udats der
Reichskommissariate bedurften über das Außenministerium der Zustimmung des D.F.H.
Reichlein die in den Reichskommissariaten erhobenen Steuern für die Ausgaben der Ver-
waltung nicht aus, wurden beim Außenministerium Anträge eingereicht. Infolge-
dessen war hier das D.F.H. an der steuerlichen Regelung wesentlich interessiert.
Zudem war dem D.F.H. die Bestimmung über die Verwendung der Preisgewinn-
spanne übertragen. An diesen Fragen hat Reinhardt fachkundig mitgearbei-
tet, und zwar sowohl an den die Spanne betreffenden Problemen, unter die er
selbst mit anderen Stellen verhandelt hat, wie an den Steuerfragen, die es un-
ter seiner Leitung bearbeitet hieß. Das Ziel, das wohl auch Reinhardt gehabt hat, P

Zu A. G. Ich habe mit Reinhardt hier über das Parteiprogramm gespro-
chen. Ich kann daher nicht sagen, ob und inwieweit er ein Vertreter des Parteipro-
gramms war. Ich erwähne mich nur, dass er mir einmal Feder als volligen
Narren bezeichnet hat. Danach schien er an die Bruchung der Linienknechtschaft
nicht zu glauben.

Zu B. F. Seine Bindung an das Parteiprogramm wird im Einsetzen die
folgt in Erscheinung:
a) er hat für einen Ausschluss der Juden von allen Familienvergnügen

gungen ein;

a) er hat fuer die Befreiung der Finanzbeamten von der Milberke
 b) er setzte sich stark fuer Ehe- und Kinderbeihilfen ein; ihm schwebte als Abschluss ein Familien - Lastenausgleich vor, der Unverheiratete und Familien je nach der Kinderzahl durch das System von Steuervergünstigungen und Kindergeschweissen wirtschaftlich moeglichst gleichstellen sollte;

c) er trat fuer eine Begünstigung des Einzelkaufmannes gegenüber der anonymen Gesellschaft ein;

d) zur Verhinderung von Kriegsgewinnen setzte er sich im Kriege fuer eine - nicht konische - Verschärfung der Einkommensteuer ein;

e) Er befürwortete sowohl bei Steuergesetzen wie in der sozialen Gesetzgebung alle Massnahmen, die er vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit als im Interesse der wirtschaftlich Schwachen liegend ansah.

In ÖZ. Da ich mit ihm keine Gespräche über die N.S.-Ideologie geführt habe, kann ich die Frage nicht beantworten.

In DZ. Er hat durch seine Taetigkeit als Staatssekretär so im Gespräch genommen, dass ihm fuer seine Parteitaetigkeit wenig Zeit verblieb. Er hat gelegentlich fuer die Partei Reden gehalten. Er hat auch wieder Hauptausleiter fuer die Vorträge der öffentlichen Finanzen im Stabe des Stellvertreters des Reichers. Hier beschränkte sich seine Taetigkeit wohl im Wesentlichen darauf, dass er von Zeit zu Zeit vor einem Kreis von Parteiführern Sachvorträge hielt.

Zu E.Z. Ich ^{habe nicht den Eindruck gehabt} ~~entwonne mich nicht~~, dass ^{er} im Haushaltsausschuss - im Rechnungs- und Steuerausschuss habe ich ihn nicht erlebt - seine Tendenz- und Propaganda-Aufträge gestellt hätte. ^(von ihm gestellten Aufträgen) gewesen seien. Ich erinnere mich, ihm die Kulturhochbedeutung eines von ihm gestellten Auftrages auseinanderzusetzen zu haben. Aus dem Ort der sich daran anschließenden Details geht hervor, dass er sich im Haushaltsausschuss nur sachliche Mitarbeit machte.

Hauptkammer München Stadt München 22, Wagnüllerstr. 12/IV
Zimmer 48, Blatt 1.

Fragebogen betr. Verfahren Fritz Reinhardt
Gen.Reg. 1424/48 - H/X/415/49.

- A. Welche Gründe waren für den Rücktritt von Staatssekretär Zarden maßgeblich und aus welchen Gründen wurde Reinhardt im März als Staatssekretär berufen?
- B. Ist die Berufung Reinhardts zufolge eigener Erwägung des damaligen Reichsfinanzministers erfolgt oder zufolge Empfehlungen von dritter Seite?
Wenn ja, wer hat Reinhardt empfohlen?
- C. War Reinhardt über die Gründe unterrichtet, die Zardens Rücktritt veranlasst hatten?
- D. Hat Reinhardt sich nach seiner Ernennung darum bemüht, andere Parteigenossen in das Reichsfinanzministerium bzw. auf führende sonstige Posten der Reichsfinanzverwaltung nach sich zu ziehen?
Wenn ja, wen?
- E. Hat zwischen Reinhardt und der für die Finanzverwaltung zuständigen Fachschaft des Reichsbundes Deutscher Beamter (bzw. vorher der NS-Betriebszellenorganisation) eine nähere Beziehung bestanden?
Wenn ja, worin wurde diese sichtbar?
- F. Nach welchen Gesichtspunkten hat Reinhardt die ihm unterstehende Personalpolitik innerhalb der Reichsfinanzverwaltung geführt?
Sind hierbei Nationalsozialisten bevorzugt worden?
Ist hierbei - insbesondere in Zusammenhang mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums - auf die Beamtenschaft ein Druck ausgeübt worden, der NSDAP bzw. einer ihrer Gliederungen beizutreten und inwieweit hat hierbei Reinhardt etwa mitgewirkt?
- G. Welche Rolle haben die engsten Mitarbeiter Reinhardts (so Ob.Reg.Rat Herting, dann Breibahn, dann Gündel, dann Gündel und Hoell, dann Hoell und Martinstetter, dann Hoell und Hormann) innerhalb der RFM gespielt und waren die Vorgenannten in der Personalpolitik des RFM von Einfluss?
- H. Wieweit ist Reinhardt an der Durchführung der Sonderabgabe aus den jüdischen Vermögen (12.11.1938) beteiligt gewesen?
- I. Wieweit ist Reinhardt an der Einziehung, Verwaltung und Verwertung beschlagnahmter Vermögen (Ausgebürgerte, insbes. Juden) beteiligt gewesen?

- K. Wieweit ist Reinhardt an den Ausführungsverordnungen zum Reichsbürgergesetz beteiligt gewesen?
- L. War Reinhardt in die Devisenbewirtschaftung (Devisenstellen der Oberfinanzpräsidien) eingeschaltet?
- M. Hatte Reinhardt Einfluss auf die Besetzung von Aufsichtsratsposten bei den sogen. reichseigenen Gesellschaften (Viag usw.) und inwieweit hat er solchen Einfluss ausgenützt?
- N. Auf wessen grundsätzliche Planungen ist die sogen. aktivistische Finanzpolitik der Jahre 1933 - 1939 (Finanzpolitik als Mittel konjunkturwirtschaftlicher Steuerung) zurückzuführen?
- O. Lag bei Reinhardt die Verantwortung für die gesamte Einnahmgestaltung der Reichsfinanzwirtschaft oder nur für die Ausschöpfung der ordentlichen Einnahmequellen im engeren Sinne (Steuern, Zölle, Verbrauchs- und Verkehrsabgaben usw.) ?
- P. Inwieweit arbeitete das RFM bei der Durchführung seiner Finanz- und Steuerpolitik 1933 - 1939 mit der Reichsbank zusammen und war Reinhardt an der Abstimmung der Massnahmen zwischen RFM und Reichsbank beteiligt?
- Q. Inwieweit hat Reinhardt an den folgenden Einzelgesetzen bzw. Einzelmassnahmen
- a) vorschlagend,
 - b) beratend,
 - c) gestaltend,
 - d) durchführend

teilgenommen.

- Gruppe I 1. Novelle zum Bangesetz vom 27.10.1933.
2. Kreditwesengesetz vom 5.12.1934
3. Bankgesetz vom 15.6.1939
- Gruppe II 4. Öffa-Wechsel 1933/35
5. Unverzinsliche Schatzanweisungen 1933/35
6. Steuergutscheine I 1933/35
7. Steuergutscheine II 1933/35
- Gruppe III 8. Steuerreform vom 16.10.1934 (betr. Einkommen-, Bürger-, Körperschafts-, Umsatz-, Erbschafts-, Vermögens- und Kapitalverkehrsteuer sowie Steueranpassungs-, Reichsbewertungs- und Bodenschätzungsgesetz)
9. Realsteuerreform vom 1.12.1936
10. Aufbringungsumlage vom 3.7.1937
- Gruppe IV 11. Sonderwechsel (später ab Mitte 1938 Lieferschatz) als wehrwirtschaftliches Finanzierungsinstrument ab Sommer 1935.
- Gruppe V 12. Neuer Finanzplan vom März 1939.

- Gruppe VI 13. Kriegswirtschaftsverordnung vom 4.9.1939
(Kriegszuschlag zur Einkommensteuer, zur
Bier- und Tabaksteuer, zur Brandweinab-
gabe und zur Schaumweinsteuer.)
- Gruppe VII 14. Erhebung der Sozialausgleichsabgabe 10.8.40
15. Steuererleichterungen für die eingeglie-
derten Ostgebiete 9.12.1940
16. Verordnung über die Lenkung von Kaufkraft
(Eisernes Sparen, Betriebsanlage-Guthaben)
30.10.1941.
17. Gewinnabführungsverordnung 31.3.1942.
- R. Hatte Reinhardt Anteil an der finanzpolitischen Entwicklung, die neben einer äusserlich ausgeglichenen Entwicklung der Reichshaushaltsgestaltung zu der insbesondere bereits 1938 in Erscheinung getretenen Überlastung des Geld- und Kapitalmarktes und den gegen Ende 1938 vorliegenden Kassenschwierigkeiten des Reiches geführt haben?
- S. War Reinhardt innerhalb des RFM für die Bearbeitung der Reichsbankdenkschrift vom 7.1.1939 verantwortlich bzw. inwieweit hat er an den Erwägungen, die diese Denkschrift auslöste, beratend oder mitgestaltend teilgenommen?
- T. Musste Reinhardt im Ganzen über den Umfang der Aufrüstung und deren volkswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Konsequenz unterrichtet sein?
Haben über diese Kernfrage der deutschen Haushaltsgestaltung im RFM ab Beginn der Aufrüstung (1935) Beratungen stattgefunden und inwieweit war Reinhardt an diesen beteiligt?
- U. War das RFM und war Reinhardt als der Verantwortliche für die Einnahmebeschaffung (siehe obige Frage O) über Umfang und Ziel der Aufrüstungsplanung unterrichtet?
- V. Waren die von Reinhardt eingerichteten Reichsfinanzschulen ausschliesslich fachliche Unterrichtsanstalten oder wurde auf ihnen neben der fachlichen auch eine weltanschauliche (also nationalsozialistische) Ausbildung des Nachwuchses der Finanzbeamtenschaft durchgeführt?
- W. War Reinhardt daran beteiligt, dass über den Reichshaushalt der NSDAP alljährlich grosse Mittel für die Finanzierung des Parteiapparates (so z.B. im Jahre 1940: 289,6 Mill. RM) zur Verfügung gestellt wurden?
- X. Hat die "Deutsche Stener-Zeitung" nachdem 1933 Reinhardt die Herausgeberschaft übernommen hatte, ihren ausschliesslichen informierenden und kommentierenden Charakter behalten oder ist sie nicht vielfach - insbesondere durch unmittelbare Artikel Reinhardts - zur Propagierung der NS-Finanzpolitik eingesetzt worden?

- Y. Sind im Reichshaushalt Aufgliederungen der der NSDAP (obige Frage W) zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel nach deren Zweck innerhalb der NSDAP erfolgt? Hat die NSDAP ihre Bedarfsanmeldung im Einzelnen begründet?
War aus dieser Begründung ersichtlich, dass Mittel für die SS und für Aufbau und Ausgestaltung der Konzentrationslager angefordert wurden oder sind hierüber aus sonstigen Mitteilungen Reinhardts nähere Unterrichtungen zugeflossen?
- Z. Hatte Reinhardt mit der Herbeiführung von Kontributionen der besetzten Gebiete etwas zu tun?
Sind von ihm die hierfür erforderlichen steuerlichen oder steuerähnlichen Vorschriften ausgearbeitet worden? (bezw. unter seiner Leitung und Verantwortung)
- AZ. War Reinhardt ein Vertreter des Parteiprogramms der NSDAP und insbesondere dessen Ziffer
4. Ausschaltung der Juden,
 11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, (Brechung der Zinsknechtschaft)
 12. Restlose Einziehung der Kriegsgewinne.
 13. Verstaatlichung der Trusts.
 14. Gewinnbeteiligung an Grossbetrieben.
 25. Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches.
- BZ. Worin ist im Einzelnen seine Bindung an das Parteiprogramm in Erscheinung getreten?
- CZ. Hat Reinhardt den Totalitätsanspruch des Staates im Sinne der NS-Ideologie bejaht?
- DZ. Ist Reinhardt ausserhalb seiner Tätigkeit als Staatssekretär des RfM im engeren Sinne nach 1933 auch aktiv innerhalb der Führung der NSDAP in Erscheinung getreten?
- EZ. Welche Tendenz hatte die Tätigkeit Reinhardts 1930 - 1933 als nationalsoz. Reichstagsabgeordneter und sein Wirken im Haushalts- und Rechnungs- und Steuerausschuss des Reichstages?
Hat er im Sinne der damaligen nationalsoz. Taktik Tendenz- und Propaganda-Anträge gestellt oder sachliche Mitarbeit geleistet?

====

Eidesstattliche Erklärung.

Ich, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, geb. zu
 bin zunächst darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich straf-
 bar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe.
 Ich erkläre an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit ent-
 spricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militär-
 gerichtshof IV im Justizpalast Nürnberg, Deutschland, vorgelegt
 zu werden.

- 1.) Als ich am 1. Juni 1932 Reichsfinanzminister im Kabinett Papen
 wurde, schlug ich zum Staatssekretär den langjährigen Leiter
 der Steuerabteilung, Herrn Zarden, vor, dessen Ernennung das
 Kabinett zustimmte. Da ich selbst jahrelang die Etatsabteilung
 und zuletzt auch die Reparationsabteilung geleitet hatte,
 ergab sich von selbst eine praktische Arbeitsteilung in der
 Weise, dass Zarden das Schwergewicht seiner Arbeit auf das
 Gebiet der Steuer- und Zollabteilung und ich selbst auf das
 Gebiet der übrigen Abteilungen des Ministeriums legte.
- 2.) Nach dem 30. Januar 1933 blieb Zarden zunächst im Amt. Er wäre
 an sich gern weiter Staatssekretär geblieben. Aber er sah, dass
 wenn auch das Gesetz über die "Wiederherstellung des Berufs-
 beamtentums" ihn als "alten Beamten" nicht betraf, er doch in-
 folge seiner jüdischen Abstammung in der stark im Licht der
 Öffentlichkeit stehenden Stellung eines Staatssekretärs nicht
 nur selbst Schwierigkeiten haben, sondern auch fuer die sach-
 liche Arbeit des Ministeriums Schwierigkeiten hervorzurufen wuer-
 de. Er hat deshalb um seine Pensionierung.

3.) Ich hatte zunächst fuer den Posten des Staatssekretärs den fruheren Finanzminister von Mecklenburg, von Gertzen, oder den Beersenkommisar und spaeteren Bankkommisar, Dr. Ernst, in Aussicht genommen. Aber diese Kandidaturen stieszen bei Hitler auf Widerstand; er setzte sich fuer Reinhardt ein. Ich konnte daher die von mir urspruenglich vorgesehene Kandidatur nicht durchsetzen. Gegen Reinhardt konnte ich keine weniger Einwendungen geltend machen, als er durch seine berufliche Taetigkeit gruendliche Kenntnisse auf dem Gebiet des Bilanz- und Steuerrechts hatte und in den letzten Jahren vor 1933 Fuehrer der nat. soc. Fraktion im Haushaltsausschuss und Steuerausschuss des Reichstags und stellvertretender Vorsitzender, zuletzt sogar Vorsitzender des Haushaltsausschusses gewesen war. So wurde Reinhardt Anfang April 1933 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium.

4.) Es ergab sich aus Reinhardt Spezialkenntnissen auf steuerrechtlichen Gebiet von selbst, dass die bisher praktisch gewusste Arbeitsteilung zwischen Zarden und mir fortgesetzt wurde. Das bedeutete natuerlich weiter, dass der Staatssekretär in Staatsfragen noch dass ich in Steuerfragen voellig ausgeschaltet wurde. Wohl aber konzentrierte sich Weisungs- und Ueberwachungsbefugnis in Staatsfragen staerker bei mir, in Steuerfragen staerker beim Staatssekretär. Die steuerrechtlichen und die im Zusammenhang damit stehenden Fragen, also vor allem die Schulung der Beamten, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - besonders durch steuerrechtliche Bestimmungen- und die Foerderung der Familien- und Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen u. a. hnl. - waren Reinhardt's besonderes Arbeitsgebiet.

5.) Bevor ich auf deine amtliche Taetigkeit eingehe, moechte ich einiges zu seiner Persoenlichkeit sagen, weil sich nur daraus ein richtiges Urteil ueber seine dienstliche Taetigkeit gewinnen laesst. Reinhardt war ein ueberzeugter Nationalsozialist, bei dem der Glaube an den Segen der nat. soc. Bewegung fuer das deutsche Volk und die Bewunderung fuer Hitler eine Staerke hatten, die man nur als Naivitaet bezeichnen kann. Der bei ihm sehr stark ausgepraegte Sinn fuer soziale Gerechtigkeit war es wohl gewesen, der ihn zum Nationalsozialismus gefuehrt hatte. Bei wem er den gleichen Sinn antraf, den hielt er fuer einen Nationalsozialisten, auch wenn er der Partei nicht angehorte. Auf der anderen Seite hielt er die strikte Einhaltung bestimmter aeusserer Formen -Gruss u.dgl.- fuer unerlaesslich. So glaubte er auch bei der fachlichen Schulung nicht ganz ohne weltanschauliche Schulung auskommen zu koennen, wobei es ihm nur darauf ankam, den Gedanken einer die Standes-Klassen- und Glaubensgegensetze ueberbrueckenden Volksgemeinschaft und die Idee des Beamtentums als eines Dienstes in und an dieser Gemeinschaft in den Vordergrund zu stellen.

Das zweite, was charakteristisch fuer ihn war, war ein Pflichteifer, den man nur als Arbeitsfanatismus bezeichnen kann. Er kannte keine Zerstreuung noch hatte er ausserhalb seiner Arbeit irgendwelche Interessen. So schaezte er auch die Menschen, die unter ihm arbeiteten, nach dem Masstab ihrer sachlichen Leistung ein. Deshalb war auch hier fuer ihn der tuechtige Facharbeiter ohne weiteres ein "Nationalsozialist", auch wenn er nicht - oder nur nominell NS. war, waehrend umgekehrt selbst ein "alter Kaempfer" vor seinen Augen keine Gnade fand, wenn er dienstlich ein Versaeger war.

Es konnte nicht ausbleiben, dass gegenüber einer so aktiven und gelegentlich rücksichtlosen Persönlichkeit die Beurteilung in der Beamtenschaft, ganz unabhängig davon, wie der Einzelne zum Nationalsozialismus stand und ob er der Partei angehörte oder nicht, sehr verschieden war und von rückhaltloser Anerkennung bis zur völligen Ablehnung divergierte.

6.) Ich habe Reinhardt zunächst als reinen Repräsentanten der Partei angesehen, der die Finanzverwaltung "gleichschalten" sollte. Ich konnte aber bald feststellen, dass er keine Richtlinien oder Weisungen hierfür mitbrachte. Ich fand auch bei ihm ein überraschend starkes Verständnis dafür, dass das Finanzministerium und die Finanzverwaltung keine politischen, sondern rein fachliche Aufgaben hätten und diese umso besser erfüllen könnten, je mehr sie sich von politischer Bindung frei hielten.

Auf dieser Grundeinstellung vollzog sich unsere Zusammenarbeit. Von diesem Standpunkt aus war Reinhardt von Anfang an ein scharfer Gegner der NS.-Fachschaften und setzte es nach langem Kampf bei der Parteikanzlei durch, dass der den alten Berufsbeamten gegenüber besonders gehässige Leiter der Fachschaft Zoll, Mehling, abberufen und die fachschaftliche Arbeit auf die Erteilung besoldungsrechtlicher und ähnlicher Auskünfte an die Beamten beschränkt wurde. Unter dem gleichen Gesichtspunkt lehnte es Reinhardt von sich aus ab, die Beförderung der "alten Kämpfer", der Finanzpräsidenten Zengemeister und Krappe und des Ministerialrats Koropath zu Oberfinanzpräsidenten bei mir zu befürworten, obwohl ihre Ernennung von Parteiseite gewünscht wurde; er setzte sich entgegen Parteiwünschen dafür ein, dass Nicht-PG., wie

Tiesler, Denhardt, Feiffer, Guenther Oberfinanzpraesidenten blieben oder wie Wert und Jahn ~~die~~ Oberfinanzpraesidenten wurden. Dess auch im Reichsfinanzministerium selbst noch 1944 unter 5 zu Ministerialdirigenten befördert Ministerialrats & Nicht-PG. waren, Mayer, von Knorre, Augustin, Poerschke, haette ich ohne Reinhardt's Hilfe bei der Parteikanzlei schwerlich durchsetzen koennen. Auch unter den Leitern und Lehrern der Finanzschulen fanden sich eine Reihe von Nicht-PG.

Als auf der anderen Seite der Oberfinanzpraesident Carl 1940 eine Broschuere veroeffentlichte, die eine staerkere Kontrolle der gesamten Einnahme- und Ausgabenwirtschaft der oeffentlichen Hand verlangte, auf eine Entpolitisierung der oeffentlichen Verwaltung hinauslief und durch ihre ungeschminkte Kritik steuerlichen Protest der Parteiinstanzen hervorrief, sah Reinhardt das als Disziplinalosigkeit an und gab Carl den Rat, sich sofort pensionieren zu lassen. Ich sah Carl's Handlung als eine Meinungsaeusserung an, zu der sich Beamter berechtigt war und hielt ihn noch 1 Jahr im Amt bis zu seiner altersmassigen Pensionierung. Ich erwaehe diesen Fall nur, um zu erklaren, warum die Beurteilung des Staatssekretars in den Kreisen der Beamtenschaft keine voellig einheitliche sein konnte.

7.) Fuer die Erhaltung des unpolitischen Charakters der Finanzverwaltung setzte sich Reinhardt auch gegenueber den Gauleitern ein, die immer wieder den Versuch machten, den Steuer- und Zollbehoerden auch auf fachlichem Gebiet Weisungen zu erteilen. Wenn es gelungen ist, diese Bestrebungen abzuwehren, in der Finanzverwaltung Gleichmaessigkeit und Gerechtigkeit der

Besteuerung zu erhalten und ihren Ruf als nicht nur fachlich besonders gut ausgebildete, sondern auch als innerlich saubere Verwaltung, der Korruption fern blieb, zu wahren, so kommt Reinhardt ein unbestrittenes Verdienst hieran zu.

In der gleichen Richtung liegt die Unterstützung, die ich bei ihm in dem Kampf fand, den ich von 1936 bis 1944 gegen Himmler's Bestrebung zu fuhren hatte, ihn den Zollgrennschutz zu unterstellen, und in dem während des Krieges mit Erfolg gegen Goering gefuehrten Kampf, die Grenzkontrolle an den Grenzen zwischen dem Reich und den besetzten Gebieten abzubauen.

8.) Wenn Reinhardt sich die grosste Muehe gegeben hat, die Finanzverwaltung auf den denkbar hoechsten Stand der Leistungsfahigkeit zu bringen, so hat ihn dabei nach meiner Ueberzeugung Pflichtgefuehl und der sachliche Ehrgeiz, eine Aufgabe bestens zu erfuehlen, geleistet, nicht der Gedanke an etwaige Zwecke, denen das Ergebnis dieser Arbeit dienstbar gemacht werden konnte. Das lag ausserhalb seiner Arbeitssphaere, und was ausserhalb lag, existierte nicht fuer ihn. Ich kann jedenfalls bezeugen, dass er bis zum Ausbruch des Krieges einen Krieg fuer unmoglich hielt, vor allem, da ihm Hitler im Winter 1938/1939 eine entsprechende beruhigende Erklarung abgegeben hatte, und dass er daher ebenso wie ich alle Vorbereitungen fuer einen Kriegsfall, so auch die von Obf. verlangte Ausarbeitung von Kriegssteuergesetzentwurfen, fuer nicht dringlich ansah. So wurde auch er am 1.9.1939 nicht nur durch den Kriegsausbruch, sondern auch durch die von Obf. ausgearbeiteten, in der Kriegswirtschaftsverordnung veroeffentlichten Kriegssteuer vollig ueberrascht.

.....
Nuernberg, den .. November 1948.

- 7 -

Die vorstehende Unterschrift des mir persönlich bekannten
Lutz Graf Schwerin von Krosigk beglaubige ich hiermit.

Munsterberg, den ... November 1948

.....
Rechtsanwalt.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Hitler ^{war} Aim Known to Schacht In '38, Court Told

NURNBERG, April 17 (AP)—Hjalmar Schacht, Hitler's top finance minister, knew in 1938 that Germany intended to wage war, a German denazification court was told yesterday.

The evidence against Schacht, facing a possible 10 years' hard-labor sentence as a high official in the Nazi government, was given by Johann Ludwig, Count Von Schwerin Krosig, finance minister in the early Hitler days.

The Schacht trial opened last week in Stuttgart but was moved to Nurnberg to hear such witnesses as Krosig, Hans Lammers, chancellor chief, and Otto Meisener, former secretary of state.

Krosig told how he wrote to Hitler in 1938 that impending war was "common knowledge" in Germany. He urged Hitler to continue Schacht's method of financing.

Schacht has insisted he financed Germany for peace.

Krosig told of a conference, however, where Schacht became indignant because considerable sums were being spent for army messing and quarters, instead of for weapons and planes.

Heilmann

Abschrift.

A 1

Vormittagssitzung 15.4.1947

Muernberg

Befragung des Zeugen Schwerin-Krosigk:

Marx: Sie erinnern sich an diese Mefo-Wechsel. Um Ihnen die Sache ins Gedächtnis zurueckzurufen: Diese Mefo-Wechsel waren akzeptiert von der Mefo, einer Gesellschaft, die ein Kapital von 1 Million Mark gehabt hat und aufgrund eines Merkblattes nicht haftet. Der Betroffene sagt aber, hinter diesen Wechsel habe eine Reichsgarantie gestanden. Ich bitte Sie, uns darueber Angaben zu machen, wie es mit dieser Reichsgarantie war, ob eine solche geleistet wurde und wann.

Schwerin-Krosigk: Es ist kein ausdrueckliches Reichsgesetz erlassen worden. Es hat aber damals meines Wissens ein ausdruecklicher Beschluss des Reichskabinetts vorgelegen, fuer diese Mefo-Wechsel eine Garantie zu uebernehmen. Ich habe muedlich, aber auch in einem Schreiben an die Reichsbank, die Einloesung der Mefo-Wechsel zugesagt.

Marx: Sie sagen, "Ihres Wissens" hat ein Beschluss des Kabinetts vorgelegen. Soll das heissen, Sie erinnern sich nicht mehr ganz sicher? Oder koennen Sie mit absoluter Sicherheit sagen, dass ein solcher Beschluss vorgelegen hat?

Schwerin-Krosigk: Die Frage der Mefo-Wechsel ist im Reichskabinettt zur Sprache gekommen. Ich kann nicht sagen, ob ein ausdruecklicher formaler Beschluss gefasst worden ist, dessen entsinne ich mich nicht mehr. Aber sicherlich ist es damals der Wille des Reichskabinetts gewesen, eine Garantie des Reiches fuer diese Mefo-Wechsel zu uebernehmen.

Marx: Sie koennen nicht sicher sagen, ob dieser Wille sich in einem Beschluss dokumentiert hat?

- la -

Schwerin-Krosigk: Das kann ich nicht sicher sagen.

Marx: Koennen Sie das sicher sagen, ob diese schriftliche Zusage von Ihnen gemacht wurde oder koennen Sie auch das nicht mit aller Bestimmtheit sagen?

Schwerin-Krosigk: Ich koennte das nicht auf meinen Eid nehmen. Ich glaube mich mit Bestimmtheit entsinnen zu koennen, dass ich eine solche schriftliche Zusage gegeben habe. Es koennte auch sein, dass nicht ich es gewesen bin, sondern ein anderer meiner Herren. Jedenfalls bestand zwischen der Reichsbank und dem Reichsfinanzministerium kein Zweifel darueber, dass eine solche Verpflichtung des Reiches vorlag.

- 2 -

A 2

Marx: War diese Verpflichtung allgemein oder auf einen bestimmten Betrag limitiert ?

Schwerin-Krosigk: Die Garantie ist unlimitiert gewesen. Die Beschränkung auf einen bestimmten Betrag ist erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Ursprünglich war eine bestimmte Beschränkung nicht vorgesehen.

Marx: Sind in den Etats, die später wohl nicht mehr veröffentlicht wurden, Rückstellungen von Jahr zu Jahr für diese Mefo-Wechsel, für diese Garantie vorgenommen worden ?

Schwerin-Krosigk : Nein. Das war auch garnicht möglich. Es wurden ja jedes Jahr durch die Mefo-Wechsel diejenigen Beträge finanziert, die nicht aus dem ordentlichen Etat finanziert werden konnten. Es wäre widersinnig gewesen, im Etat eine besondere Rückstellung für die Mefo-Wechsel vorzusehen, eben derjenige Betrag, der im Etat ausreichte, verminderte den Betrag der Mefo-Wechsel automatisch. Es war gar nicht möglich, eine besondere Rückstellung vorzunehmen, das hätte der ganzen Konstruktion widersprochen.

Marx : War in dieser Garantie davon die Rede, wann dieser Kredit zurückgezahlt werden soll oder war es nur eine allgemeine Abmachung, dass der Kredit eines Tages zurückgezahlt werden wird ?

Schwerin-Krosigk : Ich glaube - aber das könnte ich wieder nicht mit völliger Bestimmtheit sagen - dass ein bestimmter Termin vorgesehen war.

Marx: Welcher Termin ? Die Umlaufzeit der Mefo-Wechsel wurde ja prolongiert, von Anfang an war eine Prolongation vorgesehen, und zwar eine solche von 3 Monaten zu 3 Monaten bis zur Dauer von 5 Jahren, so dass also die letzte Prolongation eines Anfang 1934 ausgegebenen Wechsels Anfang 1939 gewesen wäre.

Schwerin-Krosigk: Nach meiner Ansicht ist kein bestimmter Termin angegeben worden, sondern es war allgemein durch diese Zusage vorgesehen, dass die Wechsel nach Ablauf der 5-jährigen Frist eingelöst werden sollten.

Marx: Ganz bestimmt wissen Sie es aber nicht, Sie glauben es ?

Schwerin -Krosigk: Es muss wohl so gewesen sein. Es hätte ja völlig dem ganzen System der Mefo-Wechsel entsprochen.

A 3

Marx: Während diese Mefo-Wechsel liefen, sind da nicht Bedenken aufgetaucht, ob sie auch wirklich eingelöst werden, ob die Garantie eingelöst wird, die das Reich gegenüber der Reichsbank übernommen haben soll ?

Schwerin-Krosigk: Ueber diese Fragen sind Ueberlegungen angestellt worden. Auch Herr Schacht hat gelegentlich mit mir darüber gesprochen die Ueberlegungen gingen meinerseits nach der Richtung, ob es möglich sein würde, in diesem Zeitpunkt die Mefo-Wechsel in bar einzulösen, also aus dem laufenden Reichetat - ich habe daran gewisse Zweifel stets geussert - oder ob es möglich sein würde, durch Auflegung einer Reichsanleihe die Mittel hereinzubekommen, um die Mefo-Wechsel aus dem Erlös einer Reichsanleihe abzudecken. Das war der Gedanke.

B 1

Marx:

Es sind wohl aber niemals Reichsanleihen in einer Höhe von 12 Milliarden Mark aufgelegt worden ?

Schwerin-Krosigk:

Es wäre ja auch niemals der Betrag von 12 Milliarden auf einmal notwendig gewesen, sondern laufend in den verschiedenen Jahren.

Marx:

Wie war die Stellungnahme Hitlers zu der Einlösung der Mefo-Wechsel? War schon vorher, ehe dieser Zeitpunkt da war, eine Stellungnahme von Hitler bekannt, vielleicht keine offizielle Stellungnahme, aber irgend welche Äußerungen ?

Schwerin-Krosigk:

Mir gegenüber ist eine solche Äußerung nicht gefallen.

Marx: Sie haben sich nicht felsenfest darauf verlassen, dass diese Garantie nach der Verfallzeit eingelöst wird. Sie haben gewisse Zweifel gehegt.

Schwerin-Krosigk :

Es war vorher nicht zu übersehen, ob es einmal möglich sein würde, sie aus dem laufenden Etat einzulösen und ob es möglich sein würde, dann eine Anleihe aufzulegen. Das hing von den jeweiligem Kapitalmarktverhältnissen ab.

Marx: Haben Sie Zweifel dahingehend gehabt, dass das Reich nun überhaupt diese Garantie einhält, und dass es nicht statt dessen die Einhaltung dieser Garantie ablehnt und die Mittel, die durch Steuern angefallen sind, nun für andere Zwecke verwendet, nämlich für die Aufrüstung ?

Schwerin-Krosigk :

Ich habe niemals Zweifel daran gehabt, dass das Reich nicht nur willens, sondern auch fähig sein würde, eine normale Entwicklung vorausgesetzt, diese Mefo-Wechsel zurückzuzahlen.

B 2

Lentz:

Es kann sein, Herr Schwerin-Krosigk, dass an Sie Fragen gestellt werden, deren wahrheitsgemässe Beantwortung Sie nach dem Befreiungsgesetz einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzt. Sie sind dann berechtigt, die Beantwortung zu verweigern.

Schwerin-Krosigk:

Danke schön, Mir liegt aber in allen Dingen daran, zu einer Aufklärung der Wahrheit beizutragen.

Marx:

Haben Sie sich einmal mit Herrn Dr. Schacht darüber unterhalten und dabei Zweifel über die Art der Finanzierung des Kredits gehegt? Hat in diesen Jahren von 1934, 1938 und 1939 irgendwelcher Briefwechsel stattgefunden?

Schwerin-Krosigk :

Ich glaube nicht. Ich weiss nur, dass, wenn nicht Herr Dr. Schacht mit mir persönlich darüber gesprochen hat, der Etat-Direktor des Finanzministeriums mit den Herren der Reichsbankkammer wieder diese Fragen durchgesprochen hat. Es hat eine ständige Fühlungnahme stattgefunden.

Marx: Es war also nicht so, dass die Reichsbank Einsicht in die Etats der einzelnen Jahre, die ja nicht jedermann zugänglich waren, weil sie ab 1935 nicht mehr veröffentlicht wurden, verlangt hat, um sich zu vergewissern, dass das Reich für diese Kredite noch gut ist.

Schwerin-Krosigk:

Diese Etats standen natürlich der Reichsbank jederzeit zur Verfügung. Es hat darüber eine dauernde Orientierung der Reichsbank stattgefunden, und zwar durch Herrn Ministerialdirektor Olscher.

Marx:

Was war der Anlass, warum diese Garantie nicht eingehalten wurde?

Schwerin-Krosigk:

Soweit ich mich entsinne, hat um die Wende 1938/39 ein Schreiben des Reichsbankdirektoriums vorgelegen, dass um eine nochmalige Erklärung bat, dass bei Fälligkeit die Mefo-Wechsel in bar eingelöst würden und ich habe damals geantwortet oder Herr Ministerialdirektor Olscher hat geantwortet, dass eine Bareinlösung im Augenblick nicht möglich wäre, sondern dass nur eine Hingabe von Schatzwechseln in Frage käme. bis einmal eine Ablösung durch eine Reichsanleihe prakt-

B 3

tisch werden könnte. Das war der Sinn der Antwort.

Marx:

Warum wurde diese Antwort gegeben? Warum war eine Bareinlösung nicht möglich?

Schwerin-Krosigk:

Ich sagte schon einmal, weil an sich im Reichsetat Mittel für die Mefo-Wechsel nicht vorgesehen waren, weil der Etat in einer Höhe aufgestellt war, die nicht voll ausreichte zur Durchführung der vorgesehenen Unternehmungen, darunter auch der Aufrüstung, und gerade dieser Teil, der nicht aus dem ordentlichen Etat gespeist werden konnte, wurde durch die Mefo-Wechsel gedeckt.

Marx:

Sie haben mitgeteilt, dass die Mittel für die Einlösung der Mefo-Wechsel nicht vorhanden seien, es käme aber eine Einlösung durch Schatzwechsel, das heißt durch weitere Verpflichtung, in Frage.

Schwerin-Krosigk:

Jawohl. Es war praktisch eine über die 5 Jahre hinausgehende Prolongierung bis zu dem Zeitpunkt, der damals nicht vorauszusehen war, in dem eine definitive Ablösung erfolgen konnte, entweder durch Auflegung einer Anleihe oder nach Anhören der Aufrüstung durch normale Etatmittel.

Marx:

Erinnern Sie sich daran, dass man auf Seiten der Reichsbank über dieser Bescheid entrüstet war oder hat man das einfach hingenommen?

Schwerin-Krosigk:

Von einer Entrüstung ist mir nichts bekannt geworden. Ich glaube, es war auch damals kaum eine andere Antwort erwartet worden.

Marx:

Wir können uns denken, dass bei dem Temperament von Herrn Dr. Schacht er wütend gewesen wäre.

Schwerin-Krosigk:

Herr Schacht wusste genau so wie ich, wie die Verhältnisse waren. Alle Temperamentsausbrüche hätten an der Sachlage nichts geändert, die ihm ebenso bekannt war wie mir.

B4

Marx:

An der Sachlage nämlich, dass es keine andere Möglichkeit der Einlösung gibt als das Anbieten von Schatzwechseln.

Schwerin-Krosigk:

Vorläufig, ja !

Marx:

Nun hat aber der Betr.offene gesagt, er habe geglaubt, es würden durch die wirtschaftliche Entwicklung, die die Aufrüstung zwangsläufig nach sich ziehen musste, solche Mittel an Steuern zur Verfügung stehen, dass es eine Kleinigkeit wäre, diese 12 Milliarden einzulösen.

Schwerin-Krosigk:

Das sagte ich schon, dass das einmal durchaus möglich war. Daran hatte ich ebensowenig Zweifel wie der Betroffene. Aber damals war das noch nicht möglich.

Marx:

Es war also damals noch nicht möglich.

Schwerin-Krosigk:

Es wäre damals nur dann möglich gewesen, wenn man in dem Etat die für die Jahre vorgesehenen Mittel abgestoppt und sie für diesen Zweck verwendet hätte. Dann wäre es schon damals möglich gewesen.

Marx:

Ich habe dazu keine Fragen mehr.
Hat vielleicht die Gegenseite zu dem Punkt Fragen zu stellen ?

Schwamberger:

Ich habe keine Fragen.

Ballarin:

Ich werde mich ganz kurz einschalten.
HerrZeuge, wie lange kennen Sie Herrn Dr.Schacht schon ?

Schwerin-Krosigk:

Als er das erstemal Reichsbankpräsident war, bin ich in steigendem Masse mit ihm dienstlich in Berührung gekommen bis zu seinem Abgang im Jahre 1930.

Ballarin:

Halten Sie Herrn Dr.Schacht für den Erfinder der Mefo-Wechsel ?

B 5

Schwerin-Krosigk:

Ob er es persönlich gewesen ist, weiss ich nicht. Wir haben im Reichsfinanzministerium immer angenommen, dass es Herr Schacht gewesen sei, unterstützt von Herrn Reichsbankdirektor Hülsen.

Bellarin:

Haben Sie in der ersten Zeit, noch bevor es zu diesen Mefo-Wechseln kam, mit Herrn Dr. Schacht darüber gesprochen.

Schwerin-Krosigk:

Sicher werden wir über die Möglichkeiten gesprochen haben. Wir haben ja sehr viel über diese Probleme miteinander gesprochen, wie die Finanzierung der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit durch die Arbeitswechsel, das ja die Vorgänger der Mefo-Wechsel waren, fortgesetzt bzw. ersetzt werden könnte und wie die ja schon vorhandene Aufrüstung nun finanziert werden sollte.

Bellarin:

Haben Sie bei diesen Vorbesprechungen Ihrerseits Bedenken geäussert ?

Schwerin-Krosigk:

Nein, weil ich damals diese Form der Geldausweitung in Krisenzeiten für die absolut richtige und notwendige gehalten habe, eine Form, wie sie ja auch damals in anderen Ländern, siehe Amerika, durchaus üblich und für Krisenzeiten als die einzig angebrachte gehalten wurde.

Bellarin:

Glauben Sie, dass, wenn Herr Dr. Schacht nicht gewesen wäre, ein anderer diese Geschichte unternommen hätte ?

Schwerin-Krosigk:

Selbstverständlich, genau so, wie es der Vorgänger Dr. Luther mit den Arbeitswechseln gemacht hat.

Marx:

Um welche Beträge hat es sich bei den Arbeitswechseln gehandelt ?

Schwerin-Krosigk:

Um sehr viel geringere Beträge, es ist über die Milliarde gegangen. Es ist schwer, sich genau an Zahlen zu erinnern. Natürlich ist der Betrag das gefährliche, aber gefährlich wird eine solche Geldausweitung in dem Augenblick, in dem eine weitere Produktionserhöhung der

B 6

Wirtschaft nicht mehr möglich ist. Solange die Produktionserhöhung der Geldausweitung entspricht, ist eine Geldausweitung nicht gefährlich. Erst in dem Augenblick, in dem die Produktionserhöhung nicht mehr folgen kann, in dem als ein Sättigungsrad erreicht ist, dann erst wird die Geldausweitung gefährlich. Dieser Zeitpunkt war im Jahre 1930 erreicht. Deshalb wurde von diesem Augenblick an ein weiteres Hingeben von Mefo-Wechseln gefährlich.

Marx:

Wie haben sich diese Dinge mit dem Reichsbankgesetz vertragen ?

Schwerin-Krosigk:

Das war nicht mein Ressort.

Marx:

Ich komme nun zu Ihrer Denkschrift vom 1.9.1938, von der ich nun einen Teil zunächst vorlesen möchte. Das sind die Beweisurkunden Band 7 Nr. 9.

Folgt Verlesung der betreffenden Stellen

C 1

Marx: Diese Denkschrift ist von Ihnen ?

Schwerin-Krosigk: Jawohl.

Marx: Hat der Betroffene von dieser Denkschrift irgendeine Kenntnis gehabt ?

Schwerin-Krosigk: Das könnte ich nicht sagen, aber ich möchte es eigentlich annehmen. Es pfliegte so zu sein, dass wir die Denkschriften an die Hauptinteressierten mitübersandten, und so nehme ich auch an, dass der Betroffene eine Abschrift dieser Denkschrift bekommen hat. Beschwören kann ich es nicht.

Marx: Sie glauben aber, dass er eine Abschrift mit allen diesen Wendungen - auch mit der Schlusswendung - bekommen hat ?

Schwerin-Krosigk: Ich möchte es annehmen. Aber ich kann das nicht auf meinen Eid nehmen.

Marx: Im Augenblick interessiert nur das Finanzielle der Denkschrift. Diese hat gewarnt vor der bisherigen Art der Finanzierung, und hat sie für unmöglich gehalten. Das ist wohl auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet die Quintessenz dieser Denkschrift - eine Warnung des Reichsfinanzministeriums, dass es auf dem bisherigen Weg nicht weitergehen kann ?

Schwerin-Krosigk: Jawohl.

Marx: Ich möchte an den Betroffenen die Fragerichten, ob er von dieser Denkschrift Kenntnis gehabt hat, wie es der Zeuge vermutet.

Dr. Schacht: Nach meiner Erinnerung habe ich den Wortlaut der Schrift nicht gesehen, es ist mir aber bekannt geworden, dass der Reichsfinanzminister einen Brief dieses Inhalts an den Führer gerichtet hat.

Marx: Ich habe noch einige Fragen zu richten im Hinblick auf die Voruntersuchung in dem grossen Nürnberger Prozess. Sie haben auf die damals gestellte Frage, ob im Jahre 1935 Beratungen mit Blomberg und Schacht in bezug auf die Finanzierung des Aufrüstungsprogrammes geführt wurden, mit ja geantwortet, stimmt das - abgesehen vom Datum ?

Schwerin-Krosigk: Jawohl.

Marx: Da die Wechsel schon 1934 begannen, wird es sich bei dem Datum wohl um einen Irrtum handeln, es muss vermutlich 1935 heissen ?

Schwerin-Krosigk: Ich kann mich auf das Jahr nicht mehr festlegen. Jedenfalls haben von dem Datum an, an dem die Aufrüstung überhaupt ein Problem wurde, laufende Besprechungen zwischen Herrn Schacht, Herr

C 2

v. Blomberg und mir begonnen.

Marx: Das genügt mir. Im Jahre 1938 wurde Herr v. Blomberg dann durch Feldmarschall Keitel ersetzt (Schwerin: Jawohl) Wurden da die Besprechungen fortgesetzt und hat an ihnen auch Herr Dr. Schacht teilgenommen? (Schwerin-Krosigk: Jawohl). Ist bei diesen Besprechungen nicht nur von Summen die Rede gewesen, sondern wurde auch von Einzelheiten der Rüstung gesprochen, von technischen oder von militärisch Einzelheiten?

Schwerin: Von technischen Einzelheiten so gut wie gar nicht. Es kam uns nur auf die Summen an.

Marx: Ein Laie, ein Nichtmilitär konnte sich also keine genaue Vorstellung machen, das und das fehlt noch, so und so viele Panzer und Flugzeuge haben wir? Derartige Dinge wurden nicht besprochen?

Schwerin-Krosigk: Das ging aus diesen Besprechungen nicht hervor. Ich erfuhr es zum Teil durch meine Etatsreferenten und auch Herr Schacht hatte Quellen, aus denen er es erfuhr. Ich entinne mich einer Klage von ihm mir gegenüber aus dem Jahre 1938, wie wenig Flugzeuge wir eigentlich haben. Er nannte mir die Zahl, sie war überraschend gering.

Marx: Hat er sich darüber beschwert, dass es so wenig waren?

Schwerin: Er meinte, dass die Zahl der Flugzeuge nach seiner Auffassung nicht der Höhe der Mittel entsprach, die wir gegeben hatten, wie überhaupt die Auffassung von Herrn Schacht und von mir dahin ging, dass die Aufrüstung wesentlich eine friedensmässige war, weil unendlich viel Geld in Kasernements und Derartiges hineingesteckt wurde.

Marx: Hat Herr Schacht darüber seine Befriedigung ausgedrückt oder seine Missbilligung?

Schwerin-Krosigk: Er hat nur den Tatbestand festgestellt und gesagt, dass der Nutzeffekt nicht der Höhe der ausgegebenen Summe entspräche.

Marx: Wollte er - populär ausgedrückt - sagen, dass mit dem Geld geasst worden ist und nicht das geschaffen wurde, was damit an sich hätte geschaffen werden können?

Schwerin: Jawohl.

Marx: Sie sagten in Nürnberg, dass Herr Dr. Schacht bei Besprechungen über die Erhöhung der Körperschaftsteuer zur Finanzierung der Wiederaufrüstung teilgenommen hat. Stimmt das?

63

Schwerin-Krosigk : Ich glaube bestimmt, dass er daran teilgenommen hat. Ob er bei der Schlussbesprechung, die unter Göring stattfand, teilgenommen hat, könnte ich nicht beedien. Ich glaube es aber sicher, weil damals noch der Breussische Finanzminister Popetz gegen die Körperschaftssteuer sprach und ich von Herrn Schacht unterstützt wurde. Daraus glaube ich mich bestimmt zu entsinnen, dass er dabei gewesen ist.

Marx: Sie sagten, als es sich um den Konflikt Schacht-Göring gehandelt hat, dass der Grund dafür technische Meinungsverschiedenheiten waren. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir sagen könnten, was Sie mit "technischen Meinungsverschiedenheiten" damals sagen wollten.

Schwerin-Krosigk : Vielleicht ist technisch nicht ganz der richtige Ausdruck. Es handelte sich um tatsächliche Uebergriffe von Göring in das Ressort von Herrn Schacht. Göring, der ja den Versuch machte, die Herrschaft des Vierteljahresplanes über die gesamte Wirtschaft auszubreiten, kollidierte an den verschiedensten Stellen mit Herrn Schacht. Hier hat Herr Schacht allerdings seine temperamentvolle Art öfters zum Ausdruck gebracht, und so kam es bei der beiderseitigen Charakterart zu heftigen persönlichen Zusammenstößen.

Marx: Es waren also Ressort-Zusammenstöße durch die Ueberschneidung des Vierteljahresplanes mit den Aufgaben des Herrn Dr. Schacht? (Schwerin: Jawohl).

Als der Betroffene Anfang 1939 aus der Reichsbank ausschied, da ging eine bestimmte Geschichte voraus am Jahres-Ultimo 1938. Erinnern Sie sich, worum es sich damals gehandelt hat?

Schwerin-Krosigk: Es handelte sich nicht um den Jahresultimo 1938, sondern um den Januar-Ultimo 1939. Ich war zusammen mit Funk bei Herrn Schacht. Bei dieser Gelegenheit - gewissermassen beim Hinausgehen - sagte ich zu Schacht: Im übrigen werde ich unter Umständen genötigt sein, über Ultimo Sie (die Reichsbank) mit etwa 100 bis 200 Millionen in Anspruch zu nehmen. Es war das etwas, was seit Jahren zu Ultimo passierte. Diese Inanspruchnahme wurde dann in den ersten Tagen des nächsten Monats abgedeckt durch die dann bis 4./5. einfließenden Steuereinnahmen. Das war eine Frage, die sonst zwischen den Referenten ganz normalerweise erledigt wurde. Nur weil ich zufällig an diesem Tage bei Schacht war, hielt ich es für meine Pflicht, loyalerweise ihm mitzuteilen, dass ich ihn unter Umständen in Anspruch nehmen würde. Herr Schacht lehnte diese Hilfeleistung der Reichsbank diesmal dezidiert ab. 46

C 4

Als ich ihm sagte, es sei doch ganz unmöglich, wegen der 100 Millionen das Reich bankrott gehen zu lassen, entgegnete er mir: Doch, das will ich gerade. Sie sollen zu Hitler gehen und sollen ihm sagen: Das Deutsche Reich ist bankrott. Darauf sagte ich: Das weigere ich mich zu tun. Ich kann nicht zu Hitler gehen und sagen, das Deutsche Reich ist bankrott, weil in Höhe von 100 Millionen über Monats-Ultimo die übliche Hilfe der Reichsbank, nicht zur Verfügung gestellt wird. Das wird diesem Manne keinen Eindruck machen, sondern im Gegenteil, er hält dann alle unsere Einwendungen gegen seine Finanzmassnahmen für Schwindel. Wir können ihm nur mit ernsten Argumenten kommen und nicht mit solchen. Es war das vielleicht einer von den wenigen Fällen, wo Herr Schacht und ich uns durchaus uneins waren. Herr Funk hat dann die Sache Hitler mitgeteilt, der daraufhin Schacht sich hat kommen lassen. Dazu kam, dass Anfang des Monats Januar eine Denkschrift der Reichsbank Hitler vorgelegt wurde, in der eine starke Warnung über die Entwicklung der Finanzverhältnisse mitgeteilt wurde. Beides zusammen hat dann zur Entlassung Schachts geführt, wobei ich nicht weisse, von wem nun der entscheidende Schritt ausgegangen ist, ob von Herrn Schacht oder von Hitler.

Marx: Dieser Ueberbrückungskredit, der für einige Tage gedacht war, war kein Problem, das Ihrer Ansicht nach geeignet war, um es zu einem Bruch zu treiben?

Schwerin: Ich möchte mich so ausdrücken: Ich habe den Eindruck gehabt, dass Herr Schacht hier absichtlich ein ungeeignetes Objekt ergriffen hat, um es dadurch zum Bruch zu treiben. Wenn die Reichsbank es ablehnt, dem Reich 100 Millionen über Ultimo zur Verfügung zu stellen, was normalerweise immer erfolgt war, musste das zum Bruch treiben. Wenn Schacht in diesem einen Fall sagte: Nein, ich tue es nicht, dann musste diese ungeeignete Massnahme den Zorn Hitlers herbeiführen und einen Bruch zur Folge haben.- Das ist meine Auffassung gewesen.

Marx: Hat Ihnen der Betroffene einmal gesagt, er wolle sein Amt als Reichsbankpräsident niederlegen, weil er gegen die Fortführung der Wiederaufrüstung sei?

Schwerin-Krosigk: In diesem Sinne nicht. Er hat mir wiederholt gesagt, er wüsste nicht, ob er noch länger Reichsbankpräsident bleiben könne, und zwar bezogen auf die wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen der Aufrüstung in dieser Form und in diesem Tempo.

C 5

Marx: Hat er Ihnen davon etwas gesagt, er sei zwar für eine Wiederaufrüstung für defensive Zwecke, die Aufrüstung habe jedoch jetzt ein solches Mass erreicht, dass sie nun schon mehr für offensive Zwecke in Frage komme. und deshalb sei er nicht für die Aufrüstung?

Schwerin-Krosigk: Darüber hat er meines Wissens nicht mit mir gesprochen, sondern ich möchte es folgendermassen ausdrücken: Die Tatsache, dass Herr Schacht mir gegenüber wiederholt seinen Aerger darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass die zur Verfügung gestellten Rüstungsmittel nicht adäquat verwendet worden sind, deutet darauf hin, dass er selbst nie die Auffassung gehabt hat, dass aus dieser Rüstung Angriffsabsichten hervorträten.

Marx: Zu welcher Zeit war es, wo Herr Schacht seine Bedenken geäussert hat?

Schwerin: Nach meiner Meinung 1936.

Marx: Sie sagten in Nürnberg, abgesehen von der technischen Frage der Finanzierung hat er damals Positives über die Frage der Fortsetzung oder Nichtfortsetzung der Aufrüstung nicht gesagt, dem Wiederkehren der Wehrmacht habe er sich nicht widersetzt?

Schwerin-Krosigk: Nein, abgesehen von diesen wirtschaftlichen und finanziellen Bedenken.

Marx: Sie haben bei dieser Vernehmung sich so ausgedrückt: Schacht meint, die natürliche Grenze für die Wiederaufrüstung sei die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und die Produktionsfähigkeit der Industrie, nicht wahr?

Schwerin-Krosigk: Herr Schacht hat das dem Herrn v. Blomberg damals etwas drastisch ausgedrückt, indem er sagte: So viel produziert werden kann, so viel kann ich auch bezahlen. Ich kann das Geld geben, solange noch eine Steigerung der Produktion möglich ist. Erst wenn die Vollproduktion eingetreten ist und dann die Schwierigkeiten der Preis- und Lohnerhöhungen auf dem Gebiet der verschiedenen öffentlichen Aufträge eintreten; erst dann setzt das Unheilvolle der Geldausweitung ein. Und deshalb sagte er, muss sich das an sich von selbst regulieren, vorausgesetzt, dass an höchster Stelle Verstärkung da ist. Sobald man die Dinge trotz dieser Grenzen zu übertreiben versucht, kann man natürlich noch mehr Geld in die Wirtschaft hinein pumpen. Aber das wirkt sich praktisch nur noch in Preis- und Lohn-

0 6

erhöhungen aus, und das ist das, was wir zum Schluss erlebt haben, schon im Jahre 1939.

Daraufhin schildert der Zeuge anhand eines Beispiels von Kasernenbauten die Art und Weise, wie Lohnsteigerungen herbeigeführt wurden.

Dagegen haben wir uns gewandt und immer wieder darauf hingewiesen, dass durch das übertriebene Tempo gar kein grösserer Effekt herbeigeführt wird, sondern dass eine nicht nur für die Aufrüstung, sondern für die gesamte Wirtschaft gefährliche Lohn- und Preiserhöhung erfolgt.

Marx : Ich habe nun keine weiteren Fragen mehr.

D 1

Ballarin Wir haben keine Fragen mehr.

Dr. Schwamberger: Ich habe noch eine Frage. Herr Zeuge, erinnern Sie sich daran, dass Sie im Nürnberger Prozess eine eidesstattliche Versicherung abgegeben haben? In dieser eidesstattlichen Versicherung haben Sie ausgeführt, dass Sie im März 1932 in Badenweiler den früheren Reichskanzler Dr. Brüning getroffen und sich mit ihm darüber unterhalten haben, ob es nicht möglich sei, die Nationalsozialisten in die Verantwortung zu zwingen. Wollen Sie bitte der Kammer ausführen, was der Inhalt dieser Unterredung gewesen ist.

Schwerin-Krosigk: Ich war dem Reichskanzler Brüning im Jahre 1932 persönlich nähergekommen. Im Frühjahr 1932, seit längerer Zeit zum ersten Male auf Erholungsurlaub in Badenweiler, lud mich Brüning ein, ihn auf Spaziergängen zu begleiten. Auf dem ersten und einzigen gemeinsamen Spaziergang habe ich die Frage an ihn gerichtet, warum er nicht schon bei dem ersten grossen Sieg der Nationalsozialisten im Jahre 1930 sie in die Regierung hineingenommen hätte, weil das nach meiner Ueberzeugung der praktischste Weg gewesen wäre, um diese Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Herr Brüning hat mir darauf folgende Antwort gegeben: "Auch ich bin der Ueberzeugung, dass es gar keine Möglichkeit gibt, als die Nationalsozialisten dadurch, dass man sie an die Macht bringt, zur Verantwortung zu erziehen. Ich habe das bisher nicht tun können aus dem Grunde, weil ich jetzt während der Krise nur eine Politik der Deflation, also der Kürzung von Gehältern, Löhnen usw., durchführen konnte. Eine Partei, die in ihrem Programm derartige Wahlversprechungen gemacht hat, kann sich an einer solchen Politik nicht beteiligen. Infolgedessen hätte sie diese Politik nicht mitmachen können. Wir sind jetzt am Boden der Krise. Von jetzt ab ist ein Aufsteigen möglich. Infolgedessen kann von jetzt ab auch die Nationalsozialistische Partei sich hieran beteiligen. Deshalb bin ich der Ansicht, dass sie jetzt alsbald in die Regierung aufgenommen werden muss, und ich stehe zurzeit mit den nationalsozialistischen Führern in durchaus vielversprechenden Verhandlungen"

Dr. Schwamberger: Ich habe keine Fragen mehr.

Lentz: Damals waren Sie noch Ministerialdirektor?

Schwerin-Krosigk: Jawohl. Es war Anfang Mai 1932.

D 2

Ballarin: Sie erwähnten vorhin den Ministerialdirektor Olscher. Existiert dieser Mann noch ?

Schwerin-Krosigk:

Diese Frage kann ich nicht beantworten. Ich habe gehört, dass er in russischen Händen sei und dass man seit Zeit nie wieder etwas von ihm gehört habe.

Lentz: Herr Olscher ist doch zur Reichskreditgesellschaft übertreten ? Wann war das ungefähr ?

Schwerin-Krosigk: Etwas später als 1936. In den ersten Jahren hat Olscher immer mit der Reichsbank verhandelt.

Folgt Verhandlungspause von 10 Minuten

Lentz: Die Verhandlung wird fortgesetzt. Ich bitte, den früheren Reichsminister Dr. Walter Darre vorzuführen.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

DR. HANS SCHÄFFER

TELEFON:
 LOKALSÄMTAL 199 00
 RINGSÄMTAL 10561 196 80
 INTERNATIONAL TELEPHONE:
 JÖNKÖPING 102 00
 TELEGRAMS: SCHÄFFER, MATCHCO, JÖNKÖPING
 TELEPRINTERS:
 MATCHCO JONKPPG 3644

JÖNKÖPING, SWEDEN
 VIA STORGATAN 18A

den 9. Dezember 1980

Lieber Herr von Krosigk,

Es war sehr erfreulich, Sie in Bonn bei dem Zusammensein der alten Beamten des Reichsfinanzministeriums zu treffen, und ich habe noch nachträglich über die Geschichte von der aufs Reich zu übernehmenden "Gestütsverwaltung" herzlich lachen müssen, auch über das, was Sie mir von "Treviranus" Unterhaltung mit Ihnen vor der Reise nach Paris im Juli 1931 erzählt haben.

Inzwischen hat ja Brüning seinen 75. Geburtstag gehabt. Ich traf in Frankfurt einen deutschen Juristen, der ihn zwei Wochen vorher in Vermont besucht hatte, und mir auf meine Frage nach Brünings Adresse sagte, Brüning freut sich über jeden Glückwunsch, den er nicht empfängt. Ich habe infolgedessen unterlassen, ihm zu schreiben.

Ueber die Artikel in den Zeitungen (Frankfurter Allgemeine, Welt und "Deutsche Zeitung")anlässlich von Brünings Geburtstag habe ich mich richtig geärgert, weil sie seinen wirklich grossen Verdiensten in keiner Weise gerecht werden. In zweien von diesen Zeitungen habe ich auch gelesen, dass Brünings Memoiren in dem fertiggestellten Manuskript von einem Kind beim Spielen ins Feuer geworfen sind und dass nicht mehr mit ihrem Erscheinen zu rechnen ist. Ich habe meine Zweifel an der Richtigkeit dieses Berichts und halte es für möglich, dass dies nur eine Form ist, um das Publikum auf das Nicht-Erscheinen dieser Memoiren vorzubereiten.

Ich bedauere dies ausserordentlich, weil das Bild Brünings vor dem deutschen Volke einer Verbesserung bedarf. Ich hoffe nur, dass die Aufzeichnungen von Pünder, die als eine der bevorstehenden Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte angekündigt worden sind, in dieser Hinsicht etwas beitragen werden.

Für um so wichtiger halte ich es, dass in den Veröffentlichungen, die von Historikern in nächster Zeit herausgebracht werden, Brüning richtig

gewürdigt wird. Ich erzählte Ihnen von zwei solchen Veröffentlichungen, die im Gange sind, die eine mehr journalistisch gehaltene durch den Chefredakteur der Berliner Zeitung "Der Abend", Herrn Müller-Jabusch, über die Bankenkrise, und die andere mir wichtiger erscheinende durch den jungen deutschen Historiker Wolfgang J. Helbich, die unter den Auspizien des sehr angesehenen Professors Herzfeld in Berlin erfolgsmollund insbesondere auch für die amerikanische Öffentlichkeit gedacht ist. Ich habe Herrn Helbich geraten, sich auch mit Ihnen in Verbindung zu setzen. Wie ich Ihnen schon sagte, würde ich grossen Wert darauf legen, dass meine eigenen Erinnerungen und Aufzeichnungen auch Ihre Billigung finden. Wir haben ja alle das Interesse daran, dass die historische Wahrheit möglichst vollständig an den Tag kommt und dass ein Mensch wie Brüning, dem seine Natur eine übertriebene Zurückhaltung auferlegt, der späteren Zeit nicht in einem ungünstigeren Licht erscheint.

Eigentlich hatte ich Ihnen zur zugesagt, Ihnen Abschriften meiner Briefe an Helbich zu schicken. Bei der Durchsicht dieser Briefe sehe ich aber, dass diese ohne die Kenntnis von Helbichs Briefen an mich und von seiner früheren Veröffentlichung kaum den richtigen Eindruck geben. Ich erlaube mir daher Ihnen separat mein ganzes Aktenstück zu übersenden, und hoffe, dass Sie einmal ein paar Stunden seiner Durchsicht widmen und mir dann mitteilen können, was Sie anders sehen, um mich in die Lage zu versetzen, Helbich mitteilen zu können, womit Sie einverstanden und womit Sie nicht einverstanden sind. Denken Sie nicht, dass ich Sie wieder mit einem Memorandum quälen will, wie ich es vielleicht in vergangenen Tagen manchmal - wenn auch nicht immer mit Erfolg - getan habe. Aber ich glaube, diese Sache ist wichtig genug, nicht nur für uns beide. Unmittelbar nach Durchsicht bitte ich Sie, mir das Aktenstück zurückzuschicken, da ich einige Rückfragen von Helbich erwarte.

Ist Ihnen übrigens Brünings Beitrag in der Sammelschrift "Das Ende der Parteien" bekannt geworden? Ich habe ihn in irgendeiner Tageszeitung zitiert gefunden und habe mir das Buch bestellt. Es scheint aber noch nicht im Buchhandel zu sein. Jedenfalls habe ich es noch nicht bekommen. Was er nach dem Zeitungsauszug über das Ende der Zentrumsparlei geschrieben hat, hat mir eine Reihe mir bisher unbekannter Vorgänge zugänglich gemacht.

Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen und Ihrer Familie ein recht frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr zu wünschen. Ich glaube, dass solche Wünsche gerade für das kommende Jahr für uns alle am Platze sind.

Mit herzlichem Gruss in alter Ergebenheit

Ihr

Handwritten signature

, den 16. 12. 1960

Lieber Herr Schäffer!

Gleich nach Empfang Ihres Aktenpakets habe ich mich an die auch für mich hochinteressante Durchsicht gemacht. Ich stimme Ihrem Gesamturteil über die Arbeiten Helbichs in Ihrem Brief vom 17.10. wie der Zusammenfassung in Ihrem Brief vom 4.1.1960 zu. Aber in einigen Punkten komme ich zu einer etwas anderen Auffassung oder Nuancierung.

In der Frage, wann die Wendung um 180° bei Brüning eingetreten ist, vertreten Sie im Brief vom 4.1.60 Punkt 5 den Standpunkt, daß dieser Übergang erst im Herbst 1931 stattgefunden hat. Ich stimme Ihnen darin zu, daß das entscheidende Gewicht, das er in der ersten Zeit der Aufrechterhaltung eines voll gedeckten Haushalts beimaß, Deutschland davor bewahren sollte, in eine Zwangslage zu kommen, in der wir genötigt würden, jede Bedingung der Gegenseite für Erleichterungen und Kredite anzunehmen, und eine für Reparationsverhandlungen günstige Basis schaffen sollte. Das war für ihn mindestens ebenso wichtig wie die von ihm anfänglich auch aus wirtschaftlichen Gründen als unumgänglich betrachtete "Deflations"-Politik. Je mehr aber Brüning die "Lawinen"-Wirkung dieser Politik einsah und je näher er dem Tiefpunkt der Krise zu kommen glaubte, um so mehr hielt er eine baldige Anbahnung der Reparationsverhandlungen auf Grund der ohne eigenes Verschulden verzweifelt gewordenen deutschen Lage für möglich, aber auch für nötig. Ihm lag sicher die Katastrophopolitik Schachts ganz fern, aber trotzdem hat sich doch wohl eine Wandlung insofern vollzogen, als er die finanziell gesicherte Position nicht mehr als Voraussetzung für Reparationsverhandlungen, sondern im Gegenteil eine verzweifelte Position als Anlaß für solche Verhandlungen anzusehen begann. Diese Wandlung hat sich nun m.E. nicht erst im Herbst, sondern schon im Sommer 1931 vollzogen. Als ich nach Schluß der Schuldenkonferenz in London bleiben mußte, um in der "kleinen", unter Führung von Leith-Ross stehenden Konferenz über die Anpassung der Reparationszahlungen an das Hoover-Memorandum zu verhandeln, fragte ich am Vorabend der Abreise des Delegierten Brüning, wie

ich mich verhalten solle. Ich hätte nur um einige Hauptdirektiven, ob ich mich an Amerika, England oder Frankreich anschließen solle, ob ich unter allen Umständen ein, wenn auch mageres Ergebnis zurückbringen müsse oder ob ich die Konferenz eventuell auch aufliegen lassen könne. Ich erhielt als Hauptrichtlinie nur: "Machen Sie es, so gut Sie können!", aber Brüning sagte wenigstens, daß er in der Reparationsfrage zu einer Dauerlösung kommen wolle. Daraus schloß ich, daß ihm in London nur an einer Lösung lag, die man als Auftakt für die Dauerlösung ansehen könnte. Als in Lausanne im Juni 1932 über die Höhe der von Deutschland zu zahlenden Kapitalsumme gekämpft wurde (Frankreich: 4 Mrd., Deutschland: 2 Mrd.), schrieb mir Leith-Ross auf einen Zettel, Brüning habe ihnen doch schon 4 Mrd. zugesagt. Wann kann das geschehen sein? Doch nur in Chequers oder in London, wo zwar offiziell über Reparationen nicht gesprochen werden durfte, aber mit den Engländern, nachdem Snowden das Eis gebrochen hatte, unter vier Augen darüber gesprochen worden sein mag. Jedenfalls müssen solche Besprechungen doch wohl im Sommer 1932 erfolgt sein.

zu Pkt. 8. Ich stimme Ihnen darin zu, daß der Young-Plan zum Gegenstand einer maßlosen Hetze gemacht worden ist. Aber ist es wirklich richtig, von einem gesellschaftlichen Boykott des Reichspräsidenten durch seine Standes- und früheren Berufsgenossen zu sprechen? Bei Koltke mag die besondere Sorge und Erregung der Schlesier wegen Polen mitgesprochen haben. Ich persönlich habe jedenfalls, obwohl ich nie ein Hehl daraus machte, daß ich den Youngplan für einen Fortschritt gegenüber dem Dawesplan hielt und deshalb für ihn sei, nicht das Geringste von einer Boykottierung durch meine konservativen Freunde und Bekannten gemerkt. Aber zweierlei ist wohl sicher: einmal hat Schachts Verhalten im Winter 1929/30 ganz wesentlich zur Vergiftung der Atmosphäre beigetragen. Zweitens ist die Idee der österreichischen Zollunion ein Produkt der Forderung nach einer "aktiveren Außenpolitik". Es mag sein, daß diese Idee auch schon früher einmal aufgetaucht und lose besprochen worden ist, aber bestimmt nicht als ein in absehbarer Zeit anzupackendes Problem.

zu Pkt. 9. Ich habe im Dezember 1931 in Basel den Standpunkt Riets', daß man Deutschlands dauernde Leistungsfähigkeit nicht nach seiner gegenwärtigen Lage beurteilen dürfe, sowohl für die

Vorgangenhait (Schuldfrage) wie für die Zukunft (Aufschwungsmöglichkeit) ausführlich zu hören bekommen. Deshalb weigerte sich Frankreich, die Konferenz alsbald abzuhalten. Ich kann auch verstehen, daß Brüning mit einer Verschiebung bis nach der Wahl des Reichspräsidenten einverstanden war. Aber ein längeres Hinausschieben ist mir nicht verständlich. War die an Sie am 11. März 1932 gerichtete Frage wirklich ein Beweis für eine Absicht nach dieser Richtung oder nur ein Ergebnis momentaner Depression oder eine der bei Brüning üblichen Untersuchungen aller Lösungsmöglichkeiten. Auf einem gemeinsamen Spaziergang auf den "Blauen" in Badenweiler im April 1932 fragte ich Brüning, ob es für ihn nicht an der Zeit sei, die Nationalsozialisten in die Regierung aufzunehmen, bevor sie noch mehr an Zahl gewönnen und entsprechend höhere Forderungen stellten. Er hat mir darauf erwidert, er habe die Nationalsozialisten nicht aufnehmen können, bevor nicht der Boden der Krise erreicht sei, weil sie seine Deflationspolitik nicht mitgemacht hätten, und bevor nicht die Reparationsfrage gelöst sei, weil sie nach der von ihnen geführten Agitation der Zahlung einer Kapitalsumme, ohne die eine Lösung nicht möglich war, nicht hätten zustimmen können. Jetzt seien die beiden Voraussetzungen gegeben, der tiefste Punkt der Krise sei erreicht und die Lösung der Reparationsfrage stehe unmittelbar bevor. Es seien daher auch bereits aussichtsreiche Verbindungen mit den Nationalsozialisten angeknüpft. Brüning sah damals der Reparationskonferenz durchaus zuversichtlich entgegen. Die Engländer waren für Streichung und die Franzosen konnten nicht allein dauernd dagegen sein, die Zeit war reif geworden. Brüning durfte auf dem Reparationsgebiet mit dem Erfolg rechnen, den er wirtschaftlich und innenpolitisch brauchte. Eine Hinausschiebung über den Juni hinaus hätte ihn um diesen Erfolg gebracht.

zu 12. Auch Brüning war damals der Auffassung, daß, nachdem die Krise ausgebrannt war und sich die ersten Möglichkeiten einer Wiederbelebung zeigten, man den Aufschwung durch eine Initialzündung herbeiführen oder beschleunigen könne und solle. Pläne für solche Initialzündung waren zur Genüge vorhanden. Dietrich war gefühlsmäßig dafür, Trendelenburg vorstandesmäßig dagegen. Für Brüning und wohl auch für Sie kam es weniger auf das Ob als auf das Wann und das Wie an. Das Ausmaß und der richtige Zeit-

punkt waren entscheidend. Auch hier hatte Brüning für eine "Arbeitsbeschaffungspolitik" die Vorarbeiten machen lassen, es ist die große Tragik für ihn, daß wie bei den Reparationen auch auf diesem Gebiet andere die Früchte seiner Arbeit ernteten. Man stelle sich nur vor, daß Brüning im Juli 1932, nach dem Reparationserfolg in Lausanne, sofort mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit begonnen hätte! Die verhängnisvolle Flutwelle des Nationalsozialismus im Sommer 1932 wäre nie gekommen.

zu 14) War der 2 Mrd.-Frankenkredit für Laval wirklich nur eine Geste? Er hatte damals doch Deutschland in der Zange. Wenn er sich weigerte, nach London mitzugehen, wurde die Londoner Konferenz unmöglich. Divisionen waren an der Grenze aufmarschiert, um einen Druck auszuüben. Die öffentliche Meinung in Frankreich drückte wiederum auf Laval, dies Mal Deutschland nicht aus der Zange zu lassen. Natürlich war Laval klug genug, um einzusehen, daß Sanktionen nicht das geeignete Mittel waren, die Lage zu verbessern, auch nicht die Frankreichs, und daß Brüning sich bei Annahme der außenpolitischen Bedingungen nicht hätte halten können. Aber wäre nicht ein Kompromiß nach Lavals Auffassung möglich und für Frankreich bereits ein Erfolg gewesen? Ich habe es immer als eine besonders bewundernswerte Leistung Brünings angesehen, daß es ihm gelang, die Anleihe abzulehnen und trotzdem mit Laval nach London zu fahren.

Den Ärger über die zu Brünings 75. Geburtstag in den Zeitungen gebrachten Artikel teile ich. Sie werden Brüning in keiner Weise gerecht. Die Nachricht von dem ins Feuer geworfenen Manuskript habe ich nicht gelesen. Ich glaube auch nicht daran, befürchte aber wie Sie, daß die Öffentlichkeit auf das Nichterscheinen vorbereitet werden soll. Wenn man auch in mancher Hinsicht um des Autors willen Sorge bei den Memoiren haben kann, so wäre ihr Nichterscheinen doch sehr zu bedauern. Auf jeden Fall halte ich Arbeiten wie die von Helbig für begrüßens- und förderenswert.

Das Aktenstück füge ich wieder bei. Brünings Beitrag in der Sammelchrift "Das Ende der Parteien" ist mir bisher nicht bekannt geworden. Das Buch ist m.W. noch nicht im Buchhandel erschienen. Ich hätte es mir sonst sofort bestellt.

Indem ich Ihnen und Ihrer Familie ein gutes neues Jahr wünsche, bin ich mit herzlichsten Grüßen in aller Hochachtung

Jönköping, 25. 12. 1960

Lieber Herr v. Brosigk,

Herzlichen Dank für die so rasche und ausführliche Beantwortung meines Schreibens. Ich habe den Inhalt Ihres Briefes an Wolfgang Helbick weitergegeben.

Was ich Ihnen heute bereits wieder schreiben, hat folgenden Inhalt. Auf Grund eines der Zeitungsartikel die zur Brünings 75. dem Geburts-Tag erschienen sind, hatte ich Ihnen geschrieben, dass Brünning in dem Sammelwerk: "Das Ende der Parteien" das Kapitel über das Ende der Zentrumspartei geschrieben hat. Es war dort als seine "glänzende schriftstellerische Leistung" von ihm bezeichnet worden.

Gestern Abend habe ich das Buch geschenkt erhalten und mit Erstaun-

man gesehen, dass der Aufsatz über das Ende der Zeitrechnung von dem Mit-herausgeber Rudolf Borsay verfasst ist. Zunächst dachte ich, dass Brünning sich diesen Pseudonym gewählt hat. Nach dem Inhalt des Aufsatzes ist dies aber ausgeschlossen, besonders da auf Seite 282 Anm. 8 gesagt ist: "Steinrich Brünning, auf dessen Memoiren zu warten hoffentlich nicht vergeblich ist, liess zwei Fragen unbeantwortet."

Im Übrigen scheint das Buch sehr viel Interessantes, besonders auch eine reiche Dokumentensammlung, zu enthalten.

Ich wollte Ihnen dieses nur zur Richtigstellung meiner früheren Angabe mitteilen. Wie mag nun der Fortuna über die Verfälschung in dem sonst sehr sorgfältigen Zeitungsartikel entstanden sein?

Mit herzlichem Gruss

Ihr

sehr ergebener

Hans Fischer

DR. HANS SCHÄFFER

TELEFON:
 HÖRANRÅNTAL 109 00
 RINGRÅNTAL 1021 102-40
 INTERNATIONAL TELEPHONE:
 NÖRÄDRÅN 102 00
 TELEGRAMM: SCHÄFFER, MATCHCO, JÖNKÖPING
 TELEPRINTL:
 MATCHCO JONKFO 3544

JÖNKÖPING, SWEDEN
 VIA STOCKHOLM 13A

den 4. September 1962

Herrn Reichsfinanzminister a. D.
 Lutz Graf Schwerin von Krosigk,
 Wih. Bernsenweg 23,
ESSEN - Werden

Lieber Herr von Krosigk,

In diesem Sommer war ich mit meiner Frau sechs Wochen lang in den Vereinigten Staaten, hauptsächlich bei unserer ältesten Tochter Marianne, die dort verheiratet ist. Es war das erste Mal, dass ich nicht aus beruflichen Gründen dort gewesen bin, und ich hatte ausgiebig Zeit, mich mit dem politischen und geistigen Klima des Landes zu befassen, zumal ich mit vielen alten Freunden deutschen und fremden Ursprungs häufig Fühlung hatte.

Auf dem geistigen Gebiet fiel mir besonders die in verschiedenster Hinsicht wieder eingetretene Aufwertung von Karl Marx auf, und zwar in der Richtung, dass man die menschliche Seite der Marx'schen Theorie gegenüber der materiellen Seite stark in den Vordergrund stellte. Das interessierte mich um so mehr, als ja in Deutschland die gleiche Tendenz zu bemerken ist, hier hauptsächlich getragen von dem Sohn unseres gemeinsamen Freundes Popitz, dem Professor Heinrich Popitz. Ich weiss nicht, ob Ihnen sein Buch "Der entfremdete Mensch", erschienen im Verlag für Recht und Gesellschaft, in die Hände gekommen ist.

Unter den Büchern, die ich las, war das Buch von Erich Fromm, offenbar einem Mann deutscher Abkunft, das mir besonders gut gefiel. Der letzte Teil dieses Buches behandelt besonders die menschlichen Züge von Marx und enthält auch einen Brief von Jenny Marx. Auch die allgemeine Einleitung dürfte Sie interessieren. Ich schicke Ihnen daher mit gleicher Post ein für Sie bestimmtes Exemplar zu.

Es wird mich sehr freuen, Sie einmal wieder zu treffen. Ich werde vom 17. - 19. ds. Mts. in Frankfurt und vielleicht im Anschluss daran auf einen Tag in Bonn sein. Später will ich wiederum vom 5. - 7. November nach-

S. W.

mittags in Frankfurt sein und auch wieder vorher oder nachher einen Tag in Bonn verbringen, wo jetzt auch mein aus Indien zurückgekehrter Bruder lebt.

Mit herzlichen Grüßen
bin ich
in alter Gesinnung
Ihr

Klausföhrer

P.S.

*Am 27. 9. hat Jacob Wallenberg seinen 50ten Geburts-
tag. Ich beabsichtige, ihm ein Werk: "Die grosse
Leid des Feuers" an zu schenken.*

Jönköping, 10. 12. 1462

Lieber Herr v. Thorsgk,

Mein Dank für Ihren Brief. Es ist immer eine Freude,
 von alten Schützgenossen zu hören, zumal deren Zahl immer
 kleiner wird.

Das Buch von Wolfgang J. Helbroth ist erschienen. Es
 heisst: "Die Reparaturen in der Art. Prämien 4. Bd.
 Logarithm Verlag Berlin. Ich glaube, dass es sehr gut
 geworden ist und die grosse Leistung Brünings
 richtig von Erschöpfung freier löst. Ich hatte
 erst das Manuscript vom Kommando Esmarck
 in Hand meiner Tageblätter richtig abge-
 lesen. Ich hatte auch mit Felbich und
 mit Luther ausführliche Unterhaltun-
 gen über die Zeit, die Verwertung gefun-
 den haben. Jetzt habe ich es noch einmal
 zum Druck gelesen, und ich bin zufrieden
 gewesen.

Es sind gerade, dass Felbich so viel Gelegen-
 heit hatte, mich mit Ihnen zu bereden.

Erinnert hat er Ihnen einen Brief geschrieben
und darauf auch eine befriedigende Antwort
bekommen. Es kann übrigens auch sein,
dass er Ihnen nicht direkt geschrieben
hat, sondern dass ich Sie in diesem Ver-
weil angefragt habe und dass er Ihre Ant-
wort an Sie weiter geleitet habe.

Ihre Heiligkeit kommt mir übrigens nicht
zu spät. Hellwich ist ganz dabei, den
zweiten Band von Luthers Luthers Erin-
nerungen für die Herausgabe durch
die Friedrich List Gesellschaft einzu-
arbeiten. Luther hat mir, da er wohl
schon das Gefühl hatte, dass der erste
Band nicht besonders geraten war,
damit mich Hellwich in Verhandlung
gesetzt und mich ihm über ein Ein-
zelnen durchgesprochen. Auch mich
hat er sich mehrere Tage zu
verschiedenen Zeiten herabgelassen,

das Letzte hat ganz kurz vor seinem Tode,
und ich konnte ihm eine ganze Menge
Material geben.

Es ist wohl keine Indikation ge-
genüber Helrich, wenn ich Ihnen den Ent-
wurf des Kapitels über Brünning, der von
Helrich nach Luthers Entlassung wieder
gedruckt und noch von Luther gebil-
digt worden ist, beifüge. Ich persönlich
hätte einige Absende etwas anders ver-
legt, aber es wird ja schließlich Lu-
thers und nicht meine Meinungen.
Ich würde für die Übersetzungen Sie
mit Helrich Indemnität nachsuchen
und ihm gleichzeitig schreiben, dass
er sich an Sie wenden darf. Seine
Adresse ist: Lektor Wolfgang J. Helrich,
Ministerialbibliothek Berlin.

Es ist ein Jammer, dass Brünning
so verstorben ist. Es hat mir auf
mehreren Briefe nicht geantwortet,

und von jemandem, der ihm besucht hat,
 hörte ich, dass er viele Briefe abhandelt
 nicht öffnet, auch solche, von denen er weiß,
 dass sie die Briefe sind. In vieler Beziehung
 nur auch gewöhnen, dass er jeden Konten
 mit ihm gelesen hat, die ich den Nach-
 richten über ihn empfing ich durch Frau
 Schilling, aber die ich nicht annehmen
 kann. Ich war diesen Sommer in Hild-
 brand hin sogar durch Vermont ge-
 kommen, aber ich habe es nicht die-
 sen Menschen nicht mehr wert, ihn
 anzufragen. Für Sie habe ich
 allerdings einen Gruss von Rudolf Lach
 [Handelmann], der, 45-jährig, im Pro-
 ston lebt und seine geistigen In-
 teressen mehr pflegt, als er es auf
 der Lagerstraße konnte.

Haben Sie das Kürbuch von den
 Antiquaren erschienen kleine Buch
 u. Karl Marx privat² gesehen, das 43

in einem Familienbesuch gefunden. Ich habe ein
bekanntes Briefchen bringt. Sie sind ein wenig von
Halbesordnungen und sind sehr lieblich
sind für den Liebhaber, der davon sehr
bitter wirkt, als an dem Briefwechsel mit
Friedrich Engels. Ich frage mich oft, was
Mars heute sagen würde, wo doch die Staats-
gewalt, deren Wut er vorange-
sagt hatte, heute nirgendwo solche
Organe findet, wie in den Ländern,
die versuchen seine ökonomischen
Lehren zu verwirklichen. Man sollte
fast an die Zeit der Geschichte glau-
ben, die Vorgänge auch in anderen
näher gelegenen Stellen zu Erschei-
nung bricht.

Sie sehen, ich komme in's
Schwanken. Das Tagebuch wird
eben doch eine Unterhaltung nur
sinnvoll kommen.

Es bleibe mir nur noch, Ihnen und
den Ihrigen eine frohe Wiederkehr
und ein gutes Neues Jahr zu wün-
schen und Ihrer Arbeit einen er-
folgreichen Fortgang.

Ihr
Hans Lindner

Forteping, 9. 2. 64

Lieber Herr v. Fersen,

Herzlichen Dank für Ihren Brief. Jacob Wallenbergs Privatadresse ist Stockholm, Strandgatan Strandvägen 24. Es ist aber wohl besser, wenn Sie Ihren Brief c/o Stockholms Enskilda Banken [Finnis Trädgårds] Stockholm schicken, denn die Fersen sind wohl in der Bank stattzufinden.

Schicken Sie mir doch Ihre Staatsanalyse. Ich bin im Augenblicke eigentlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung nicht pessimistisch. Aber ich gehöre nicht zu denen, die nun an eine

Krisenlose Zukunft glauben. Nur nehme ich an, dass man sich im besten Angesichts der kommunistischen Bedrohung nicht leisten kann, die Krisen "ausbrennen" zu lassen, wie Luther zu sagen pflegte. Da wird man lieber eine leichte Inflation im Kauf nehmen.

Aberne Bedenken liegen z. T. auf einem anderen Gebiet. Solange die Differenzen zwischen U.S.A. und Frankreich noch überbrückbar sind, stärken sie die Stellung der Bundesrepublik als eines natürlichen Mittlers. Sollten sie einen akuten Grad erreichen und die Bundesrepublik zu einer Option nach der einen oder der anderen Seite zwingen, so entsteht es.

me schwere Lage, die sich auch inner-
halb der Regierungspartei auswir-
ken kann. Anzeichen dafür sind
leider schon vorhanden [Adenauer-
Schröder].

Ich war bei Luther eine Woche vor sei-
nem Tode. Prof. Salin, Luther und der
junge Historiker Hellwig hatten meh-
rere Unterredungen mit mir, und
da ich das Gefühl hatte, dass der
meiste Teil ^{hierin, Erinnerungen} ~~schon~~ dieses werden
müsste, als der erste schon ver-
öffentlichte, gab ich ihnen
einiges Material. Ich habe auch
das Manuskript und finde es,
gesehen Ihnen, etwas trocken. Nicht
schlecht ist das Kapitel über "Bren-
nung", das aber aus von Luther
angeregt und von Hellwig ge-

Schrieben ist.

Ich glaube, dass Brannings Erinnerungen fertig sind, aber erst posthum erscheinen werden, weil er die Pölmik scheut. Es ist sehr schade, dass er sich so einsperrt. Ich habe, als ich 1962 bei ihm in der Nähe vorbeifuhr nicht bemerkt, weil er sich kurz vorher gegen Besuche im allgemeinen recht ablehnend ausgesprochen hatte. Ich habe das nicht so, wie so manche Un-erlässung meines Lebens, bemerkt.

Mit herzlichem Gruss

Ihr
Hans Schöpfer.

Fönköping, 31. 1. 64.

Lieber Herr v. Thorige,

Gern hätte ich Sie einmal wieder gesprochen, aber die Zusammenkünfte der Beamten des alten R. F. M. lagen für mich stets so ungünstig, dass mir eine Teilnahme nicht möglich war.

Mein selbst ging es in den letzten Monaten nicht abngut. Nach einem merklichen Leiden im Uterus auf dem Rücken bei Boron holte ich mich auf dem Rückwege eine Nierenentzündung, deren Folgen aber bereits im Abklingen sind. Im März

erhoffe ich wieder damit, nach Genösch
Land reisen zu können.

Der unmittelbare Anlass zu diesem
Briefe ist folgender. Am 5ten März wurde
der unser aller Freund Marcus Wäl-
berg seinen 100ten Geburtstag begangen
haben. Ich weiß, dass dieser Tag auch über
den Rahmen der Familie hinaus im
Stockholm feierlich begangen werden
wird.

Marcus W. hat Sie immer beson-
ders gern gehabt. Ebenso sein Sohn
Jacob. Wir haben oft zusammen-
gesehen und von Ihnen gespro-
chen. Trotz allen Kopfschütteln in
jenen dunkelsten Jahren haben
auch die Wälbergs wie an Ihnen
gerne gefelt. Ich dürfte auch bei
meinen Unterhaltungen recht viel

bey auf diese Tatsache hinweisen, was sicher nicht ohne Wirkung war, da dessen Anpöckelfirma damals und früher unsere unmittelbaren Interessen vertrat und Mac bly Jacob persönlich kannte.

Ich bin überzeugt, dass es Jacob eine grosse Freude wäre, wenn Sie in einem Briefe an ihn in diesem Tage der Verdienste seines Vaters zum Bestenblenden gedenken würden. Ich habe auch Karl und einige wenige noch Ueberlebende aus jener Zeit diesen Gedenktage wissen lassen.

Mit herzlichem Grusse

Ihr

Hans Schäffer

Essen-Werden, 16.4.64
 Wilhelm-Bernsau-Weg 23

Sehr verehrter lieber Herr Schäffer!

Es war mir eine grosse Freude, Sie am 15. April so frisch und gesund wiederzusehen. Wir sprachen über die Aktion Goerdeler-Wallenberg im Jahre 1943. Darüber schreibt Eberhard Zeller in "Geist der Freiheit" (Verlag Herrmann Rinn) auf S.199:

"Goerdeler...vertraute noch stärker als Beck darauf, dass bei einer Erhebung Deutschland von den westlichen Gegnern eine Milderung der bedingungslosen Kapitulation zu erreichen sei, zumal er seit Herbst 1943 verlässlich wusste, dass der englische Premier Churchill "die Gefahr eines russischen "Totalsieges" durchaus fürchtete. ²³⁾" In der Anmerkung gibt Zeller das wieder, was Goerdeler in seinen "Gedanken eines zum Tode Verurteilten über die deutsche Zukunft" über seine Besprechung mit Jakob Wallenberg niedergeschrieben hat, und führt fort: "Wallenberg gab Ende Oktober 1943 Goerdeler in Berlin Bericht über das Erreichte. Daraus ging hervor, dass Churchill bereit wäre, einer nichtmilitärischen Regierung Grundlagen eines Friedens zuzusichern, die keine bedingungslose Kapitulation zur Voraussetzung hätte". Görlitz "Der deutsche Generalstab" schreibt auf S.654: "Im Herbst 1943 hatte Goerdeler mit Hilfe des schwedischen Bankiers Wallenberg Kontakt mit Churchill gewonnen, der persönlich zu verstehen gab, dass er geneigt sei, gegenüber einer Regierung Beck-Goerdeler auf die bedingungslose Übergabe zu verzichten." Sie sehen die interessante Verschiedenheit der Milancierung.

Mit besten Grüßen

Stets Ihr

DR. HANS SCHÄFFER

TELEFON:
 LOKALSAMTAL 169 00
 RIKSSAMTAL (076) 196 40
 INTERNATIONAL TELEPHONE:
 JÖNKÖPING 102 00
 TELEGRAMS: SCHÄFFER, MATCHCO, JÖNKÖPING
 TELEPRINTER:
 MATCHCO JONKFG 3644

JÖNKÖPING, SWEDEN
 VIA STORGATAN 18A

den 12. Juni 1964

Lieber Herr von Krosigk,

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 16. April, den ich bei unserer Rückkehr von Südfrankreich hier vorfand. Ich habe gleich darauf eine Fotokopie davon an Herrn Jacob Wallenberg geschickt und ihn gebeten, nach seiner Erinnerung sich zu den Bemerkungen von Eberhard Zeller, Goerdeler und Görlitz zu äussern.

Heute hatte ich nun Gelegenheit, die Frage mit ihm ausführlich zu besprechen. Er sagte mir, dass auf Goerdelers Wunsch er versucht habe, mit der englischen Regierung in Verbindung zu kommen, und zwar hatte sein Bruder Marcus in der Frage eine Besprechung mit Winston Churchill. Churchill zeigte sich an den Gedankengängen Goerdelers interessiert, machte aber keine irgendwie geartete Zusage, sondern sagte zu Marcus Wallenberg nur "Keep the door open". Das wurde so verstanden, dass man nicht "nein", aber auch nicht "ja" sagen sollte, sondern die Möglichkeit für weitere Äusserungen von deutscher Seite geben sollte. Die Bemerkung Churchills hat Jacob Wallenberg alsdann Goerdeler weitergegeben.

So ähnlich hat mir seinerzeit im Jahre 1948 Jacob Wallenberg auch erzählt. Den Ausdruck "Keep the door open" habe ich erst heute gehört.

Auf der Rückreise von Frankreich hatte ich Gelegenheit, in Basel Professor Edgar Salin zu sprechen und mich mit ihm über das Erscheinen des 2. Bandes von Luthers Erinnerungen zu unterhalten. Das Erscheinen ist danach gesichert und ein Verleger dafür gefunden. Auch nach Salins Auffassung ist der 2. Band erheblich besser, als der 1. Band. Es scheint aber, die Polemik mit Schacht darin eine grosse Rolle zu spielen. Wir waren uns aber einig darüber, dass Luther im Grunde ein guter, kluger und sauberer Mensch war, dass ihm aber politisches Fingerspitzengefühl leider häufig fehlte.

Es wird mich sehr freuen, Sie gelegentlich einmal wieder zu sehen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Hans Schäffer

Graf Schwerin von Krosigk

Essen-Werden, 2.3.64
Wilhelm-Bernsau-Weg 23

Sehr verehrter Herr Wallenberg!

An dem 100. Geburtstag Ihres Vaters drängt es mich, Ihnen in der Erinnerung an ihn zum Ausdruck zu bringen, wie dankbar die Deutschen Marcus Wallenberg sein müssen für alles, was er aus einem weitblickenden Geist und einem grossen Herzen heraus für Deutschland getan hat, und wie dankbar ich ihm persönlich bin für die freundliche und verständnisvolle Einstellung, die er mir gegenüber erwiesen hat. Die jetzt oft, zu Unrecht, verlästerte Weimarer Republik hatte im Ausland keinen besseren Freund. So bewahren alle, die ^{den} grossen Wirtschaftler und Menschen in seiner Wirken, Wollen und Wesen gekannt haben, diesem Mann ein dankbares und ehrendes Andenken. Dies dem Sohn des Verstorbenen, der sein Werk fortsetzt und in seinen Bahnen wandelt, zur 5. März 1964 auszusprechen, war für mich eine tief empfundene Notwendigkeit.

In aufrichtiger Verehrung

Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Graf Schwerin von Krosigk

Essen-Werden, 9.8.1968
Wilhelm Bernsau-Weg 23

Sehr geehrter Herr Grubel!

Zusagegemäss übersende ich Ihnen Originalbriefe von Dr. Schaeffer aus den Jahren 1960 bis 1966. Da diese Briefe für mich einen grossen Wert besitzen, wäre ich für eine Rückgabe dankbar.

Ich füge weiter in einer kurzen Aufzeichnung Erinnerungen an Dr. Schaeffer bei. Ich habe dabei versucht, nur Dinge zu bringen, die voraussichtlich von keiner anderen Seite berichtet werden.

Selbstverständlich bin ich gern zu Beantwortung von Fragen bereit.

In vorzüglicher Hochachtung

Als Dr. Schaeffer als Staatssekretär vom Wirtschaftsministerium zum Finanzministerium kam, begegnete man ihm mit einer gewissen Zurückhaltung. Man war daran gewöhnt, dass als Staatssekretär dort Männer regierten, die im Ministerium gross geworden waren, wie Dr. Schröder, Dr. Fischer und vor allem Schaeffers Vorgänger, Dr. Popitz. Über einen "Ausländer" war man nicht sonderlich erfreut. Aber dann hat er in kurzer Zeit alle Widerstände überwunden, durch sein fachliches Können und seine Arbeitskraft, -das waren Dinge, die man im Finanzministerium beurteilen konnte und zu schätzen wusste-, sowie durch seine natürliche Freundlichkeit und das menschliche Interesse, das er an jedem Einzelnen nahm -und das waren Eigenschaften, die man bei Popitz mit seinem kühlen Sarkasmus oft vermisst hatte-. So erwarb sich Dr. Schaeffer bei allen Angehörigen des Ministeriums, auch bei den nicht wenigen rechtsstehenden Deutschnationalen, eine grosse Hochachtung und aufrichtige Beliebtheit.

Mit seinem Minister, dem badischen Vizekanzler und Führer der Demokraten, Dr. Dietrich, kam es zu keinem echten Einvernehmen. Sie waren zu verschiedene Naturen. Der choleriche "Bauer im Waldgutbach", der gern gewaltige Mengen des heimischen Weins zu sich nahm, der die "Interessentenhaufen", den partikularistischen Geist in jeder Form leidenschaftlich bekämpfte, der in seiner Jugend Nationalliberaler gewesen und Bismarckverehrer, Nationalist und Militarist geblieben war und das internationale Grosskapital den "grössten Feind der Demokratie" nannte, dieser temperamentvolle Rechtsliberale war ein ausgezeichnete Verwaltungsbeamter gewesen, der aber für wirtschaftliche Probleme weniger Verständnis hatte. Er war Alemanne, besass, wie er selbst sagte, das diesem Volkstamm eigene Misstrauen, besonders auch gegen "Intellektuelle", und fand daher nur selten eine Brücke zu einem Mann blendenden Intellekts und wirtschaftlicher Ein- und Übersicht, wie es Schaeffer war. Dieser sagte mir einmal, er fühle sich Dr. Dietrich gegenüber immer wie der Rat von Schweinichen gegenüber dem dicken Schlesierherzog Heinrich in Robert Neumanns bekanntem Roman.

Dr. Schaeffer hatte bekanntlich die Gewohnheit, alle Gespräche, die er führte, stenographisch festzuhalten. Als er einmal unter Brüning eine Kabinettsitzung mitstenographierte, bat ihn Brüning, das zu unterlassen, ihn störe das, wenn Verhandlungen im Kabinett mitstenographiert würden. Dietrich sagte lachend, das

dürfe Brüning Schaeffer nicht verbieten, der brauche die Stenogramme für seine Memoiren. Brüning fragte Schaeffer, wann denn seine Erinnerungen herauskommen sollten. Schaeffer antwortete, er wisse nicht, wann, er wisse nicht einmal, ob sie je erscheinen würden, er kenne nur -für den Fall, dass sie einmal veröffentlicht würden, den Namen. Natürlich erkundigte sich Brüning, neugierig geworden, nach diesem Titel. Schaeffer, mit einer kleinen Verbeugung ringsum: "Im Schatten der Titanen!"

Schaeffer sagte mir bei einem unserer Gespräche in den letzten Jahren, gerade an seinen Stenogrammen erkenne er die Unzuverlässigkeit des menschlichen Gedächtnisses. Er habe ein paar Standardgeschichten, die er gern erzähle und auf deren absolute Richtigkeit er jeden Eid habe ableisten können, über Gespräche mit bekannten Persönlichkeiten, über schlagende Antworten und zugespitzte Formulierungen, die er bei solchen Unterredungen gefunden habe, u.ä. Nun habe er einmal in einem der Stenogrammbücher etwas nachgeschlagen, sei dabei auf eine seiner Anekdoten gestossen und habe zu seinem masslosen Erstaunen feststellen müssen, dass die Unterredung ganz anders verlaufen sei, als er sie zu erzählen pflegte, dass vor allem seine schlagende Entgegnung nicht zu finden gewesen sei. Er könne sich das nur so erklären: in einer Nacht nach einem solchen Gespräch sei ihm die Entgegnung eingefallen, die er hätte geben müssen. Nach einiger Zeit habe er geglaubt, er habe sie tatsächlich gegeben, und das habe sich dann im Laufe der Jahre zu unumstösslicher Gewissheit verdichtet.

Im Frühjahr 1931 erhielt Schaeffer den Besuch des Schweizer Bankiers und Finanztheoretikers Somary. Schaeffer fragte ihn, wie lange die Krise noch dauern würde. Somary erwiderte, es müsste erst drei Dinge eintreten, ehe man das Ende der Krise erwarten könne: die Wiener und Berliner Grossbanken müssten in Schwierigkeiten geraten, das englische Pfund müsse sich vom Gold lösen und der Kreuger-Konzern müsse zusammenbrechen. Im Frühsommer 1931 stellten Wiener und Berliner Grossbanken die Zahlungen ein, im Spätsommer löste sich das Pfund vom Gold. Im Januar oder Februar 1932 war Somary wieder in Berlin. Schaeffer fragte ihn, ob uns nicht wenigstens der Kreuger-Zusammenbruch erspart werden könnte. Somary verneinte, fügte aber hinzu, das werde nicht mehr lange auf sich warten lassen. Im März nahm sich Kreuger in Paris das Leben.

In den 60er Jahren fragte ^{ich} Schaeffer, ob er Somary noch einmal wiedergesehen habe. In USA habe er, sagte Schaeffer, den Schweizer getroffen. Ob er ihn nicht nach der zu erwartenden Entwicklung gefragt habe? Natürlich habe er das getan, erwiderte Schaeffer, aber Somary habe entgegnet, seitdem der eiserne Vorhang die Welt trenne und man nicht mit absoluter Sicherheit wissen könne, was hinter dem Vorhang vorgehe, sei es nicht mehr möglich, wissenschaftlich exakte Prognosen zu stellen. Man könne nur noch nach Gefühl urteilen. Nach seinem Gefühl werde es keinen Krieg geben, aber die Demokratien würden sich nicht halten können. Schaeffer sagte dazu, offenbar habe Somary wieder einmal Recht gehabt. In Amerika bewiesen der Mc Carthyismus und die Einstellung zum Rassenproblem, wessen dort die "Demokratie" fähig sei. In Frankreich habe er, Schaeffer, mit einem Kreis von Grossindustriellen gesprochen, sie hätten mit äusserstem Pessimismus in die Zukunft gesehen und schliesslich gemeint, Frankreich könne nur ein retten: die Monarchie. Nicht lange Zeit nach diesem Gespräch sei de Gaulle gekommen.

Im März 1932 ging ich zur Kur nach Badenweiler, wo auch Brüning zur Erholung weilte. Schon nach wenigen Tagen bekam ich Order, mich auf dem schnellsten Wege nach London zu begeben, wo ich in einem Unterkomitee über Anleihefragen tätig werden sollte. Im "Rheingold" schrieb ich am 7. April an Schaeffer und berichtet ihm über meine Besprechungen mit Brüning. Der hatte in Karlsruhe dem Staatssekretär von Bülow gesagt, wir müssten bis zum Frühjahr 1933 durchhalten, ich meinte auch, das sei möglich; ich sei optimistischer als Schaeffer. Ich schrieb: "Ich habe daraufhin sofort eingegriffen und gesagt, ich wäre mit Ihnen vollständig einig; ich hätte dem Kanzler ja alle Zahlen genannt, ebenso wie Sie und er müsse nun seiner Entscheidung überlassen bleiben, wie hoch er das Risiko einschätzen wolle, und ob er seine politische Linie auf ein solches Risiko aufbauen wolle. Der Kanzler gab das zu und wiederholte dann Bülow gegenüber nochmals die Gründe für seinen Optimismus. Er will eben nicht anders". Ich berichtete in dem Brief weiter: Brüning habe bestimmt, ich solle ihn zu seinen Besprechungen nach Genf begleiten, da er dort bestimmt mit Tardieu über Reparationsfragen verhandeln werde, (aus dieser Besprechung wurde nichts); ich hätte Brüning auseinandergesetzt, wir hätten

keinerlei Reserven mehr für weitere Steuerausfälle und für eine Anwachsen der Arbeitslosenlasten, und hätte ihn gebeten, die Arbeitslosenreform wie die Reform der Invalidenversicherung so zu beschleunigen, dass wir die erstere unmittelbar nach dem 24. IV. im Wege der Notverordnung erledigen und die zweite zwischen dem 5. und 10. Mai dem Reichstag als Gesetzesvorlage in erster Lesung vorlegen könnten. Alle diese Termine hatte ich mit Schaeffer besprochen, sie mussten eingehalten werden, um eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reiches, die wir beide kritisch beurteilten, zu verhindern.

Als seit der Wiederwahl Hindenburgs im April eine Entfremdung zwischen dem Reichspräsidenten, der nicht, von seinen alten Wählern auf der Rechten, sondern von der Linken gewählt worden war und dies dem Kanzler verdachte, und Brüning eingetreten war, und dann auch noch die Preussenwahl einen neuen gewaltigen Sieg der Nationalsozialisten brachte, machte Brünings Optimismus einer Resignation Platz. Schon am 2. Mai sagte er zu Schaeffer, wie dieser mir berichtete: "Alles ist aus". Nun war es an Schaeffer, den Kanzler, der, wie er wusste, leicht empfindlich war, zu Depressionen neigte, aber auch für stückendes Zureden empfänglich war, wieder aufzurichten. So gab Brüning im Mai die Parolen im Reichstag aus, nicht die Ruhe " bei den letzten hundert Metern vor dem Ziel" zu verlieren und "nur nicht fünf Minute vor zwölf am Festhalten der Linie unserer Reparationspolitik Weich" zu werden, und wiederholte sie noch am 24. Mai vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags. Sie entsprachen Schaeffers Standpunkt, der, ebenso wie ich, die viel angefochtene Brüning'sche Deflationspolitik als notwendig für die Lösung der Reparationsfrage ansah und der Überzeugung war, nach Beseitigung der Reparationen auf der bevorstehenden Reparationskonferenz werde man die Deflation durch eine Politik der Arbeitsbeschaffung und Kreditschöpfung ablösen können.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Herrn Lutz Graf Schwerin von Krosigk
Ersen-Neudorf
Wilhelm-Börnsau-Reg 73

Sehr verehrter Graf Schwerin:

Leichtlich verspätet, aber dafür um so herzlicher möchte ich Ihnen für Ihren Brief vom 17.1. neben anliegender Beurteilung meines Reparations-Bändchens danken.

Gerade auf Grund meiner Unterhaltung mit Ihnen vor etwa zwei Jahren liess ich die Frage des "Nachlassens der geistigen Kräfte Hindenburgs" weitgehend offen, d.h. von verschiedenen Seiten hatte ich, auch von Augenzeugen, die entgegengesetzte These vertreten gehört, während mich Ihre gegensätzliche Darstellung, speziell die Schilderung der Szene mit dem Teibi Müller, stark beeindruckte. Sie werden verstehen, dass mir in solcher Lage nur das Offenlassen der Frage möglich ist -- zumal sich ja auch die beiden gegensätzlichen Eindrücke durch die Konstruktion vereinbaren liessen, der Reichspräsident hätte zuweilen noch "Lichte Momente" gehabt bzw. ab und zu ein Nachlassen der geistigen Kräfte verspürt, so dass der eine ihm zu dem, der andere zu dem Zeitpunkt erlitt hätte.

Für die andere Variante bin ich Ihnen gleichfalls sehr dankbar; wenn einmal eine Überarbeitung akut werden sollte, werde ich sie natürlich berücksichtigen.

In welcher Weise ich Ihre freundliche Beurteilung verwenden werde, weiss ich noch nicht, werde Ihnen aber auf jeden Fall vorher davon Mitteilung machen.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüessen bin ich

Ihr sehr ergebener

Welf. Helbig

Essen-Werden, 13. Januar 1963

Sehr verehrter Herr Heitich!

Nachdem ich Ihr Buch inzwischen aufmerksam gelesen habe, füge ich eine "Beurteilung" bei, von der jeden Ihnen geeigneten Gebrauch zu machen, ich Ihnen anheimstelle. Ich darf aber vielleicht noch einige Bemerkungen hinzufügen:

Dass Hindenburg Brüning aus reparationspolitischen Erwägungen heraus entlassen habe^{ist}, wie Sie (S.29) mit Recht schreiben, ungläubhaft. Dass die geistigen Kräfte Hindenburgs, von kurzen Schwächeperioden abgesehen, abgenommen hätten, möchte ich auf Grund persönlicher Erfahrungen während der Zeit der Papen'schen Kanzlerschaft bestreiten. Ich habe damals bei mehreren Gelegenheiten erlebt, wie der alte Herr auch bei längeren Verhandlungen frisch blieb und sich seine alte Gabe, verwickelte, auch ihm durchaus fremde, Probleme auf einen einfachen Nenner zu bringen, voll bewahrt hatte. Sein Entschließen, Brüning zu entlassen, ist wohl weniger auf "die Intrigen einiger Grossgrundbesitzer" als auf den Einfluss Schleichers zurückzuführen, der bei Hindenburg den Eindruck zu erwecken versuchte, dass dieser Kanzler "kein Fortüne" besass, weder innen- noch aussenpolitisch, und auf das Unvermögen Brüning's, dem Reichspräsidenten Ziel und Notwendigkeit seiner komplizierten Politik hinreichend klarzumachen.

Der ausserordentliche starke Eindruck, den die Vierte Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 8. Dezember 1931 auf die Mitglieder des beratenden Sonderausschusses machte, kann ich nur voll bestätigen. Der frühere holländische Ministerpräsident Ceilijn sagte mir persönlich, diese Massnahme sei in der Finanzgeschichte einzigartig und beispiellos. Die Verordnung gab mir die Grundlage für den Bericht, den ich als Vertreter der Reichsregierung über die deutsche Lage zu halten hatte, und verschaffte Carl Melchior die Möglichkeit, alle Einwendungen gegen seine Argumentation zu widerlegen.

Bei Ihrer Kritik an der Zimmermann'schen Darstellung (S.89) stimme ich Ihnen in dem zweiten Punkt zu. Aber hinsichtlich des ersten Punktes hat Zimmermann doch insofern recht, als Brüning in Paris das Anleiheangebot der Franzosen wirklich "höflich, aber festimot" abgelehnt hat. Ich habe es immer als einen der "Schepunkte Brüning'scher Diplomatie" angesehen, dass es ihm gelang, das französische Angebot, das von der Drohung des Einmarsches einiger bereits an der Grenze aufmarschierter Divisionen begleitet war, abzulehnen und trotzdem Naval dazu zu bringen, nach London mitzufahren. Die Ablehnung, das dort, jetzt mit Beteiligung Amerikas und Englands an der französischen Aktion, wiederholten Vorschlages einer Anleihe hat er dann allerdings den Amerikanern und Engländern überlassen.

Wie es dazu kam, dass Papen den Kriegeschuldparagraphen in die Lausanner Debatte warf (S.81), habe ich in meinem Buch, "Es geschah in Deutschland" beim Kapitel Papen geschildert. Ich hatte ja selbst den mir von den Verhandlungen in Basel und London her gut bekannten Lagton gebeten nach Lausanne zu kommen. Ich wollte mit ihm die Modalitäten der als Abgurdkretschlagszahlung auszustellenden Bonds besprechen. Dabei erörterten wir die Schwierigkeit, die aus innerpolitischen Gründen für Papen - wie für Herriot - bei der Festlegung auf eine Summe bestand, und kamen auf den Gedanken, den Verzicht auf den Kriegeschuldparagraphen als Ausgleichsposten zu benutzen. Dass Papen nicht nur hierbei nicht geschickt verfuhr, ist richtig. Ich glaube aber nicht, dass Brüning eine noch günstigere Regelung als die schließlich von uns zugestandenen und von den Franzosen akzeptierten drei Mrd. Mark hätte erreichen können. Herriot musste irgend einen Erfolg nach Haus bringen. Der lag in der Abschlagszahlung, und die hatte ja Brüning den Engländern lebhaft zurecht. Den Zettel, den mir Leith-Ross bei einer Verhandlung zusteckte, Brüning habe doch 4 Mrd. angeboten, habe ich jahrelang aufbewahrt. Mir scheint es mithin nicht ganz gerecht zu sein, der Grund dafür, daß Kapp überhaupt eine Abschlagszahlung geleistet werden musste, in "der wenig Vertrauen erweckenden Persönlichkeit Papens" (S.90) zu sehen. Das hat, wie immer man über Papen denken mag, in Lausanne sicher nicht den Ausschlag gegeben.

Der Verfasser hat, auf umfangreiches, zum Teil bisher noch unbekanntes Quellenmaterial gestützt, überzeugend die Bedeutung der Reparationspolitik für die Gesamtentwicklung der Endphase der Weimarer Republik dargestellt. Nur wenn man Brüning's reparationspolitische Erwägungen nicht voll in Rechnung stellt, bleibt seine Deflationspolitik unverständlich. Wenn Brüning's Kritiker seine Finanzpolitik als "völlig verkehrt" bezeichnen, verkennen sie, daß ohne eine von der Gegenseite als "gesund" angesehene Budget- und Restriktionspolitik die praktische Beseitigung der Reparationen in Lausanne niemals gelungen wäre. Brüning selbst hat seine Politik eine "Gratwanderung" genannt. Nur eine tapfere, völlig schwindelfreie Persönlichkeit konnte den Mut für einen solchen, von schwersten Gefahren bedrohten Weg aufbringen. Heibich schildert eindrucksvoll die Phasen und Stationen dieses Leidensweges. Brüning dürfte dem deutschen Volk nicht offen sagen, dass nur eine drakonische Politik des Haushaltsausgleichs und die genaue Einhaltung der Verpflichtungen des Youngplans dessen Undurchführbarkeit beweisen und die Befreiung von der Reparationslast bringen werde. Die Darstellung weckt Bewunderung für die Tapferkeit und Geschicklichkeit, mit der Brüning sein Ziel, sich nicht mit einer vorübergehenden oder teilweisen Entlastung zu begnügen, sondern die volle Streichung der Reparationen zu erreichen, verfolgt hat.

Er hat dafür einen hohen Preis zahlen müssen: die Vergrößerung der wirtschaftlichen Not und mit ihr das Wachsen der Macht des Nationalsozialismus. Es ist Brüning's Tragik, dass er "hundert Meter vor dem Ziel" entlassen wurde. Die Früchte seines entschlossenen Ringens ernteten seine Nachfolger. Er hatte die Voraussetzungen für die Lösung der Reparationsfrage in einer das Ausland so beeindruckenden Form geschaffen, dass die Regierung Papen es nicht schwer hatte, diese Lösung in Lausanne zu erreichen. Er hatte für den Übergang von der Deflations- zu einer aktiven Konjunkturpolitik detaillierten Pläne einer umfassenden Arbeitsbeschaffung ausarbeiten lassen, die Hitler nur zu übernehmen brauchte, um seine vielbewunderte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchzuführen. Es ist nicht nur für Brüning selbst, sondern für das deutsche Volk eine Tragik gewesen, dass er die Früchte seines Kampfes nicht selbst hat ernten können. Das Heibich'sche Buch gibt dem Leser eine Vorstellung, wie furchtbar - und unnötig - das Verhängnis seiner Entlassung gewesen ist.

den 16. Dezember 1962

E. H. H.

Herrn Lutz Graf Schwerin von Krosigk
Essen-Werden
Wilhelm-Bernsau-Weg 23

Sehr verehrter Graf Schwerin,

Zunächst muss ich dafür um Verzeihung bitten, dass ich Ihnen bisher noch kein Exemplar meiner Arbeit geschickt habe. Ich habe die Belegexemplare zwar schon sechs Wochen, aber es waren Wochen, in denen ich zeitlich von der Hand im Mund lebte und auch beim besten Willen nur zu Dingen kam, die absolut unaufschiebbar waren. Ich hole mein Versäumnis nach, indem ich mit gleicher Post ein Exemplar als Drucksache an Sie abgehen lasse.

Ich wäre ohnehin wahrscheinlich in den Weihnachtstagen dazu gekommen; Anlass dafür, dass ich "schon" heute schreibe, ist ein Brief Dr. Schäffers, in dem er mir den Inhalt Ihres Briefes an ihn vom 7.12. mitteilt. Ich war -- leider, weil ich mit meinem Verlag aus verschiedenen Gründen nicht ganz glücklich bin -- nicht auf den Gedanken gekommen, dass Sie sich so freundlicherweise für meine Arbeit, die Sie noch nicht einmal im Endzustand gesehen hatten, einsetzen könnten. Inzwischen ist die Frage des Verlages jedoch -- wie gesagt, leider -- überholt. Andererseits würde ich mich natürlich bzw. aus Gründen, die ich nicht näher zu erläutern brauche, sehr freuen, wenn Sie -- falls Ihnen mein Bändchen auch nach der Lektüre noch empfehlenswert erscheinen sollte -- in Ihrem Bekanntenkreis oder an sonst Ihnen geeignet erscheinender Stelle darauf hinweisen würden. Herr Treviranus hat vor, es in der Süddeutschen zu rezensieren, aber sonst dürfte Besprechungen in den Zeitungen, die ja normalerweise am stärksten für die Verbreitung eines Buches sorgen, ziemlich rar sein, weil es -- so z.B. die Mitteilung der ZEIT, zu der ich als gelegentlicher Mitarbeiter beste Beziehungen habe -- einfach zu speziell fachlich ist. Um so mehr ist es also -- von den Fachzeitschriften abgesehen -- auf persönliche Empfehlungen angewiesen.

Ich wäre Ihnen ausserdem dankbar, wenn Sie mir gelegentlich ein paar Worte der Kritik bzw. Änderungsvorschläge für die evtl. zweite Auflage (1.: 1000 Stück) schreiben würden; durch Terminschwierigkeiten -- kurze Frist zwischen endgültiger Fertigstellung und Promotion -- war es mir leider nicht möglich, wie ich es vorgehabt hatte, Ihnen und einigen anderen Herren das MS vorher noch einmal zu schicken, und es geht mir sehr darum, evtl. Unrichtigkeiten oder Fehlerurteile, die natürlich am besten von denen beurteilt werden können, die selbst an dem Behandelten mitgewirkt haben, zu ändern.

Ich möchte Sie noch etwas ganz anderes fragen. Wie Sie vielleicht wissen, habe ich im letzten Jahr bis zu seinem Tod Herrn Dr. Luther beim Verfassen des 2. Bandes seiner Memoiren (Reichsbankpräsidentenzeit) assistiert, d.h. für ihn Archive, seine eigenen Akten, Literatur und damalige Zeitungen durchgearbeitet und die einzelnen Kapitel mit ihm durchgesprochen. Nach seinem Tod übertrug mir Professor Salin als Schriftführer der List Gesellschaft, die meine Mitarbeit finanzierte und das Buch förderte die Herausgabe des zwar noch nicht druckreifen, aber doch genügend weit fortgeschrittenen Manuskriptes. Inzwischen ist diese Arbeit beinahe abgeschlossen. Wie ich aus der Korrespondenz ersah, hatte Ihnen Dr. Luther die Passage, in der er Sie kurz

b.w.

beschreibt, geschickt, und Sie hatten in der Antwort einige Korrekturen gewünscht, die ich -- er selbst war nicht mehr dazu gekommen -- vorgenommen habe.

Ich fühle mich dazu berechtigt, weil ich weiss, dass er solche Änderungswünsche in jedem Fall akzeptiert hat, und ich würde darüber hinaus -- wieder, weil ich sicher bin, dass dies ganz in seinem Sinne wäre -- Ihnen gern die jetzt vorliegende Form zu Kenntnisnahme und Kritik zusenden.

Der Abschnitt steht in 14. die Papen- und Schleicherzeit behandelnden Kapitel, und es erschiene mir sinnvoller, Ihnen das ganze Kapitel zu schicken, statt den Abschnitt aus dem Zusammenhang zu reissen. Ich würde mich dabei sehr freuen, wenn Sie bei der evt. Lektüre auch des restlichen Kapitels auf evt. Unrichtigkeiten hinweisen würden.

Falls Sie das Kapitel einsehen möchten, gibt es allerdings eine Schwierigkeit: ich habe im Augenblick nur ein Exemplar zur Verfügung, das ich wegen der letzten Korrekturen nur für kurze Zeit entbehren kann. Dürfte ich Sie bitten, mir eine Zeit zu nennen, in der Sie das Kapitel -- wenn Sie es überhaupt sehen möchten -- relativ schnell lesen und zurückschicken könnten?

Übrigens wird Brüning in Luthers Buch so uneingeschränkt gelobt, dass ich, als Historiker Brüning gewiss sehr hoch schätzend, beileibe nicht immer mit Luther einverstanden bin.

Sollten Sie daran interessiert sein, evt. auch andere Kapitel vor dem Erscheinen im Manuskript zu sehen, wäre das natürlich möglich.

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

Wolfgang Fellis

WOLFGANG J. HELBICH

BERLIN-STEGLITZ
LEPSIUSSTRASSE 53
TEL. 72 79 76

den 31. Dezember 1960

Herrn Reichsfinanzminister a.D.
Lutz Graf von Schwerin-Krosigk
Essen-Werden
Wilhelm-Berngau-Weg 25

Sehr verehrter Graf von Schwerin-Krosigk!

Vor einigen Tagen schickte mir Herr Dr. Hans Schäffer aus Jönköping (mit dem ich seit mehr als einem Jahr über das Thema meiner Dissertation, "Die Reparationsfrage in der deutschen Politik der Ära Brüning" korrespondiere) einen Durchschlag seines Briefes vom 9.12.60 an Sie, und eine Photokopie Ihres Briefes vom 16.12.60 an ihn (wobei ich wegen der am Briefkopf mangelhaften Qualität der Kopie nicht ganz sicher bin, Ihre Adresse ganz richtig entziffert zu haben). Ihre Ausführungen habe ich mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen, um so mehr, als Sie speziell in einem Punkt (Termin der 180-Grad-Wendung Brünnings) meine eigenen Ergebnisse, die Herr Dr. Schäffer etwas in Zweifel gestellt hatte, bestätigen. Ich möchte Ihnen zunächst für diese aufschlussreichen Mitteilungen danken.

Darüber hinaus war mir der Empfang dieses Materials letzter Anstoss zur Ausführung meiner lange aufgeschobenen, schon lange bestehenden Absicht, mich mit der Bitte um einige Auskünfte an Sie als einen der qualifiziertesten Überlebenden über die Thematik meiner inzwischen beinahe fertiggestellten Dissertation zu ~~xxxxxx~~ wenden. Da die meisten der anderen Herren, an die ich bisher schrieb - u.a. Herr Treviranus, Dr. Luther, Kastl, Pünder, Berger - es vorzogen, sich mit mir zu unterhalten, statt schriftlich lange Fragebogen zu beantworten, dachte ich mir, dass vielleicht auch Sie einen persönlichen Kontakt für wünschenswerter hielten als Korrespondenz - falls Sie überhaupt die grosse Freundlichkeit besässen, Ihre Zeit für meine Fragen zu opfern. Wenn ich heute am letzten Tag des Jahres und etwas in Eile schreibe und noch dazu die Unhöflichkeit habe, Sie um eine möglichst umgehende, wenn auch ganz kurze Antwort zu bitten, dann deshalb, weil ich kurzfristig erfuhr, dass ich am 5.1. in anderer Angelegenheit in Düsseldorf sein muss - von Berlin her gesehen also gleich um die Ecke von Ihrem Domizil - und, falls es Ihnen recht wäre, gern die Gelegenheit benutzen würde, Sie ungefähr am 6. oder 7. Januar kurz zu besuchen. Die Eile mit der Antwort besteht hauptsächlich deshalb, weil ich voraussichtlich am 4. vormittags hier abfahren werde und noch nicht weiss, wo ich in D. übernachte. Nach nochmaligen Überdenken der Angelegenheit kann ich jedoch, glaube ich, meine Bitte nach schneller Antwort zurückziehen, da es einmal wirklich sehr knapp würde, zum anderen ich Sie ja aus Düsseldorf anrufen kann, um zu erfahren, ob Ihnen mein Besuch überhaupt und speziell zu angegebenen Termin angenehm wäre, da Sie ja bis dahin meinen Brief sicher erhalten haben und informiert darüber sind, worum es geht.

Ich möchte jetzt noch nicht in medias res gehen, denn das erforderte mehrere Seiten und einige Stunden, sondern bis zu meinem Anruf, wahrscheinlich am 5.1., mit den besten Wünschen für ein erfreuliches, friedliches und gesundes Neues Jahr verbleiben

Ihr sehr ergebener

Wolfgang Helbig

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Essen-Werden, den 14. 4. 1951

13)

Sehr verehrter Herr von Wilnowsky!

Für Ihr Buch, das ich in den letzten Tagen mit großen Interesse gelesen habe, möchte ich Ihnen nochmals einen sehr herzlichen Dank sagen. Sie meinten, ich würde an manchen Stellen anderer Ansicht sein. Ich habe im Gegenteil bei der Lektüre eine völlige Übereinstimmung feststellen können. Wenn ich an zwei oder drei Stellen einen Vorbehalt mache, richtet er sich nicht gegen Ihre Auffassung, sondern die von Ihnen mitgeteilte Auffassung anderer Personen.

Ich verehere Brüning ebenso wie Sie, kenne aber auch seine Empfindlichkeit, die ihn manches Mal Einzeläußerungen ein Schwergewicht beilegen ließ, das ihnen nicht sukam, und die gelegentlich auch sein Gedächtnis trübte. So kann ich mir einfach nicht vorstellen, daß Hindenburg, der bei aller Begrenztheit ein ritterlicher Mann war, Brüning "immer wieder" (S.22) gesagt haben soll, es sei für ihn ein unerträgliches Gedanke, daß die Lösung der Reparations- und der Revisionsfrage im Osten mit dem Namen eines Katholiken verbunden sein würde. Er mag mal in seiner Art so etwas gebrummt haben, aber daß er das seinem Kanzler als ernsthaftes Hemmnis für dessen Wirken genannt haben soll, ist für mich undenkbar. Brüning war aber in diesen Punkt besonders empfindlich, gerade weil er selbst gegenüber Protestanten unvoreingenommen war. Er hat mir einmal, bei einem gemeinsamen stundenlangen Spaziergang auf den "Blauen" bei Badenweiler, Angehörige des evangelischen ostelbischen Adels als bestes Menschenmaterial für den auswärtigen Dienst bezeichnet. Zweifel habe ich auch, ob Brüning tatsächlich (S.121) die Unterschrift Hindenburgs unter den Reichsreformverläß gefordert hat; Es ist schwer vorstellbar, daß Brüning gerade in einer für ihn mit so vielen schweren Problemen belasteten Periode auch dieses heiße Eisen angefaßt haben soll. Daß aber, wenn er es getan hat, Hindenburg ablehnen würde, war vorausszusehen.

Schacht hat immer die Version gebracht, er habe sich gegen die Aufrüstung gewandt, als er erkannte, daß sie von der Defensiv- in die Offensive umschlug. Das ist nicht ganz richtig. Die Aufrüstungspläne lagen dem Umfang nach von 1936 an fest und haben

sich -abgesehen vom Westwall- kaum geändert. Die finanzielle Belastung wuchs, einmal weil durch die planmäßige Personalvermehrung die laufenden Kosten zunahm, vor allem aber weil die Rechnungen für Lieferungen der Jahre 1936 und 1937 nur langsam zur Zahlung präsentiert wurden; die Firmen hatten es nicht eilig und die Preiskontrolle beim Militär lief erst allmählich an. In den Jahren 1938/39 hatten es die Firmen bei drohender Inflation eiliger, und die Preiskontrolle funktionierte. So mußten in diesen Jahren nicht nur die auf sie entfallenden Lieferungen und Leistungen bezahlt werden, sondern es mußte auch ein großer Teil der auf die Vorjahre entfallenden Leistungen nachbezahlt werden. Die Höhe der Ausgaben entsprach daher nicht den effektiven Leistungen. Sie war 1936/37 kleiner, 1937/38 größer als das Leistungsvolumen. Es läßt sich deshalb auch kein Termin feststellen, von dem an die Aufrüstung von der Defensive in die Offensive umschlug. Hitler hat sich, wenn er nicht von vornherein die Absicht der Offensive gehabt hat, von der wachsenden Rüstung zum Krieg herauschen lassen. Für Schacht war nicht der "Umschlag" für seinen Protest maßgebend, sondern die Erkenntnis, daß er sich in der Möglichkeit, die Aufrüstung zu bremsen, getäuscht hatte. Wir waren uns in dem Verhalten gegenüber Hitlers Aufrüstungsplänen nicht einig. Ich habe Schacht zu Beginn der Aufrüstung und wiederholt auch später vorgeschlagen, gemeinsam uns bei Hitler für eine bestimmte Summe stark zu machen, an dieser dann aber auch festzuhalten. Wir hätten dann, argumentierte ich, gegenüber dem Wehrministerium die Verhandlung und könnten ihm bei Wehranforderungen immer sagen: Arbeitet billiger und schafft euch dadurch die Möglichkeit. Schacht lehnte jede zahlenmäßige Grenze ab und erklärte Hitler, für die Reichsbank gebe es keine finanzielle Grenze, was produziert werden könne, das könne sie auch finanzieren. Er rechtfertigte diese Haltung, über die Hitler glücklich war, vor seinem Direktorium und mir gegenüber mit der Begründung, das Wehrministerium könne gar nicht so viel verkräften, wie es vorhabe, die natürliche Begrenzung liege in der Produktion, die Röhre würden schon nicht in den Hürzel wachsen. Nun wachsen sie aber in den Himmel. In Schachts Rechnung steckten drei Fehler: er hatte nicht einkalkuliert, daß es entscheidend auf die Begrenzung der Pläne im Anfang ankam und daß, als diese personal-, material- und zeitmäßig aufgestellt und die Bestellungen nach den planmäßigen Programmen herausgegeben

worden waren, alles weitere mit einer nicht mehr zu bremsenden Zungeläufigkeit ablaufen würde, er hatte ferner, wie wir alle, die Ausdehnungsfähigkeit unseres Produktionsapparats unterschätzt, und er hatte schließlich damit gerechnet, daß wirtschaftliche Störungen durch übermäßige Rüstung diese automatisch bremsen würden. Die Störungen traten ein, aber die Bremswirkung nicht, wir gebieten vielmehr in die Spannungsperiode einer nur durch Preis- und Lohnstop mühsam überdeckten Inflation. Nun limitierte Schacht die Hofwechsell auf 12 Milliarden. Aber damit konnte er das seit 1936 eingetretene und nun zwangsläufig abrollende Unheil nicht aufhalten. Ich will im übrigen rückblickend nicht behaupten, daß es mit dem von mir vorgeschlagenen Verfahren anders und besser verlaufen wäre. Ich möchte Ihnen nur darlegen, wie und wodurch es zu dem Schacht'schen Protest kam.

Als ich nämlich im Dezember 1938 bei einer Besprechung mit Schacht zum Schluß beiläufig bemerkte, ich würde Ultimo des Monats wahrscheinlich, wie in den letzten Jahren wiederholt und ohne Widerspruch der Reichsbank, auf einige Tage wieder den Reichsbankkredit in Höhe von 100 Mill. RM in Anspruch nehmen müssen, lehnte er -erstmals- diesen Kredit ab und verlangte, ich solle zu Hitler gehen und ihm sagen, daß das Reich bankerott sei. Ich habe dem Schacht gesagt, ich sei, wie ich ihm ja wiederholt erklärt hätte, jederzeit bereit, zusammen mit ihm zu Hitler zu gehen, ihm die Finanzlage darzulegen und, da der Zeitpunkt für eine Begrenzung des Umfangs der Rüstung verpaßt worden sei, auf seiner Verlangensart des Toskog zu bestehen, ich sei aber nicht bereit, Hitler zu sagen, das Reich sei wegen 100 Mill., die der Reichsbankpräsident dem Finanzministerium verweigere, bankerott; dann könne Hitler weder ihm noch mich mehr ernst nehmen. Schacht blieb dabei, ich müsse allein zu Hitler gehen. Ich blieb bei meiner Weigerung. Es sprach sich natürlich herum, daß wir uns gestritten hätten. Funk erkundigte sich, was passiert sei. Ich teilte es ihm mit. Er informierte, worum ich ihn nicht gebeten hatte, Hitler, und der bestellte Schacht zu sich. Schacht hatte inzwischen von seinem Direktorium, das von Anfang an in der Finanzierung der Rüstung kürzer treten wollte als der Präsident und die Hofwechsel nur ungern mitgezogen hatte, die berühmte Denkschrift ausarbeiten lassen und legte sie Hitler vor. Die Versionen über den Gang der Unterhaltung diffe-

7. Jan. 1939

rierten sehr. Das Ende war jedenfalls Schachts Entlassung. Der Witz dabei war noch, daß ich die 100 Mill., die den Anlaß zu dem Streit zwischen uns gaben und die ich nur vorsorglich angefordert hatte, tatsächlich Ultimo nicht brauchte. Nun weiß ich genau, daß es bei Schacht nicht Mangel an Mut war, wenn er mich ins Feuer schicken wollte. Unbedingter Mut ist eine seiner besten Eigenschaften. Aber Schacht kann und will nie zugeben, daß er sich einmal geirrt habe. Er wirft, wenn eine Sache nicht so verläuft, wie er es sich gedacht, stets anderen vor, Schuld am Mißerfolg zu sein. So war es beim Young-Plan, als er hätte Hilfe beantragt und nun freiweg behauptete, die Reichsregierung habe "seinen" Plan auf den Haager Konferenzen verworfen. So war es bei der Krise 1931, als er im Kabinett erklärte, der Plan ließe sich aufhalten, wenn Luther sich nur entschließen könnte, die Banken unbegrenzt mit Mitteln zu versehen, und später in einem seiner Bücher schrieb, der naive Luther habe tatsächlich geglaubt, der Abzug von Auslandskrediten durch Auszahlungen im Innern stoppen zu können. So war es 1938, als er nicht zugeben wollte, sich in seiner Erklärung, für die Reichsbank gebe es bei der Mitwirkung anderer Aufzütung keine finanzielle Grenze, geirrt zu haben, und lieber den Finanzminister den Bankrott des Reiches erklären lassen wollte.

Ich gebe aber unumwunden zu, daß in der grundsätzlichen Frage der Beurteilung des Hitler'schen Kriegswillens, Schacht recht gehabt hat und ich mich entsetzlich geirrt habe. Sie schreiben (S. 219), daß so viele aus unseren Kreisen in der Weimarer Zeit die Erfüllungspolitik Stresemanns bekämpft, seinen Silberstreifen ins Lächerliche gezogen und sich um die deutschnationale Flagge Hugenbergs geschart haben. Diesem Irrtum war ich nicht verfallen. Ich habe schon früh Hugenberg, trotz aller Klugheit, nationaler Gesinnung und reinen Willens, für eine der verhängnisvollsten Gestalten der damaligen Zeit gehalten. Ich habe, wie Sie, die Entlassung Brüning als den kardinalen Fehler Hindenburgs angesehen und deshalb mich auch so lange geweigert, in das Kabinett Tapan, das mir von Anfang an eine Miß- oder Totgeburt zu sein schien, einzutreten. Daß im Januar 1933 Deutschnationale und Landbund durch ihre Korpfansage an Schleicher den Entschluß Hindenburgs auslösten, sich von Schleicher zu trennen, erschien - und erscheint - mir als eine der verantwortungslasten Entscheidungen

-lieber Hitler als den "socialen General"!-. Aber in der Aufrüstungsfrage habe ich bis zuletzt geglaubt, daß Hitler nur einen großen Bluff verhatte und es nicht riskieren würde, mit der unfertigen Wehrmacht, deren Schwächen ich nur zu gut kannte, einen Weltkrieg heraufzubeschwören. Er hat im Winter 1938/39 -ich war gerade verweilt- den Staatssekretär Reinhardt kommen lassen und ihm gesagt, er sehe mit Besorgnis gewisse Entwicklungen bei der Wehrmacht, Großmanns- und Verschwendungssucht, der Finanzminister müsse wieder in seine vollen Staatsrechte gegenüber der Wehrmacht eingesetzt werden und werde dann viel zu tun finden, das solle im Laufe des Jahres 1939 erfolgen; dann werde die Rüstung so weit abgeschlossen sein, daß man aus der Periode der Aufrüstung in die Normalperiode einer finanziell genau kontrollierten Wehrmacht übergehen könne und daß er in der Lage sein werde, mit diesem Instrument seine Ziele ohne Krieg durchzusetzen. Reinhardt solle mir bestellen, er habe den langen Brief, den ich ihm in der Sudetenkrise geschrieben und in dem ich dringlichst vor einem Kriege, der alle seine bisherigen Erfolge zunichte machen würde, gewarnt hätte, genau gelesen, ich könne völlig beruhigt sein, es werde keinen Krieg geben, er werde das, was er sich außenpolitisch noch vorgenommen habe, ohne Krieg erreichen, und die Rüstungsausgaben würden 1939 ihren Höchststand haben. Ich habe das geglaubt! Vielleicht hat sogar Hitler damals selbst geglaubt, er werde die Tschechen- und die Polenfrage mit einem "Blumenkrieg" wie in Österreich oder einem kurzen Schickskrieg, jedenfalls ohne Eingreifen der großen Mächte, erledigen können. Hier spielt der unselige Einfluß Ribbentrops eine Rolle, den Hitler für einen Englandkenner hielt und der ihm immer wieder versicherte, diese ängstliche, schwach geborene Nation werde vor jeder ernsthaften Drohung in die Knie gehen. Ich glaube heute, daß Hitler keinen Weltkrieg "gewollt" hat, daß er, in völlig falscher Einschätzung der englischen Psyche, bereits im März 1939 die Grenze des gewaltlos Erreichbaren überschritt und im Herbst hoffte, das Risiko noch einmal ungestraft laufen zu können, daß er aber, wenn es in Polen durch französische Intervention nochmals zu einem "München" gekommen wäre, ebenfalls neuen und immer riskanteren Plänen zugestimmt wäre, der Umkreis, Holland, den Kolonien, Elzas-Lothringen - was weiß ich. Um

den Krieg wären wir nicht herungelommen. Und das habe ich nicht erkannt, daß dieser maßlose Mensch nach jedem Erfolg seine Ziele weitersetzte, kein Versprechen hielt, immer in der Illusion, alle Gegner mit wenig Mühe ausschalten oder überrennen zu können, aber auch immer entschlossen, es notfalls auf Krieg ankommen zu lassen.

Verzeihen Sie den langen Erguß. Aber beim Lesen Ihres Buches wurden mir wieder alle Erinnerungen lebendig.

Mit besten Grüßen von Haus zu Haus

Ihr ergebener

11

Willems aufgenommen...
L. 470. Wichtig: „Die Dinge in Deutschland haben sich tatsächlich seit Willems' Machtergreifung so ge-
stellt, dass die deutschen Menschen nicht in der Lage waren, sich vom Hitlerismus ohne eine gewaltsame Revolution
loszusagen, und dass eine solche Revolution fehlte es an allen Voraussetzungen, um allem an dem bisofua un-
luthelichen Willems' Massen.“

L. 471. Wichtig: „Die Eingliederung Deutschlands in das deutsche Reich wurde durch England und Frankreich
insofern beträchtlich unterbunden, als sie ihre Gewaltschritte einzogen und für eine Generalkonferenz anordneten.“
L. 500. Wichtig: „Nach Willems' im Frühjahr 1930 der deutsche Völkermacht selbstbeständig wieder aufbaute,
so ging er darauf ein, seinen Rückzug zu, falls nicht die Hauptgeanten von Versailles, England und Frankreich, die
nicht insofern im Einverständnis in irgendein bekannt hatten. Nicht nur die in politischen Fragen unerschrockenen
Deutschen drohten an eine solche Möglichkeit glauben.“

L. 505. Wichtig: „Willems' Anschauung bei den Antisemitischen Massen war so groß, dass es sogar ganz schlimme
Zweckschläge - die Kochen - Koolbe, die Judenverfolgung von 1938, die Extraktion des Kaugummi - Füllstoffes
nach England, ja sogar die Katastrophe im Sealingen und die General- Revolte von 1944 - ohne Scha-
den für Willems' Stellung verstanden. Man sagte ihm: man hätte Willems' Vorsehen können und müssen. Willems
politischen Lehren hat nicht viele politischen Massen haben gelassen, so dass man die Ermordung eines Menschen mit
manchem zur Pflicht machen, die Hitlerermordung kann nicht als Schuld angesehen.“

L. 507. Wichtig: „Wenn heute die Hitlerbewegung so vieler deutschen Menschen als schwere Schuld hingestellt
wird, darf nicht übersehen werden, dass man auch in Deutschland, so man genauer untersucht hat, sich von Hit-
ler kritisch hat lesen können. Beispielhaft dafür ist der Bericht des Engländers Lord Mollistone.“

L. 509. Wichtig Aufsatz: Rudolf Schick „Das deutsche Volk und die deutsche Angewandten, hauptsächlich
französisches und englisches, Korrosivitäten in den Jahren 1933 bis 1945“, Willems' Deutsche Rund-
schau Berlin Heft 9, Dezember 1946.

L. 520. Wichtig: „Die Bedeutung des totalitären Staates für die Erhaltung des gesamten Völkertums und be-
sonders der Völkertum während des Krieges 1939/45 war nicht hoch genug eingeschätzt worden.“

L. 524. Wichtig: „Eine unerschrockene tief Klugheit kommt sie allen in den Schrecknissen des Todesver-
folgenden und ist, von denen in ihrem Zeit mit nach dem in Frieden der Eingeständnis Kleinsten abhellen.“
Vor diesem Vermittler, als bis zum Mai 1945 lagen alle diese Schrecklichkeiten in tiefstem Dunkel begrit-
ten, und nur die un-mittelbare Beschuldigen wussten davon.“

L. 532. Wichtig: Das Tibet aus Willems' L. 529.

L. 551. Der Brief an Winifred Wagner über Willems' des geistigen Bereiches Willems' verantwortliche Sinn-
ung ausgesprochen werden, dass man Wagner selbst sich unter Willems' Brief nicht besonders aufregte. Sie muss also auch
die Ereignisse gut haben gesehen sein.

Magister Siles' Herr. „Auf der Suche nach Wahrheit.“

1
nötig unermesslich gesteuert. Das Gleiche gilt naturgemäß auch von der Antonideologie. 2.

I. 399. Es ist nicht richtig, dass Hitler die processuelle Sache hätte, geeignete Helfer und Kassen
hätte zu finden. Es waren viele die Übernahme von Stellungen bereit (vgl. den Brief von Kessel
an Goering 1939, in dem Kessel ihm eine Wiederbeschaffung bat; aber die dazwischen Bemerkungen
von Koepfer, Bischoff, Landesgerichtspräsident zu werden; und viele andere). Aber Hitler wollte
nach Möglichkeit nur seine Leute in Stellungen bringen. Die Nachfolge von Kessel auf Goering's
Schultern ist lediglich auf dessen Erblichkeit zurückzuführen.

I. 398. Dass die Technik-Revolution ein der schuldlichsten Ursachen der Weltgeschichte gewesen sei, wie
es den Zweck in die Welt geschickt, hat Hitler im Weg des Reichspropagandadirektors zu sehen, ist sicher nicht richtig.
Wohl aber hat Hitler, wie immer, sich Teilpunkte und Methode der - unvollständigen - Revolutionen
schon mit Roehm so ausgerichtet, wie es sie für andere politische Zwecke brauchen konnte.

I. 410. Dass Schleicher mit Roehm Verbindung gehabt hat, ist unabweisbar; dass Hermann v. Helldorf
aber, der durch sein Buch "Korrupte Hochstapler" - das Hitler 1933 als Dank für seine Hilfe vor und bei
der Machtergreifung in Berlin geschenkt hatte - beteiligt war, ist wahrscheinlich. Dass ein Dr. v. S. an
Helldorf auf Hitler gemacht und Helldorf dabei beschäftigt wurde, ist mir von Helldorf bestätigt worden.
Da es Helldorf nicht ist. Es wurde ein Brief auf Helldorf's Namen abgefasst, in dem Helldorf's Beteiligung, Helldorf's
I. 412. Dass sich Lutzke an einer Besprechungsbildung beteiligt haben soll, halte ich seiner
Gruppe hat nach dem ausgeschlossen.

I. 415. Ich entsinne mich deutlich der Besprechung mit Hitler und Kessel nach dem Gang
zu handeln sich um Vorbereitung eines kleinen Tragen - Geldwechsels für den Gang - bei dem
ich keine Stellung zu nehmen brauchte. So oft ich Kessel mit Hitler zusammen kommt habe, bis
1939, habe ich ihm die Möglichkeit aber keine Möglichkeit nicht zu sprechen. Diese Darstellung ist
mir ein Wort mehr, wie Wichtig man gerade gegenüber Helldorf's Darstellung
muss.

I. 458. Tschirsky's Behauptungen verdienen keine Glaubwürdigkeit. Es ist wenig wahrscheinlich,
dass er in der Besprechung überhaupt zugezogen wurde, ganz unwahrscheinlich, dass er dabei an Hitler von
Papen das Wort ergriffen hat.

I. 462. Die meisten Wahrscheinlichkeit hat wohl die Annahme, dass Papen dem Reichspräsidenten
den Plan der Schenkung des Reichspräsidenten für Helldorf's Partei vorgelegt hat, die Anerkennung
Hitler's oder die Empfehlung der Monarchie. Es ist darüber, dass Papen für Helldorf's Partei gemacht
hat. Hindenburg hat dann die erste Fassung in der Feststellung. Die zweite in einem Briefe an

37 aber nicht verwirklicht. Man nimmt an, dass der Schluss nicht ihm, sondern Hitler's Befehl galt. Die Fassung
ist mir übermittelt worden.

Eingegangen	
- 4. MAI 1912.	
40	Ka

Zs

Sehr verehrter Herr Herr!

1910 erschien im Union-Verlag Berlin Gmünder Buches Buch „Ich das Königlich-Preussischer General.“ Für die wissenschaftliche Bearbeitung dankte Eberhard Cydon. Berlin, verantwortlich. Da ein wesentlicher Teil der Erinnerungen Gmünder die Jahre umfasst, mit denen sich die Schöpfer-Tagebücher beschäftigen, halte ich es für richtig, im Hinblick auf die Fortschritt eine kritische Beurteilung des Gmünder-Buches nicht vorzunehmen. Es wäre gefährlich, wenn künftige Historiker dieses Buch als Wahrheitsquelle annehmen.

Ich habe Gmünder gut gekannt. Er „Wunderkammer“ der Deutschen Frauen besaß eine faszinierende Begabung, einen grossen Charakter und einen glühenden Ehrgeiz. Er nutzte die Tage, bis seine Pläne im festen Boden zu verankern und sich in luftige Regionen zu erheben. Ich unterhalte mich gern mit ihm interessanten Mann und was auch, wie es selbst schreibt (S. 205), seinen Ideen gegenüber aufgeschlossen, nur in der „Frage der Finanzierung“ sei ich anderer Ansicht gewesen. In diesem Punkte setzte er sich zu leicht von der Erde ab. Sein „Proteus-Ehrgeiz“, schreibt Treviranus, habe ihn schließlich in die DDR geführt.

Die Redigiergenossenschaft dieses Überwitters vor sich selbst, vor den alten und den neuen Freunden führt sich wie ein roter Faden durch das Buch. Alle Buchstaben. Es letzten Jahre werden in ein fälliges Licht gebracht. Der Krieg 1914/18 war kein Verteidigungs-, sondern ein „imperialistischer“ Krieg (S. 18). Der Revolver auf dem Schreibtisch des Oberpräsidenten Nothke war ein „Staubbild für das schlechte Gmünder“ Nothkes (S. 89). Das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung 1927 war „selbst für die Verhältnisse des Weimarer Republik völlig ungenügend“ und ein Ausdruck des masslosen Profitschreibens des Grosskapitalismus. (Die Ursache der Krise im 1930 war der Widerspruch zwischen Angebot und Kaufkraft, die Schmelze der Kaufkraft wiederum eine Folge des „hemmunglosen Profitschreibens“ (S. 150). Bismarck von

Dankantwort schreiben s. A V / 1

in Brief. war nicht verb.

28/4 ue 40

hat eindeutig die Interessen der Grossindustrie (S. 162). Gereke hat von jeder Person,
 die Sympathien für Verleider der SPD gehabt (S. 170). Von den Widerstands kämpfern
 Hansa Goerdeler und Popitz liess er hinter den Interessen der Grossindustrie (S. 295); das
 traf bis zu einem gewissen Grade auf Goerdeler zu, aber grösser wohl auf Popitz. Gereke be-
 nennt als Beispiel für die Behauptung, dass viele Grossgrundbesitzer ihren Besitz nicht
 selbst betriebsförmlich, im Polzeipräsidenten Graf Helledorff und von Graf Alvensleben im
 Kreis Magdeburg (S. 310); — Helledorff machte Pferde und verkaufte sein Gut, Graf Alvens-
 leben-Neugalden liess nur einen der fortschrittlichsten und erfolgreichsten Landwirte — Alven-
 aus Halle und dem ersten Weltkrieg die Bildung eines rassistischen Separatregiments
 angestrebt, als Haupter wurde er im Grosskapital vor der Entmachtung stehen und
 versuchte, dass die nationalen Interessen, „sein Charakterbild schraust nicht“ (S. 351) —
 Auch wer mit Alvenslebens Politik nicht einverstanden ist, sind solche Überstellungen
 ablehnen.

Das war nur eine Blattelese der völlig gefärbten Vorderseite des Verfassens.
 Bedauerliches ist es, wenn Ereignisse nicht tendenziös beurteilt, sondern falsch beur-
 teilt werden. Auf S. 190 stellt Gereke den Kurz Brönings als plötzliche, durch den
 Widerstand der Agrarier gegen Gerekes Stellungspläne herbeigeführte Entschei-
 dung Hindenburgs dar; in Wirklichkeit war die Entlassung Brönings der Schluss-
 punkt einer langen Entwicklung und die Stellungspläne waren von
 vielen Gründen, und nicht einmal der Waldsee. Auf S. 197 schreibt Gereke, Papen
 sei gegen Finanzierung mit Mitteln der Waldsee schöpfung gewesen. Das ist nicht
 richtig, Papen musste genau, dass die Arbeitsbeschaffung nur auf diese Weise führen
 kann werden konnte, und beantragte nicht, Aushers Einverständnis hieran herbeizu-
 führen. Ebenso falsch ist Gerekes Behauptung auf der gleichen Seite: „alles, was
 Papen heraus bracht, waren Steuerzuschüsse für die Privatwirtschaft.“ Sie verfehlt die

Bedeutung der Heuergascheine und versichert, dass sie nur zu einem Teil des Papier-Planes bilden; den anderen Teil füllen öffentliche Anleihe aus.

Die Darstellung des Vorgänge im Oktober/November 1932 durch Gercke ist insoweit irreführend, als nicht seine Pläne im Mittelpunkt stehen, sondern die Frage, ob die n.s. Bewegung mit Gewalt oder bekämpft oder in der Verantwortung gebracht werden sollte. Seine Behauptung (S. 204) Schleicher sei bereit, "das Papierkabinett und die Forderung nach einer Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand in die Luft zu sprengen", ist unsinnig. Das Kabinett betriebe ja Arbeitsbeschaffung und Kreditkämpfung, ständig war nur das Auswachen und die Frage, ob als Träger des Gemeindefonds als Einzugspunkt werden sollte, Hoffen natürlich Gercke als Präsident des Landgemeindefonds eifrig antwortet. Ich war auch nicht gegen seine Maßnahmepläne, nur gegen das Volumen. Ich musste im selben Atem Wasser geben und Eisbrot auf Luther. Wenn die Scher nicht wollte, konnten weder Papier noch Schleicher etwas machen. Ich musste man also bei der Klänge halten, und es war auch bereit, umzumachen, aber nur innerhalb bestimmter Grenzen. Gercke schreibt weiter (S. 208), dass Luther in einem Brief am 20. 11. von seinen Kreditausweitungsplänen wegen der Inflationsgefahr gewarnt habe.

Dass Papen am 17. 11. durch die Rücktrittsdrohung von Mündern zum Rücktritt gezwungen worden sei (S. 208), stimmt nicht. Hier liegt wohl eine Verwechslung mit dem 2. 12. vor. In der Kabinettsitzung am 12. 11. 1932 haben allerdings, nach dem Bericht von Major Ost, fast alle Minister erklärt, sie könnten bei dieser Lage nicht mit Papen nicht im Amt bleiben; daraufhin ist es Janitzkygeden. Die Darstellung Gerckes, dass am 21. 1. 1933 alle Mitglieder des Papenkabinetts "befriedigt" gewesen seien, mit seiner Ausnahme, ist ~~falsch~~ oder sehr unrichtig; darauf wird ich haben eine sehr besorgte Wiederholung.

Am Schluss noch einige erstaunliche Tatsachen des Buches: Auf S. 108/9 spricht Gercke von dem Dolmetscher Dr. Leopold Wesoch, dem Abgeordneten aus

Leipzig. Der Botschafter ist nie Abgeordneter gewesen. Es ist eine Verwechslung mit dem
 Professor Otto Hoopsch, der von 1920 bis 1930 Abgeordneter für Leipzig war und als sol-
 cher auf den Seiten 119 und 122 richtig genannt wird. Das Namensverzeichnis auf S.
 464 verweist bei Georg Hoersch auf S. 108, 109 - falsch, Verwechslung mit Otto Hoopsch
 und auf S. 204, wo von Grossindustriellen die Rede ist, u.a. Hoersch - hier ist ^{nicht} der Bot-
 schafter Georg, sondern der Händler Eberhard gemeint - Johann Geerke seinem
 „Freund aus der Weimarer Zeit, Schlange-Schönungen, erzählt, nennt er den Namen
 von Schlange; er musste wissen, dass Schlange nicht adlig war. Auf S. 240 nennt er
 den Minister von Wendell einen „eigenen Freund“ von Papen. Das ist Wendell nicht ge-
 rade. Er ist der Bismarck Redt, der in seinen Memoiren (S. 660) Wendell als
 einen „in dessen Grunde“ Geerke bezeichnet.

Mit freundlichen Grüßen

Alfred Rosenberg